



14. Heft | 24. Juli 1913

## EDMUND FISCHER · DER MODERNE PUTSCHIS- MUS

**R**EVOLUTIONEN, siegreiche Volksaufstände, die zu einer Besserung oder Neuerung der politischen Verhältnisse führten, sind niemals und nirgends von einzelnen Revolutionären, von Verschwörern gemacht worden. Stets und überall kamen sie, als plötzliche Explosionen einer in der übergroßen Mehrheit des Volkes vorhandenen Gärung, wie ein Donnerwetter an gewitterschwülem Tag, nachdem der Zerfall des bestehenden Staates weit vorgeschritten, die Staatsmacht sehr schwach geworden, die Regierung von allen guten Geistern verlassen war, die Finanzen zerrüttet, die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten des Volkes immer fraglicher geworden oder gänzlich zerstört waren. Und selbst wenn alle diese Vorbedingungen vorhanden waren, mußten in der Regel erst noch unglückliche nationale Ereignisse hinzukommen, um die Revolution in Fluß, den angesammelten Explosivstoff zur Entladung zu bringen. Ohne die Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Krieg wäre die russische Revolution wahrscheinlich ebensowenig zur Tatsache geworden wie die große französische Revolution ohne die kriegerischen Verwickelungen Frankreichs mit anderen Ländern und den Verrat des Königs. Man sehe sich auch nur einmal alle anderen siegreichen Revolutionen näher an; die große englische Revolution, die jüngsten Revolutionen in Persien, in der Türkei, in China; überall war das alte Regierungssystem bereits zerfallen, verfault, und in all diesen Revolutionen standen nicht lediglich Klasseninteressen in Frage sondern auch, und vor allem, nationale Interessen. Siegreiche Revolutionen, das heißt siegreiche Volksaufstände, hat es deshalb in der Weltgeschichte sehr wenige gegeben. Wo das Volk siegte, stand auch überall nicht nur eine Klasse gegen die Staatsmacht im Kampf, und das Militär stand wenigstens zum großen Teil auf seiner Seite. »Machen wir uns keine Illusion darüber: Ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten«, schreibt Friedrich Engels.<sup>1)</sup> Alle anderen blutigen Revolutionen, die in kurzer oder langer Zeit nach bestimmten Plänen von begeisterten Revolutionären vorbereitet, mit kleinen oder großen, mit unorgani-

<sup>1)</sup> Siehe Engels' Einleitung zu Marx *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850* / Berlin 1895 /, pag. 13.

sierten oder organisierten Volksteilen unternommen (eben *gemacht*) wurden und ein wesentlich größeres Ziel hatten als nur einen Personenwechsel in der Regierung, endeten auch stets mit einer Niederlage.

Politische Unreife, Mangel an Kenntnis von den politischen und ökonomischen Zusammenhängen eines staatlichen Gemeinwesens und maßlose Überschätzung der eigenen Kraft haben die Revolutionsmacher, die Putschisten, erzeugt. Dem politischen und sozialen Fortschritt aber hat der Putschismus zu allen Zeiten nur Schaden, höchstens den Nutzen gebracht, daß er an furchtbaren Beispielen zeigte, auf welchem Weg nichts erreicht werden kann. Der Idealismus, der Opfermut und die Energie eines Blanqui in allen Ehren: seine und alle die anderen Putsche, die ein revolutionärer Wille zuwege gebracht, haben zwar viele Menschenopfer erfordert, aber die demokratische und sozialistische Entwicklung nur gehemmt, nicht gefördert. Und wie die *revolutionäre Begeisterung* und die *revolutionäre Tradition* der gesunden Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung hinderlich sein können, dafür ist Frankreich ein Beispiel. Mit Recht schrieb Ossip Zetkin seinerzeit in der *Berliner Arbeiterbibliothek*: »Die revolutionäre Tradition treibt auf die Barrikade und verwandelt Hunderte von sorg- oder harmlosen Bürgern in kampfesmutige Löwen, aber sie vermag nicht jene zielbewußte Intelligenz und jene ruhige, kaltblütige Energie, jene stetige Anspannung aller Kräfte und pflichtfreudige Aufopferungsfähigkeit zu zeitigen, die tagaus tagein, Stunde für Stunde auf Posten stehen läßt, und dies in einem Kampf, der für den oberflächlichen Beobachter des Glorienscheins von Heroismus entbehrt und als alltäglich und bedeutungslos erscheint.«<sup>2)</sup>

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Revolutionsmacherei, die auch im schärfsten Widerspruch mit dem Entwicklungsgedanken steht, stets abgelehnt. Es kann zwar nicht geleugnet werden, daß wir alle früher, in der ersten Zeit der Partei, die Revolution im Heugabelsinn aufgefaßt haben. Wir träumten von einer großen revolutionären Erhebung, vom nicht fernen Tag, vom letzten heiligen Krieg, der uns den endgültigen Sieg bringen werde. Auch auf uns war eben etwas von einer *revolutionären Tradition* überkommen. Und wir waren klein, schwach, politisch ohnmächtig, konnten praktisch nichts erreichen, und deshalb setzten wir alle Hoffnung auf den kommenden Tag wie die Christen einstmals auf den wiederkommenden Erlöser. In dem Maß, in dem wir stärker, zu einem politischen Faktor geworden sind, und nachdem die Zusammenbruchstheorie längst zusammengebrochen ist, ist auch die Revolutionsromantik mehr und mehr aus unseren Reihen verschwunden. Der Evolutionsgedanke ist nun tatsächlich in der Sozialdemokratie Fleisch und Blut geworden: alle *revolutionären* Phrasen ändern nichts mehr daran, daß die Sozialdemokratie heute eine Reformpartei ist. Unser »Wachstum ununterbrochen im Gang zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten, und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris.«<sup>3)</sup>

1) Siehe Zetkin *Der Sozialismus in Frankreich* / Berlin 1899/, pag. 4.

2) Siehe Engels, *loc. cit.*, pag. 17.

Es sind 18 Jahre verflossen, seit Friedrich Engels mit diesen Worten dokumentierte, daß die Sozialdemokratie nichts mehr von *gemachten* Revolutionen, von Putschen, erwartet und auch nichts zu erwarten hat. »Auch in den romanischen Ländern sieht man mehr und mehr ein, daß die alte Taktik revidiert werden muß.«<sup>4)</sup> Nun aber tritt in Deutschland ein neuer Putschismus auf, der noch bedenklicher ist als der überwundene: der politische Massenstreik. Nicht als ob der politische Massenstreik an sich und unter allen Umständen Revolutionsmacherei sei. Aber darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß er in Deutschland, so wie nun einmal die Verhältnisse liegen, überhaupt nur einen Sinn und Zweck haben kann, sofern er als die Revolution aufgefaßt wird. Und die Art und Weise, wie zu r z e i t in Deutschland dieser Massenstreik *inszeniert* werden soll, unterscheidet sich nicht wesentlich von der Art, wie Blanqui seine Putsche inszenierte.

Als in Frankreich zuerst die Idee des Generalstreiks auftrat, mit dem die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln gehoben werden sollte, wurde sie in Deutschland von der Sozialdemokratie einmütig abgelehnt. Erst nachdem in Belgien zur Erringung eines bessern Wahlrechts der politische Massenstreik in Anwendung gekommen war, und er in der russischen Revolution eine hervorragende Rolle gespielt hatte, fand die Massenstreikidee auch in der deutschen Sozialdemokratie einen aufnahmefähigen Boden. Wenigstens wurde auf dem Parteitag in Jena im Jahr 1905 »die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung« als eines der wirksamsten Kampfmittel beschlossen, um »ein politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern«. Aber wie überhaupt eine jede lange vorher diskutierte und beschlossene Revolution von vornherein eine aussichtslose Sache ist, so blieb auch der Massenstreik in Deutschland, obwohl er mit 287 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen worden war und der »gegebene Fall« wiederholt eingetreten ist, eine bald und gern vergessene Resolution. Und nachdem sich die Wellen der russischen Revolution wieder geglättet hatten, bereitete der Parteitag in Mannheim der Massenstreikidee ein anständiges Begräbnis. Denn mittlerweile hatte man die Gelegenheit gehabt sich in aller Ruhe davon zu überzeugen, daß ein politischer Massenstreik in Deutschland doch etwas ganz anderes bedeutet als das, was in Belgien, Rußland und sonst in Erscheinung getreten war.

In Rußland war der absolutistische Staat zusammengebrochen, nicht nur die Arbeiter, auch das Bürgertum, die Intellektuellen, Unternehmer, Bauern und ein Teil des Militärs standen der herrschenden Macht feindlich gegenüber, es herrschte die Revolution mit allen ihren Begleiterscheinungen. Wenn in dieser Zeit, in der die Produktion überhaupt darniederlag, die russischen Industriearbeiter, unorganisierte Massen, die damals in der großen Mehrzahl wirtschaftlich, sozial, kulturell so tief standen, daß sie allerdings nicht mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten, im stillen Einverständnis mit den Unternehmern, die die Löhne weiterbezahlten, die Arbeit einstellten, um dadurch dem wankenden Staatsschiff einen neuen Stoß zu versetzen, so läßt sich das doch wahrlich nicht mit einem Massenstreik vergleichen wie er in Deutschland in Frage kommt und *gemacht* werden soll.

<sup>4)</sup> Siehe Engels, loc. cit., pag. 16.

Auch die anderen Beispiele können nicht zum Vergleich herangezogen werden. Belgien ist ein kleines Land mit einer alten demokratischen Verfassung und einem parlamentarischen Regierungssystem. In der klerikalen Partei, die zurzeit die Regierung stellt, sind auch viele Arbeiter und andere Besitzlose, auf die lebhafteste Aktionen zugunsten eines gleichen Wahlrechts nicht wirkungslos bleiben. Ein langer und harter Wahlrechtskampf kann der klerikalen Partei Abbruch tun, sie aus der Herrschaft verdrängen. Auf der Seite der Sozialdemokraten stehen in der Wahlrechtsfrage aber auch die Liberalen, unter denen sich große Unternehmer und andere Kapitalisten befinden, deren Macht nicht zu unterschätzen ist. Beim jüngsten Kampf war es den Sozialdemokraten aber auch bekannt, daß nicht nur der König sondern auch Mitglieder des Kabinetts für die Wahlreform seien. Und was wurde trotz alledem mit dem Massenstreik erreicht? Die Klerikalen jubelten, er habe mit einer Niederlage geendet. Von einem nennenswerten Erfolg kann jedenfalls keine Rede sein. Ein solcher Sieg, wie er in Belgien erreicht worden ist, würde in Preußen nicht den geringsten Wert haben. Das Versprechen über die Wahlreform zu beraten kann die preußische Regierung jeden Tag abgeben, ohne daß damit die Wahlreform auch nur einen Schritt weiter kommt.

Was sonst noch an politischen Massenstreiks zu verzeichnen ist, waren Demonstrationen von kurzer Dauer und meist lokaler Bedeutung, wie im demokratischen Italien, wo die Verhältnisse noch sehr unentwickelt sind, die Arbeiterbewegung klein ist und solche kleinen Putsche nicht viel zu bedeuten haben. Solche Demonstrationen sind auch in Italien eine vorübergehende Erscheinung. Sie in Deutschland zu empfehlen kann sicher keinem Menschen einfallen.

Was soll nun aber mit einem politischen Massenstreik beim Wahlrechtskampf in Preußen erreicht werden? Wie lange soll er dauern? Etwa bis die preußische Regierung die Erklärung abgibt, sie sei bereit eine Wahlreform dem Landtag vorzulegen? Das kann sie, wie schon gesagt, jederzeit tun, irgendein Erfolg wäre mit einer solchen Erklärung nicht erreicht. Der Massenstreik ist aber auch gar kein Mittel auf die preußische Regierung einen Druck auszuüben. Die preußische Regierung ist keine vom Volk gewählte politische Partei sondern ein vom Parlament ganz unabhängiger Organismus. Man kann die preußische Bürokratie als reaktionär bezeichnen. Aber wir würden uns einer großen Selbsttäuschung hingeben, wenn wir annehmen wollten, die preußische Staatsgewalt stehe schon auf so schwachen Füßen, daß ein Arbeiterstreik sie ins Wanken bringen oder gar ihren Zusammenbruch herbeiführen könnte. Denn es kann ja gar kein Zweifel darüber bestehen, daß ein politischer Massenstreik in Preußen keinesfalls etwa die Angestellten der Eisenbahn, der Post, der Straßenbahnen umfassen würde. Der letzte Bergarbeiterstreik hat auch gezeigt, daß die Hoffnung, die Bergarbeiter könnten in nicht ferner Zeit allein einmal die Stilllegung der Produktion zu Zwecken des politischen Fortschritts bewirken, auf sehr schwachem Untergrund beruht. Wenn nun aber auch wirklich, woran jedoch gar nicht zu denken ist, sich alle organisierten Arbeiter am politischen Streik beteiligten, wie sollten sie dadurch den preußischen Landtag zwingen können eine Wahlreform zu beschließen? In 2, höchstens 3 Wochen wären die Geldmittel der Streikenden erschöpft, die Kassen der Gewerkschaften geleert,

und es bliebe den Kämpfenden keine andere Wahl (sofern sie nicht auf die Barrikade steigen wollen) als wieder zur Arbeit zurückzukehren. Dann wäre es mit ihrer Macht aber auch vorbei: auf viele Jahre hinaus. Und was dann? Die Unternehmer hätten es nun leicht den Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktieren und durch Lohnreduzierungen den erlittenen Schaden wieder einzubringen. Die Organisationen der Arbeiter würden zusammenbrechen, sicher aber viele Jahre lang zur Ohnmacht verurteilt sein. Was sollte nun die preußische Regierung oder den Landtag bestimmen die Wahlreform in Angriff zu nehmen?

Der politische Massenstreik, der mehr ist als eine Demonstration, kann in Preußen nur einen Sinn haben, wenn er die Revolution selbst sein soll, deren Ziel nicht nur der Sturz der Regierung sondern der kapitalistischen Gesellschaft ist. So meint es auch die kleine Gruppe um Rosa Luxemburg. Ihre törichten Ideen finden in der deutschen Arbeiterschaft aber keinen Boden. Der deutsche Arbeiter hat dazu denn doch heute viel zu viel zu verlieren. Ihm sind geleerte Gewerkschaftskassen, vernichtete Organisationen; zerstörte Existenzen keine gleichgültigen Dinge. Und er ist denn doch politisch zu reif und zu geschult, als daß er gewillt wäre seine Hoffnung auf die *revolutionäre Energie* und ähnliche syndikalistische Phrasen zu setzen. Rosa Luxemburg und ihr kleiner Anhang haben deshalb auch das meiste dazu beigetragen die deutschen Arbeiter, soweit sie überhaupt infiziert waren, wieder gründlich von der Massenstreikidee zu kurieren.

Nun aber ist ein neuer Putsch in Vorbereitung. Blanqui traf sich mit seinen Verschwörern in einem verborgenen Winkel, und zur verabredeten Zeit stürzte die kleine Schar auf die Straßen, um die Massen mit sich zu reißen. Die neuesten Putschisten arbeiten ähnlich. Ein paar gute Genossen sitzen im Café zusammen, beschließen ein großartiges *Machen wir!*, Journalisten sorgen für die nötige Vorbereitung, mit dem Erfolg, daß in der Tat auch einiger Lärm sich erhebt (das Schreien klingt zwar etwas gezwungen, aber man will doch nicht zurückbleiben). Wer glaubt auf diese Art einen Massenstreik inszenieren zu können, sieht die reale Welt sicher mit politisch harmloseren Augen an als ein Blanqui, der glaubte mit einem Dutzend mutiger Genossen die Welt erobern zu können. Man kann es der Rosa Luxemburg auch wahrlich nicht verdenken, daß sie sich gegen diesen unlauteren Wettbewerb kräftig wehrt. Ein praktisches Ergebnis wird diese neueste *Aktion* freilich nicht haben, das lassen schon die bisherigen Auseinandersetzungen erkennen. Für zwecklose Putsche sind die deutschen Arbeiter nun einmal nicht zu haben. So wenig Aktivität aber auch *Aktionen* solchen Kalibers innewohnt, so vergeht man sich doch mit derartigen Redereien in unverantwortlicher Weise an den Interessen der Arbeiterklasse. Wäre der Massenstreik möglich und notwendig, so würden ihn die jetzigen Diskussionen schon zunichte machen. Diese Debatten schädigen aber nun unter allen Umständen die Gewerkschaften, die zur Abwehr gezwungen sind ihre Schwächen offen darzulegen: Und sie geben den demagogischen Elementen wieder auf lange Zeit hinaus Gelegenheit den verantwortungsvollen Leitern der Gewerkschaften ihre Aufgabe zu erschweren. Denn ohne die Gewerkschaften und deren Streikkassen ist in Deutschland ein Massenstreik ganz und gar undenkbar. Die Gewerkschaften können und dürfen sich aber auf ein solches Abenteuer nicht ein-

lassen, das nur zu ihrer Dezimierung führen kann, ohne Erfolg für den politischen Fortschritt.

Der politische Massenstreik kann in jedem Land einmal in die Erscheinung treten, wie die Revolution. Aber er kann auch so wenig *gemacht* werden wie diese, denn er ist die Revolution selbst. Wer ihn dennoch inszenieren will, steht nicht höher als die früheren Revolutionsmacher, die Verschwörer, Putschisten. Nur hat er für sein Tun nicht die Entschuldigung mehr, die in der Unreife der ganzen Arbeiterbewegung liegt. Er setzt vielmehr die Errungenschaften ihrer jahrzehntelangen Kulturarbeit aufs Spiel und hemmt die wirklichen, nämlich die politischen Aktionen zur Erringung neuer Positionen für die Arbeiterklasse und zur Politisierung Deutschlands überhaupt.

XX

## WILLEM HUBERT VLIAGEN · DIE HOLLÄNDISCHEN WAHLEN 1913



**A**UCH außerhalb unserer Landesgrenzen haben die holländischen Wahlen dieses Jahres außerordentliche Aufmerksamkeit erregt. Fast täglich gehen mir und anderen Genossen aus den verschiedensten Ländern Briefe mit der Bitte zu zu berichten, wie die Dinge bei uns lagen, und wie alles gegenwärtig steht. Wollen wir uns nun darüber klar werden, so müssen wir zunächst 3 Momente berücksichtigen: die Regierung und ihre Mehrheit von 1903 bis 1913, die Bildung der liberalen Konzentration, den Stand der sozialistischen Bewegung.

Im Jahr 1909 errang die Rechte eine starke Mehrheit bei den Wahlen. Die Rechte, das heißt die verbündeten katholischen und protestantischen Klerikalen. Denn als Unikum in der Welt besitzen wir hier einen protestantischen Klerikalismus. Unter Führung des Dr. Kuyper hat sich in Holland unter den orthodoxen Protestanten (Calvinisten) eine Richtung entwickelt, die völlig nach römischem Muster eine politische Partei auf religiösem Boden aufgebaut hat. Diese Richtung bearbeitet die *kleinen Leute* mit Bibeltexten und anderen religiösen Schriften, um sie für eine Politik zu gewinnen, die jeder reaktionären Idee einen Hort bietet. Sollte ich ausländische Politiker nennen, mit denen Dr. Kuyper zu vergleichen ist, so würde ich in erster Linie an den, jetzt toten Dr. Lueger in Wien, in zweiter an Herrn Stoecker denken. Antisemit ist Dr. Kuyper in der praktischen Politik nur deshalb nicht, weil damit in Holland nichts zu verdienen wäre; in seinen zahlreichen Schriften hat er sich oft genug als solcher aufgeführt. Dieser protestantische Klerikalismus wurde ursprünglich durch die *Antirevolutionäre Partei* vertreten; eine Spaltung in dieser Partei führte dann zur Gründung der *Christlich-Historischen Partei*, die, durch ein paar dissentierende Gruppen aus anderen Lagern verstärkt, seit 1901 besteht und unter dem Namen der *Koalition*, den man ihr im Land gegeben hat, im Bund mit den *Antirevolutionären* und der katholischen Partei wirkt. Bei den Wahlen von 1909 fielen diesen 3 Gruppen zusammen 60 von den 100 Mandaten zu, und zwar den Katholischen 26, den *Antirevolutionären* 22 und den *Christlich-Historischen* 12. Bei Nachwahlen verloren die *Antirevolutionären* 1 Sitz wieder an die Liberalen und 1 an einen *christlich-historischen* Wilden, der in der Kammer gewöhnlich mit der Rechten stimmte, so daß das Stimmenverhältnis

also 59 gegen 41 war. Die liberale Linke zählte 34 Mandate, darunter waren 21 Unionliberale, 9 freisinnige Demokraten und 4 sogenannte *Freiliberale* (die ungefähr den deutschen Nationalliberalen entsprechen), während die Sozialdemokraten 7 Sitze innehatten.

In diesen 4 Jahren brachte die Regierung und die Mehrheit die öffentliche Meinung gründlich gegen sich in Harnisch. Namentlich wurde die Arbeiterschaft durch die Behandlung der Frage der sozialen Versicherung erregt. Seit Jahren besteht in Holland eine starke Bewegung für Einführung der Staatsappensionierung nach englischem oder dänischem Muster. Die Liberalen bekannten sich ebenfalls zu den Alterspensionen, seitdem diese in England eingeführt waren, wandten sich daher gegen eine obligatorische Altersversicherung. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, der in vielen Punkten mit der deutschen Invaliditäts- und Altersversicherung übereinstimmt, aber den Versicherten höhere Beiträge auferlegt, keine dauernden Staatszuschüsse festsetzt und auch keine Witwenversicherung in sich begreift. Nach dem Krankenversicherungsentwurf der Regierung wird nur Lohnersatz, nicht aber ärztliche Hilfe gewährt. Diese muß der Arbeiter völlig selbst bezahlen. Die Sozialdemokraten stimmten zusammen mit der übrigen Linken gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, aber für die Krankenversicherung, die die Liberalen ebenfalls ablehnten. Für den Arbeiterschutz geschah in dieser Zeit absolut nichts. Das vorgeschlagene Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien fiel mit Hilfe der Rechten. Verstärkt wurde die Stimmung gegen die Rechte durch deren Eintreten für den Schutzzoll, der in dem bisher freihändlerischen Holland mit der Zolltarifvorlage der Regierung eingeführt werden sollte. Diese Vorlage schlug eine Tarifierhöhung von durchschnittlich 5 auf 12 % vor. Die stärkste Gegnerschaft aber rief die auch prinzipiell bedeutsame Regierungsvorlage: der Verfassungsrevisionsentwurf wach, der kein allgemeines Wahlrecht brachte, das Frauenstimmrecht gänzlich ausschloß, die Macht der Ersten Kammer durch das Regreßrecht verstärken wollte, die unabhängige Stellung der Gemeinderäte aufhob und den öffentlichen Schulunterricht dem privaten unterordnete. Dazu kam die allgemeine Entrüstung über den Mißbrauch der Religion in der Politik, die Konstruktion des Gegensatzes zwischen *Gläubigen* und *Ungläubigen*, zwischen *Christen* und *Paganisten*, die zu einer wahren Landplage geworden war.

Um diesen Mißständen zu begegnen und die Regierungsanträge zu Fall zu bringen, schlossen sich ungefähr ein Jahr vor den Wahlen die Liberalen zu einer *Wahlgemeinschaft der liberalen Konzentration* zusammen, die die 3 liberalen Gruppen umfaßte und mit einem neuen Programm auf der Bildfläche erschien. Dieses Programm, das für viele eine freudige Überraschung war, enthielt, wie in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits mitgeteilt wurde,<sup>1)</sup> eine Reihe von entschieden demokratischen und sozialen Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht für alle Männer, Möglichkeit der Einführung des Frauenwahlrechts, Fortfall der Bestimmungen, die einen Einspruch gegen die Wählbarkeit der Frau begründen, öffentlichen Schulunterricht, Altersunterstützung für Bedürftige auf Staatskosten, Kranken- und Invalidenversicherung mit Gewährung von Zuschüssen für ärztliche Hilfe, Er-

<sup>1)</sup> Siehe Ankersmit *Die holländische Sozialdemokratie vor den Parlamentswahlen 1913* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 491.

höhung der Staatseinkünfte durch direkte Steuern. Der Minister des Innern nannte dieses Programm eine »rote Flagge im Nebel«, die ganze christliche Presse warf den Liberalen vor, daß sie zugunsten der Sozialdemokratie abdanke.

Die sozialdemokratische Partei befand sich beim Beginn des Wahlkampfes in der allergünstigsten Situation. Die Spaltung des Jahres 1909, bei der 500 *Hypermarxisten* der Partei den Rücken kehrten, nachdem der außerordentliche Parteitag in Deventer die Redaktion der *Tribune* aus der Partei ausgeschlossen hatte,<sup>2)</sup> war, wie niemand leugnen kann, für die Arbeiterpartei von den besten Folgen gewesen. Unmittelbar nach dieser *Spaltung* ging die Mitgliederzahl sprunghaft in die Höhe. Sie betrug am 31. Dezember 1908 8770 (die *Spaltung* im Februar 1909 brachte einen Verlust von 493 Mitgliedern), am 31. Dezember 1909 9504, am 31. Dezember 1910 9980, am 31. Dezember 1911 12 582, am 31. Dezember 1912 15 792 und augenblicklich mehr als 18 000. Die Zahl der Abonnenten des *Volk* stieg innerhalb dieser Zeit von 11 000 auf 25 500. Die kleine Presse verdreifachte ihre Leserzahl. Die Tatsache steht also fest, daß die Partei ihre volle Werbekraft wiedererlangte, sobald der lähmende Einfluß der kleinen Gruppe von Querulanten beseitigt worden war. Man durfte erwarten, daß das auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen würde.

Diese 3 Faktoren also: die Unpopularität der Regierungspolitik, die Kraftanspannung des Liberalismus und das gewaltige Wachstum der Sozialdemokratie, haben das jetzige Wahlresultat herbeigeführt.

Das Ergebnis war folgendes: Die Rechte, die 1909 im 1. Wahlgang 55 Mandate eroberte, gewann jetzt nur 41; 2 der Stichwahlen mußten zwischen Koalitionskandidaten und 2 Wilden stattfinden, die ebenfalls zur Rechten zu rechnen sind, im ganzen demnach 43. Die Liberalen eroberten im 1. Wahlgang 11 Mandate, die Sozialdemokratie 1. Es gab somit 47 Stichwahlen. 10 davon fanden zwischen Liberalen und Sozialdemokraten statt, diese Kreise mußten also jedenfalls der Linken zufallen. Die liberale Konzentration gab für die Stichwahl die Parole aus unter allen Umständen links zu stimmen, die Sozialdemokratie unterstützte die Konzentrationskandidaten, nachdem diese mit Ausnahme eines einzigen eine Anzahl von Fragen zufriedenstellend beantwortet hatten, die die Partei an sie richtete. Der eine Kandidat, der nicht antwortete, brauchte unsere Hilfe nicht, er wurde auch ohnedies gewählt. Die Rechte gab für die 10 Wahlkreise, in denen Liberale und Sozialdemokraten einander gegenüberstanden, die Parole der Stimmenthaltung aus. In Stichwahl mit der Rechten standen 11 Sozialdemokraten. Die Stichwahlen hatten folgendes Resultat: Die Rechte gewann neben den 2 Kreisen, in denen 2 Rechtskandidaten einander gegenüberstanden, 2 weitere, während sie in den 31 übrigen unterlag. Sie brachte es also im ganzen auf 45 Sitze. Die Sozialdemokratie siegte in sämtlichen Stichwahlen gegen die Rechte und in 6 von den 10 Stichwahlkreisen, in denen der Kampf gegen Liberale ging. 1 Sozialdemokrat war, wie ich schon erwähnte, im 1. Wahlgang gewählt, die Partei erhielt also 18 Mandate. Dabei waren aber 4 Doppelwahlen, so daß in 4 sozialdemokratischen Wahlkreisen Nachwahlen stattfinden müssen.

<sup>2)</sup> Siehe meinen Artikel *Die inneren Kämpfe in der holländischen Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 292 ff.



Die Stimmzahl der sozialdemokratischen Arbeiterpartei betrug 144 375, gegen 83 000 im Jahr 1909. Es fielen ihr 18,8 % aller abgegebenen Stimmen zu, so daß der starke Gewinn an Mandaten ihrer Stimmzahl vollkommen entspricht. Ganz gewaltig ist besonders unser Stimmzuwachs in den großen Städten. Unsere Kandidaten erhielten im 1. Wahlgang Stimmen:

Wahlkreis	Stimmzahl		Gewählt
	1909	1913	
Amsterdam II	926	1837	
" III	4680	7309	Troelstra
" V	2145	3995	ein Liberaler
" VIII	388	1511	Kleerekoper
" IX	4421	8204	Vliegen
Rotterdam I	2120	3739	Spiekman
" II	1205	3395	Spiekman
" IV	1525	4434	ein Liberaler
" V	767	2103	J. Ter Laan
Haag I	2199	4835	K. Ter Laan
Utrecht II	1202	2668	Van Leeuwen
Groningen	1167	2451	ein Liberaler
Zaandam	3456	5389	Duijs

Die übrigen 8 Kreise, die wir behaupteten oder eroberten, sind die folgenden (die Namen der Abgeordneten sind in Klammern beigegefügt): Appingedam (Schaper), Veendam (Sannes), Hoogezand (Spiekman), Leeuwarden (Troelstra), Franeker (Helsdingen), Schoterland (Mendels), Weststellingwerf (Hugenholtz), Enschedee (Albarda). Die christliche Koalition erhielt also fürchterliche Schläge. Sie unterlag in Kreisen, die sie zu ihrem absolut festen Besitz rechnete; andere, in denen sie früher Mehrheiten von mehreren tausend Stimmen hatte, gingen ihr ebenfalls verloren oder wurden nur mit einer ganz geringen Mehrheit behauptet.

Der Rückgang der Koalition geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Wahlkreis	Stimmzahl (in % der abgegebenen Stimmen)	
	1909	1913
Apeldoorn	61,5	49
Arnhem	45,2	36
Doetinchem	61,1	50,5
Lochem	40,1	34
Delft	64,4	52
Dordrecht	44,8	36
Gorkum	52,1	47
Gouda	48,7	39
Leiden	53,6	47
Bidderkerk	55	47
Rotterdam IV	47,1	34
" V	49,7	38
Amsterdam VIII	52,5	35
" VII	51,9	40
Middelburg	56,5	48
Harlingen	59,2	50,5
Hilversum	66,5	52,0

In allen diesen Kreisen besaßen die Klerikalen eine starke Position, der Rückgang ist also ein ganz kolossaler.

Die sogenannte *Sozialdemokratische Partei*, die neue Partei der *Tribunisten*, beteiligte sich ebenfalls an den Wahlen; in nicht weniger als 18 Wahlkreisen stellte sie ihre Kandidaten auf. Sie vereinigte auf diese 18 Kandidaten im ganzen 1340 Stimmen, das heißt durchschnittlich 80 Stimmen auf jeden einzelnen. Schon 1909 hatte sie in 4 Wahlkreisen eigene Kandidaten nominiert, auf die damals zusammen 542 Stimmen entfielen. In diesen 4 Kreisen erhielt sie diesmal 463 Stimmen. Diese *neue Partei* scheint also ihre Blütezeit bereits hinter sich zu haben.

Infolge der Wahlen reichte natürlich das Ministerium sofort sein Entlassungsgesuch ein. Die Königin konferierte darauf mit den Führern der verschiedenen Parteien. Unter den ersten, die zur Konferenz zu ihr geladen wurden, war Genosse Troelstra. Die Konferenzen mit den Parteiführern veranlaßten schließlich die Königin den freisinnigen Demokraten Dr. Bos mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen. Sein Auftrag geht dahin aus Mitgliedern aller Parteien der Linken ein Ministerium zu bilden. Damit steht die holländische Partei mit einem Schlag vor der Frage des Ministerialismus, und zwar in einer Zeit, in der eine Verfassungsrevision auf der Tagesordnung steht, deren Hauptzweck die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts ist. Dr. Bos hat unserer Partei nicht weniger als 3 Ministerportefeuilles angeboten. Die Sozialdemokratie trägt also eine große Verantwortung, wie immer auch ihre Entscheidung ausfallen mag. Der Parteivorstand hat beschlossen für den 26. und 27. Juli einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, der diese Entscheidung treffen soll. Sollte ich selber sagen, welche Lösung der Krise ich am liebsten sähe, so wäre es die: daß die liberale Konzentration das Ministerium ganz aus ihren eigenen Anhängern bildet, sich verpflichtet die Wahlrechts- und die Alterspensionsfrage zu lösen, und die Sozialdemokratie die Gegenverpflichtung übernimmt das Ministerium den Angriffen der Rechten gegenüber zu unterstützen. Diese Lösung halte ich aus dem Grund für die wünschenswerteste, weil, wie die Dinge in der holländischen Sozialdemokratie liegen, die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung die Einigkeit der Partei gefährden könnte. Nicht, daß ich eine neue Spaltung fürchtete. Aber auch innerhalb der Partei hat die Einigkeit einen großen Wert. Und schließlich ist ein gewisses Mißtrauen auch der liberalen Konzentration gegenüber ganz natürlich, weil diese eine ziemlich starke Mitgliedschaft von Freiliberalen enthält (10 von 37), die in den Fragen der sozialen Gesetzgebung und des Militarismus den unsrigen diametral entgegengesetzte Ansichten vertreten.

Weiteres ist augenblicklich noch nicht zu sagen.

## EDUARD BERNSTEIN · REGIERUNG UND SOZIALISTEN



URCH den Ausfall der jüngsten Parlamentswahlen in Dänemark und Holland ist die Frage der Teilnahme von Sozialisten an einer nicht ausschließlich sozialdemokratischen Regierung von neuem auf die Tagesordnung gesetzt worden. Welche vorläufige Lösung sie in Dänemark gefunden hat, ersieht man aus dem lichtvollen Artikel des dänischen Parteimitglieds Becher-Olsen in den *Sozialistischen*

*Monatsheften*.<sup>1)</sup> Unsere dänischen Parteigenossen haben es abgelehnt mit der Fraktion der dänischen Radikalen ein Ministerium zu bilden, aber sie haben die Verpflichtung übernommen ein aus Radikalen zusammengesetztes Ministerium zu unterstützen, womit sie faktisch, wie das Becher-Olsen auch unumwunden ausspricht, für die Dauer dieses Ministeriums Regierungspartei geworden sind. Ohne das Wort zu gebrauchen, hat das auch Genosse Stauning, der Vorsitzende des Vorstands der dänischen Sozialdemokratie, im *Vorwärts* vom 6. Juli dieses Jahres dargelegt. Stauning wie Becher-Olsen berichten übereinstimmend, daß die sozialdemokratische dänische Reichstagsfraktion bereit war an der Bildung eines liberal-radikal-sozialdemokratischen Koalitionsministeriums durch Entsendung von 3 ihrer Mitglieder in ein solches Ministerium mitzuwirken, und daß dieser Plan nur an der Weigerung der Liberalen scheiterte, die aus bestimmten Gründen außerhalb der Verbindung bleiben wollen. Nicht ganz deutlich geht aus dem Artikel des Genossen Stauning hervor, warum unsere Genossen es ablehnten mit den Radikalen allein ein Ministerium zu bilden, obwohl sie mit diesen zusammen über 63 von insgesamt 114 Stimmen im Folkething verfügen, das heißt die Mehrheit der dänischen Volksvertretung bilden. Nach Becher-Olsen war dafür die Erwägung maßgebend, daß ein solches Ministerium den Liberalen den Vorwand liefern würde entgegen ihren Zusagen eine Lösung der Frage des Augenblicks, der Verfassungsreform, durch Opposition zu hintertreiben. Traf diese Annahme zu (und ich werde mir nicht anmaßen die Lage der Dinge in Dänemark besser beurteilen zu können als unsere dortigen Genossen), so lag für sie sicherlich ein um so größerer Grund vor die Bildung eines rein sozialdemokratischen Ministeriums zu verweigern. So weit ist das Verhalten unserer dänischen Parteigenossen durchaus klar und logisch begründet.

Sieht man aber von den Rücksichten ab, die der Wunsch die Verfassungsreform nicht zu gefährden der sozialdemokratischen dänischen Reichstagsfraktion auferlegt, oder nimmt man diese Reform als verwirklicht, die Reformfrage als erledigt an, so knüpft sich an die Stellungnahme unserer Genossen zur Frage der Regierungsbildung eine Reihe von Fragen, die früher oder später zwingend an sie herantreten werden, ohne daß die Rücksicht auf eine einzelne überragende Frage die Entscheidung erleichtert. Fragen, die zu erörtern um so mehr angezeigt ist als der Ausfall der Abgeordnetenwahlen in Holland unsere Genossen dort vor die gleiche Frage oder die gleichen Fragen stellt. Auch in Holland gebietet keine einzelne Partei in der gewählten Kammer über eine Mehrheit von Abgeordneten, auch dort kann, wenn die Sozialdemokratie den Eintritt in ein Ministerium der Linken verweigert, ein solches nur als Minderheitsministerium zustande kommen.

Die Bildung eines Ministeriums aus der Minderheit der Volksvertretung ist ein Widerspruch gegen den Grundsatz der Regierung durch die Volksvertretung. Wer für diesen Grundsatz eintritt, der, solange nicht die Gesellschaft auf vollständig anderer Basis organisiert ist als heute, ein unerläßlicher Bestandteil der Bedingungen demokratischer Volksregierung ist, wird die Bildung einer Regierung aus der Minderheit nur für Ausnahmefälle billigen können; als Regel aufgestellt bedeutet sie einen Schlag wider jenen Grund-

<sup>1)</sup> Siehe Becher-Olsen *Der Verfassungskampf in Dänemark und die Sozialdemokratie* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 777 ff.

satz und eine Rechtfertigung unparlamentarischer oder antiparlamentarischer Regierung.

Nehmen wir das dänische Beispiel noch einmal vor. Die radikale Partei, die jetzt das Ministerium bildet, zählt im Folkething 31 Abgeordnete, die sozialdemokratische Partei 32, die liberale 44 Abgeordnete; 7 konservative Abgeordnete treten vorerst abseits. Es ist also die kleinste der 3 in Betracht kommenden Parteien, die die Zügel der Regierung in die Hand nimmt. Sie tut es daher, wie die Engländer sagen, *on sufferance*, auf Duldung hin. Liberale hüben und Sozialdemokraten drüben haben ihr Duldung zugesagt; unsere Genossen werden für den Etat stimmen, den sie dem Land vorlegen wird. Kann dieser Zustand andauern, wenn die radikale Regierung die übernommene Mission erfüllt, das Schiff der Verfassungsreform durch alle Klippen glücklich hindurchgesteuert haben wird?

Ich halte es für undenkbar. Man stelle sich die Sache nur als verwirklicht vor, um zu erkennen, was sie heißen würde. Sie würde bedeuten, daß entweder die Sozialdemokratie durch dick und dünn der radikalen Partei Heeresfolge leisten oder aber diese eines Tages einem Bündnis mit den Bourgeoisliberalen in die Arme treiben müßte. Mit wechselnden Mehrheiten kann wohl ein bürokratisches Ministerium, wie wir uns eines solchen im Deutschen Reich erfreuen, aber niemals ein parlamentarisches Ministerium regieren. Die Sozialdemokratie aber würde, solange sie der radikalen Partei Heeresfolge leistet, geradeso die Verantwortung für deren Tun und Lassen auf sich nehmen wie es der Fall wäre, wenn sie mit ihr die Rechte und Pflichten der Regierung teilte. Sie würde ihr den Löwenanteil des Verdienstes für alle Reformen überlassen müssen, die in dieser Zeit zustandekommen, aber den vollen Anteil des Odiums genießen, dem unter heutigen Verhältnissen Regierungen und Regierungsparteien nun einmal ausgesetzt sind. Ihre Unabhängigkeit wäre nur eine formale, bestände, genauer betrachtet, auch nur *on sufferance*. Denn in jedem Augenblick, wo sie etwa ungeberdig werden wollte, müßte sie gewärtigen, daß die Radikalen ihr erklären: Liebe, werthe Nachbarn auf der Linken, entweder ihr haltet den Mund, oder wir treten ab und überlassen euch die Verantwortung.

Solche Situationen sind unvermeidbar, solange Klassenunterschiede und damit Klassengegensätze bestehen, die sich in Klassenkämpfen äußern. Die Klassenunterschiede kann aber ein einzelnes Land nicht aufheben, und wenn es selbst eine rein sozialdemokratische Regierung hätte. Noch weniger würde eine solche Regierung mit ihnen über Nacht aufräumen können. Auf diese Erkenntnis stützen sich ja auch die Gegner der Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung. Sie sehen voraus, daß diese Beteiligung die Sozialdemokratie in überaus schwierige Situationen bringen kann, und wollen ihr die damit verbundenen inneren Konflikte ersparen. Eine lobenswerte Absicht, solange es sich um die Verlockungen einer vorübergehenden Konstellation handelt; aber das unbeabsichtigte Eingeständnis eines Zweifels an der eigenen moralischen Kraft, wenn man die Frage unter dem Gesichtspunkt der politischen Ethik der Sozialdemokratie betrachtet, sie am Maßstab unserer erzieherischen Aufgaben prüft.

Wie? Eine so große Partei wie die Sozialdemokratie ist, eine Partei, die sich darauf beruft und nach den in ihrem Programm niedergelegten Ideen

auch berufen darf, daß sie die Zukunft des Menschengeschlechts vertritt, eine solche Partei soll es als Axiom ihres politischen Handelns aufstellen. daß man eine Schwierigkeit nur dadurch am besten löst, daß man ihr nach Möglichkeit ausweicht? Sie soll es als ihrer würdig betrachten ein Amt, zu dem sie kraft ihrer Stärke berufen ist, nicht anzunehmen, weil mit dem Amt Unzuträglichkeiten, große Verantwortungen verbunden sind? Meine Ansicht von der Mission der Sozialdemokratie weist auf eine andere Beantwortung der Frage hin.

Die Frage der Beteiligung an Ministerien wird dadurch verfälscht, daß man sie unter dem Gesichtspunkt der Befriedigung persönlicher Appetite oder des Bedürfnisses nach äußeren Triumphphen betrachtet. Bloß um den Ehrgeiz irgendeines beliebigen Führers zu befriedigen oder um mit einem eigenen Minister prahlen zu können, darf die Sozialdemokratie selbstverständlich sich nicht Verpflichtungen auferlegen, die über das Maß dessen, was die Vertretung der ihr speziell obliegenden materiellen und ideellen Interessen erheischt, hinausgehen. Aber sind das die einzigen Gesichtspunkte, unter denen die Frage zu beurteilen ist? Sind Vorkommnisse wie der Fall Millerand die einzigen, die wir hier in Betracht zu ziehen haben? Ich spreche nicht vom Fall Briand, weil der schon durch den Fall Millerand präjudiziert war. Millerand hat dem Gedanken der Beteiligung an einem Koalitionsministerium in doppelter Weise ein falsches Gesicht gegeben: einmal durch die Art, wie er die eigene Partei mit der Sache überrumpelte, und dann durch die Art, wie er späterhin den Grundsätzen der Partei ins Gesicht schlug. Das erste aber konnte überhaupt nur geschehen, weil die französische sozialistische Partei damals noch sehr lose organisiert war, und das zweite war nur möglich durch seine schon vollzogene Loslösung von der Partei. Es hieße der Sozialdemokratie ein jammervolles Armutszeugnis ausstellen, wollte man die Ausnahmenatur des Falls Millerand bestreiten. Er war nur möglich, weil die Sozialdemokratie in Frankreich noch nicht so fest organisiert war wie heute, und weil sie zum Teil gerade deshalb davor zurückschreckte die Verantwortlichkeiten der Beteiligung an einem Koalitionsministerium auf sich zu nehmen. Zum Teil allerdings handelte sie auch unter dem Zwang starker geschichtlicher Überlieferungen.

Ich habe schon zu der Zeit, als der Fall Millerand in der Sozialdemokratie aller Länder die Gemüter erregte, in einem Vortrag in Berlin und auch in Aufsätzen ausgeführt, daß man einen richtigen Standpunkt zu der Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an Regierungen nur dadurch gewinnt, daß man sie sich in der Form eines kategorischen Imperativs stellt. Soweit die Partei in Betracht kommt, liegen die Vorteile einer Enthaltung vom Eintritt in Regierungskoalitionen auf der Hand. Sie sind so groß, daß das Nächstliegende immer sein wird den Eintritt abzulehnen. Den einzelnen mag, von niedrigen Motiven ganz abgesehen, die Idee reizen als Minister sein schöpferisches Können zu betätigen, die Sozialdemokratie als die Partei der mit Notwendigkeit Unzufriedenen wird sich, solange die Verhältnisse ihr nicht vollkommen freie Hand lassen, immer in der Opposition am wohlsten fühlen. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, daß sie in der Opposition auch stets am meisten leistet. Dadurch daß sie sich um der geistigen Bequemlichkeiten willen, die das Oppositionsdasein gewährt, darauf verbeißt

unter allen Umständen Opposition bleiben zu wollen, kann sie Gelegenheiten die Sache des Proletariats zu fördern ohne triftigen Grund unbenutzt vorübergehen lassen. Kommen Situationen, wo sie vor die Wahl gestellt wird mit einem größern Stück Macht zu schöpferischem Wirken ein größeres Stück Verantwortung zu übernehmen oder auf dieses Wirken zu verzichten und lieber in relativer politischer Unverantwortlichkeit zu verharren, so ist die Frage für sie nicht, ob sie in eine Koalition, die ihr diese Macht verleiht, eintreten darf, denn es gibt keinen vernünftigerweise zu begründenden Lehrsatz, der den Zutritt zu einer Regierungskoalition axiomatisch verböte, sondern nur die, ob sie auf die ihr dargebotene Möglichkeit Verzicht leisten, den Eintritt in die Koalition ablehnen darf. Es ist dann immer das Gleichnis vom vergrabenen Pfund, das seine Anwendung verlangt, oder, in anderer Fassung, das Kantische *Du sollst, denn du kannst*.

Das möchte ich namentlich Freund Stauning entgegenhalten, der in seinem obenerwähnten Artikel schreibt: »Obwohl die Sozialdemokratie selbstredend prinzipiell dagegen ist in die Regierung einzutreten, solange die Partei nicht die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite hat, gab der Vorsitzende der Fraktion die Erklärung ab, daß man, im Fall dieser Weg zum Ziel führen könne, einem Parteikongreß empfehlen wolle an der Bildung einer Regierung aus den 3 Parteien, die in der Verfassungsfrage einig seien, mitzuwirken.« Warum es »selbstredend« sein soll, daß die Sozialdemokratie warten muß, bis sie die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite hat, bevor sie an einer Regierung teilnimmt, ist ganz und gar nicht einzusehen. Diesem Gedanken liegt eine Auffassung vom Wesen der Regierung zugrunde, die dem bürokratisch-polizistischen Staatsleben entstammt und sich von ihm vererbt hat. Er verliert also um so mehr am »Selbstredenden«, je mehr in einem Gemeinwesen jenes Regierungssystem dem parlamentarischen System weicht. In einem parlamentarisch regierten Land vermag die Regierung nichts, wofür sie nicht die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments hat; die Beteiligung an der Regierung bedeutet dort also keineswegs ein Regieren gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, die Funktion der Regierung ist eben eine andere geworden, sie vertritt nicht mehr die bürokratische Bevormundung sondern sie ist der Ausschuß, der nach dem Willen der Parlamentsmehrheit die Geschicke des Landes führt und je nach der ihm inwohnenden Fähigkeit und Triebkraft sein Mandat zu schöpferischer Initiative betätigt. Opportunistische Rücksichten mögen es verbieten, daß die sozialdemokratische Partei in einen solchen Ausschuß eintritt, bevor sie allein die Mehrheit im Parlament hat; aber von einem Prinzip kann da nun und nimmermehr die Rede sein, es sei denn, daß man aus der Praxis des weiland Prokrustes auch noch ein Prinzip macht.

Wir sind heute weit genug von den erregten Debatten entfernt, die zu dem Beschluß des Amsterdamer internationalen Sozialistenkongresses über die Regierungsfrage geführt haben, um in aller Ruhe die Frage aufzunehmen, ob jener verhängnisvolle Beschluß wirklich für alle Zeiten und alle Länder bindende Kraft haben kann. Ich nenne ihn verhängnisvoll, weil er meines Dafürhaltens unter anderm ein Hemmnis bildet, daß unsere Partei in Frankreich denjenigen Einfluß auf die Politik dieses Landes ausübt, den sie auf Grund der Summe von Intelligenz und Energie, über die sie verfügt, ohne ihn sehr leicht ausüben könnte. Der Sozialdemokratie verbieten mit der vorge-

schriftlichen bürgerlichen demokratischen Partei eine Regierungskoalition einzugehen kann praktisch die Wirkung haben (und wird sie wahrscheinlich auch haben) die Regierung Koalitionen in die Hände zu spielen, in denen das nationalistisch-chauvinistische Element überwiegt. Und was in dieser Hinsicht in dem einen Land geschieht, übt rückwirkend auf die Politik anderer Länder einen bestimmenden Einfluß aus.

Die Frage ist sehr ernst, viel ernster als es sich die meisten vergegenwärtigen. Soll sie in einer Weise beantwortet werden, die wirklich den Interessen der Arbeiter am besten dient, so muß man vor allen Dingen auch den politischen Begriffen gegenüber dem Entwicklungsgedanken sein Recht zuteil werden lassen. Wir sind stolz darauf die Gesellschaft als einen in steter Entwicklung befindlichen Organismus begriffen zu haben und wissen auch, daß mit der Gesellschaft sich der Staat wie überhaupt der ganze politische Überbau entwickelt; ist es da nicht ein Widersinn einen Begriff wie *Regierung* so zu versteinern, als gäbe es überhaupt keine Entwicklung? Eines der ersten Erfordernisse rationellen Denkens ist die Fähigkeit zu unterscheiden. Wollen wir vernünftige Politik treiben, so dürfen wir nicht Schlagworten zuliebe auf sie Verzicht leisten.

XX

## MAX SCHIPPEL · DER UMSCHLAG IN DER WIRTSCHAFTSKONJUNKTUR

**F**RÖRTERUNGEN über den Massenstreik, die, wie zu erwarten, neuerdings wieder einmal fällig wurden, müssen in ihrem Fortgang wesentlich von der Gestaltung der Wirtschaftskonjunktur abhängen. Schon deshalb lohnt sich im Augenblick ein allgemeiner Überblick mehr als sonst. Aber auch die jüngsten Wirtschaftsvorgänge selber bieten so viel des Beachtenswerten und Ungewöhnlichen, daß sie, ohne alle Beziehungen auf die neuesten parteipolitischen Anregungen, eine zusammenfassende Darstellung verdienen.

Naturgemäß ist, heute so gut wie früher, in den mannigfachen Produktions- und Verkehrszweigen oder gar in den verschiedenen Hauptländern des internationalen Wirtschaftsorganismus die wirtschaftliche Lage keine durchweg gleichartige. Bestritten wird jedoch nirgends, daß im großen und ganzen während der letzten Monate der ehemalige Aufschwung zum mindesten zum Stillstand sich abschwächte, ja daß allmählich eine peinliche Ähnlichkeit mit dem Ende des Jahres 1907, dem Einleitungszeitraum zur letzten ökonomischen Weltkrise, sich herausstellte.

In der vielverschlungenen ursächlichen Verkettung zeigen sich allerdings nicht geringe Abweichungen. Vor allem traten 1907 die politischen Störungen fast ganz zurück, die diesmal so manchen Stein ins Rollen brachten. Selbst die schlimmsten Verlegenheiten Rußlands durch die japanischen Kämpfe und die inneren Gärungen konnten damals mit dem Jahr 1905 bereits für abgeschlossen gelten, während 1906 und der größte Teil von 1907 noch die Gipfel des aufsteigenden Wellenbergs bildeten. Gerade die Periode des ostasiatischen Ringens und der russischen Revolution hatte bewiesen, über welche aufregenden politischen Zwischenfälle ein gesunder internationaler Wirtschaftskörper noch immer zu triumphieren ver-

mag. Ähnlich widerstand in den beiden letzten Jahren die derbgesunde ökonomische Wachstumskraft Deutschlands und Europas den Anspannungen erst der deutsch-französisch-englischen, dann der italienisch-türkischen Auseinandersetzungen, von der chinesischen und mexikanischen Revolution ganz abgesehen. Aber schließlich erschütterten die Balkanwirren mit ihren weiteren Konfliktmöglichkeiten den bereits überlasteten Produktions- und Kreditaufbau, besonders in Österreich-Ungarn, auf das schwerste, und schon der bloße Rückschlag von Österreich her zog alsdann Deutschland und andere Staaten verhängnisvoll stark in Mitleidenschaft.

Immerhin war selbst hierbei der Einfluß des Krieges mehr ein indirekter, durch die Wirkung auf den Geldmarkt vermittelter. Ein Krieg in vorwiegend agrarischen Ländern vermindert die Produktion viel weniger als man zunächst annehmen möchte; der Ausfall an Arbeitsleistungen seitens der Kriegsdienstpflichtigen wird in überraschend hohem Maß durch die Mehrleistung der Zurückgebliebenen, der Frauen und Mädchen, der Unerwachsenen und Greise, ausgeglichen. Schon deshalb nimmt nach außen hin die Kaufkraft nicht in dem befürchteten Umfang ab. Der Krieg schafft sogar seinerseits beträchtliche neue Auslandsbestellungen. Ganz anders dagegen stockt der Fluß der Zahlungsabwickelungen. Moratorien werden zur Notwendigkeit, und die ausländischen Gläubiger müssen sich einstweilen in anderer Weise zu helfen suchen. Außerordentliche Geld- und Leihkapitalmassen sind mit einemmal außerhalb des normalen ökonomischen Betätigungskreises festgelegt, teils durch den Bedarf der Kriegführenden teils durch die kostspieligen Probemobilmachungen der nächstinteressierten Zuschauer. Der Kampf der Banken um die möglichste Ausdehnung und Sicherung ihrer Betriebsmittel und Schätze beginnt, während umgekehrt das geängstigte und bestürzte Publikum Einlagen zurückzieht und zurückhält. Gesellt sich ein solches allseitiges Zerren an der Geld- und Kreditdecke zu einer, infolge der Ansprüche der Hochkonjunktur ohnehin schon bis zum äußersten entwickelten Kreditanspannung, so müssen binnen kürzerer oder längerer Zeit unerträgliche Geldmarktzustände entstehen, die zuletzt auch dem Produktionsgedeihen selber ein vorzeitiges Ende bereiten. Insofern ist es keine Übertreibung den Krieg mit in erster Linie als Anstoß zum jüngsten Umschwung zu nennen.

Die stufenweise sich vollziehende Verschärfung der jüngsten *Geldpressung* ist oft geschildert worden. Ein paar Vergleiche mögen jedoch die Zuspitzung der ganzen Situation nochmals verdeutlichen. Im letzten vollen Höchstkonjunkturjahr 1906 ging der Reichsbankdiskont noch immer zeitweilig auf  $4\frac{1}{2}$  % herunter; der Jahresdurchschnitt stellte sich auf 5,15 %. Im laufenden Jahr vermochte man die, seit dem 14. November, also seit nahezu drei Vierteljahren, geltenden 6 % nicht zu verlassen, obwohl das steuerfreie Notenkontingent unterdes (seit 1911) von 472,83 Millionen Mark auf 550, an den Quartalsterminen sogar auf 750 Millionen Mark hinaufgesetzt worden ist. Nach den Wochenausweisen der Reichsbank wurde die steuerfreie Notengrenze im ganzen Jahr 1905 nur 9 mal, 1906 immerhin nur 17 mal, gegenwärtig jedoch im 1. Halbjahr bereits 14 mal (bei insgesamt 24 Ausweistagen) überschritten. Die Bank von Frankreich hat seit der Krisis von 1907 bis zum 31. Oktober 1912 eine Rate von 4 % nicht mehr gekannt; nunmehr hält sie krampfhaft, wie gesagt bereits seit dem 31. Oktober vorigen Jahres, an



diesem, für französische Verhältnisse abnormen Satz fest. Die österreichisch-ungarische Bank bleibt seit dem 15. November bei ihren 6 %. Die niederländische Bank ging sogar noch am 25. Juni, zu einer Zeit, in der man sonst eigentlich mit Diskontermäßigungen zu rechnen pflegt, von 4 zu 5 % über: ein Satz, der in Holland seit dem kritischen Jahr 1907 nur 1910 einmal kürzere Zeit (vom 6. April bis zum 16. September) bestand; gleich darauf hat sich die dänische Nationalbank diesem Schritt mit einer Erhöhung von 5½ auf 6 % angeschlossen. Nur die Bank von England gewährte dem Markt, nach ganz ungewohnter Anspannung, am 17. April eine gewisse Erleichterung, indem sie von 5 auf 4½ % herabging. Aber 1906 war ihr Jahresdurchschnitt nur 4,27 %, und noch im Wendejahr 1907 galt, von Ende April bis Mitte August, ein Diskont von nur 4 %, bis der Goldansturm seitens Amerikas gerade in dem zunächst betroffenen England die entschlossensten Abwehrmaßnahmen nötig machte.

Vielleicht ist im allgemeinen für die schwierigere oder leichtere Kreditbeschaffung, für den drückenden oder bequemern Umsatz von später fälligen Privatforderungen in Bargeld und öffentliche Zahlungsmittel die Bewegung des Privatdiskonts noch kennzeichnender. Nachdem sich hier in Berlin bereits das Jahr 1912 stetig über das Jahr 1911 emporgehoben hatte, setzten sich diese Steigerungen im 1. Halbjahr 1913 nochmals ununterbrochen fort. Gegen den gleichen Monat des Vorjahrs stand der Privatdiskont abermals höher: im Januar 1913 um 1,30 %, im Februar um 1,38 %, im März um 1,17 %, im April um 0,78 %, im Mai um 1,36 % und im Juni sogar um 1,54 %. Der Juni, sonst einer der geldflüssigsten Monate, hielt sich mit seinen 5,66 % sogar über dem November 1912 (5,26 %) und nahezu dem anspruchsvollen Dezember (5,87 %) in dem ohnehin schon außerordentlichen Jahr 1912 gleich. Die *Frankfurter Zeitung* brachte folgende charakteristische Tabelle über die Quartalsdurchschnitte seit 1905:

Quartal	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Januar bis März	22269	37306	49823	46574	23369	31725	33049	39482	52328
April bis Juni	21838	34975	45981	37885	24070	31681	30473	39350	51615
Juli bis September	24437	37149	47102	29127	24799	34076	32190	38782	—
Oktober bis Dezember	45134	52208	61793	27396	42127	44058	45452	51085	—

Selbst die beiden ersten Quartale der großen Umschlagsjahre 1907 und 1908 bleiben demnach in ihrer Kreditteuerung hinter dem laufenden Jahr anscheinlich zurück. Nur ein paar Jahresabschlußquartale, die regelmäßig die stärkste Kreditanspannung entwickeln, zeigen eine ähnliche Zinsgestaltung wie bereits der Anfang von 1913: das Übergangsquartal von 1906 auf 1907 und das angstvolle Schlußvierteljahr von 1907 selber.

**M**IT dieser grundlegenden dauernden Verschlechterung der Geldmarktverhältnisse ist für den Durchschnitt der Unternehmungen jeder Gedanke an Betriebsausdehnungen, an weiterreichende Zukunftspläne abgeschnitten. Für immer zahlreichere Groß- und Kleinkapitalisten ist sogar seit langem die Gefahr drohend heraufgezogen ihre eingeleiteten Unternehmungen nicht in der erwarteten Weise durchführen zu können, sei es wegen der eigenen Kreditschwierigkeiten sei es wegen der Rückwirkung aus anderen Geschäftskreisen. Was die Bau- und Gewerbe wegen ihrer außergewöhnlichen Inanspruchnahme fremder Gelder

bereits seit langem spürten (auch vor 1907 machten sie ihre Sonderkrise durch), was die Börse wegen ihres künstlich hochgeschraubten Kreditunterbaus schon vorzeitig und immer von neuem ins Wanken brachte, das rückt wie ein unausweichliches Schicksal auch anderen Kreisen immer näher, zwingt zu rechtzeitiger Vorsicht und Einschränkung, bringt damit aber anderen Produzenten- und Handelsschichten neue Enttäuschungen und Verluste, bis die Krise eben die zeitweise unvermeidliche allgemeine Volkswirtschaftseinschnürung mit deren mehr oder weniger katastrophalen privatwirtschaftlichen Begleiterscheinungen darstellt.

Wenn man, um nicht innerlich Ungleichartiges zu vergleichen, bei den anerkannt umsichtigen und verdienstvollen Statistiken der *Frankfurter Zeitung* bleibt, so schrumpfte in Deutschland im 1. Halbjahr 1913 die Ausgabe neuer Aktien zuletzt bereits in folgender Weise ein:

Aktien	Kurswert der Emissionen (in Millionen Mark) im 1. Halbjahr	
	1912	1913
Banken	144	44
Eisenbahnen und Straßenbahnen	14	19
Industrie	444	159
zusammen	602	222

Weiter ist bekannt, wie sehr sowohl unsere leihkapitalbegehrenden Industrien wie die bisher kreditgewährenden Banken förmlich darauf brannten durch Ausgabe neuer Industrieobligationen größere Bewegungsfreiheit zu erlangen und auf die Dauer unhaltbare provisorische Kreditverbindungen zu lösen und umzugestalten. Nachdem der Geldmarkt schon lange der Unterbringung neuer Werte Hindernisse bereitet hatte, glaubte man im Frühjahr 1913 das lang Versäumte endlich nachholen zu können. Aber nur ein paar begünstigten großen Aktiengesellschaften gelang eine derartige Heranziehung von anlagebereiten fremden Mitteln. Hatte die Ausgabe von festverzinslichen Industrie- und Eisenbahnwerten im 1. Halbjahr 1912 342 Millionen Mark (nach dem Kurswert) betragen, so belief sie sich 1913 nur auf 250 Millionen Mark. Doch selbst davon schluckten weitaus den größten Teil jene wenigen Unternehmungen der Elektrizitäts- und Maschinengroßindustrie, die bei den beratenden und vermittelnden Banken sowie beim großen Publikum sich einer starken Vorzugsstellung erfreuen. Die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* brachte 30 Millionen Obligationen unter, die *Deutsche Überseeische Elektrizitätsgesellschaft* 25 Millionen, die Siemens-Schuckert-Werke, die *Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen* je 10 Millionen, die *Märkischen Elektrizitätswerke* 8 Millionen. Wenn man die etwa 30 Millionen der in Deutschland abgesetzten *Wladikawasobligationen* und die 15 Millionen der *Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg* hinzurechnet, so bleibt, wie man sieht, für die Masse der übrigen Unternehmungen ein verblüffend geringer Leihkapitalzufluß: trotz aller Bereitwilligkeit zu höher verzinslichen Typen überzugehen, nachdem die älteren Serien einen unaufhaltsamen Kursfall erfahren hatten (wie zu Zeiten andauernd hohen Leihkapitalzinses alle festverzinslichen Werte, vor allem die Reichs-, Staats- und Gemeindegeldanleihen, deren wenig erfreuliche letztjährige und letztmonatige Schicksale hier nicht wiederholt zu werden brauchen).

*Geldverknappung* (wie das neue schöne Wort lautet) und Konjunktursorgen dazu haben bisher ihre vernichtendsten Wirkungen auf die B ö r s e ausgeübt. Nicht nur in Deutschland sondern fast ebenso in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten. J. Singer hat Anfang Juli im *Tag* eine lehrreiche Zusammenstellung für Berlin, London, Paris und New York veröffentlicht, aus der einige Angaben über die höchsten, im Jahr 1912 erreichten und die Ende Juni 1913 verzeichneten Kurse herausgegriffen seien. Wir finden alsdann folgenden Niedergang: in Berlin bei der deutschen 4 prozentigen Reichsanleihe von 102,20 auf 97,60, bei den 3 prozentigen preußischen Konsols von 82,80 auf 74,50, bei der 4 prozentigen ungarischen Kronenrente von 90,60 auf 80,40, in London bei den englischen Konsols von 79,18 auf 73. bei der 3 prozentigen kanadischen Anleihe von 92 auf 83, in Paris bei der französischen 3 prozentigen Rente von 95,60 auf 83,65, in New York bei den Atchison 4 prozentigen Prioritätsobligationen von 100 auf 94, bei den Stahltrust 5 prozentigen Bonds von 104,12 auf 99; ferner in Berlin bei den Aktien der *Deutschen Bank* von 269,25 auf 240,40, bei der *Dresdner Bank* von 162,10 auf 145,50, beim *Schaaffhausenschen Bankverein* von 137,40 auf 110, bei der *Hamburg-Amerika-Linie* von 164,75 auf 137,50, in London bei der Bank von England von 251 auf 232, bei der kanadischen Pacificbahn von 290,62 auf 222,38, in Paris bei der Bank von Frankreich von 4700 auf 4670, bei der *Banque de Paris* von 1863 auf 1720, bei der Ostbahn von 960 auf 875, in New York bei den Stammaktien der Unionpacificbahn von 176,75 auf 148,75, endlich in Berlin bei der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* von 270,60 auf 232, bei *Gelsenkirchen* von 214,75 auf 177,40, bei *Phönix* von 285,10 auf 246,90, bei *Stettiner Chamotte* von 258,50 auf 166,50, in Paris bei Schneider & Kompanie von 2160 auf 2070, in New York beim Stahltrust von 80,75 auf 53,12.



ASS für die Produktion und den Warenabsatz die besten Zeiten gleichfalls vorbei sind, beweisen vor allem die weichenden Preise, und zwar gerade für den bisher so widerstandsfähigen Eisen- und Stahlmarkt, und hier wiederum für das Standardprodukt des Fertigeisenmarkts: das Stabeisen. In Düsseldorf notierte gewöhnliches Stabeisen aus Flußeisen (mittlerer Preis pro Tonne): am 3. Januar 124,50 Mark, am 30. Mai 109,00 Mark. Die *Deutsche Industriezeitung*, das Organ des *Zentralverbandes deutscher Industrieller* und der Schwerindustriellen, versuchte am 7. Juni zu bremsen und das wankende Vertrauen zu festigen:

»Die im Beginn der Berichtswoche von seiten der Düsseldorfer Montanbörse für eine Reihe von Eisenerzeugnissen vorgenommenen Preisermäßigungen bedeuten um so weniger eine Überraschung als sie lediglich den längst bestehenden Verhältnissen auch äußerlich den Stempel aufdrückten. Allerdings verlautet, daß inzwischen einzelne Werke ihre Preisforderungen für Stabeisen noch beträchtlich unter den Stand der offiziellen Notierungen herabgesetzt hätten, ein Verfahren, das selbst bei voller Berücksichtigung der eigenartigen Beschäftigungsverhältnisse dieser Werke doch wohl zum mindesten als übereilt zu bezeichnen sein würde. Denn danach könnte es fast den Anschein erwecken, als stände der totale Zusammenbruch der Konjunktur am Eisenmarkt bereits unmittelbar vor der Tür, und nichts sei mehr zu retten. Es braucht aber kaum besonders bemerkt zu werden, daß zu einer solchen pessimistischen Auffassung der Zukunftsaussichten, so wenig befriedigend auch die gegenwärtige Situation am Fertigeisenmarkt sein mag, bisher jeder zureichende Grund fehlt. Ja, man darf erwarten, und manche Anzeichen deuten darauf hin,

daß aus inneren wie auch aus äußeren Gründen der Markt sehr bald wieder eine stabilere Haltung annehmen wird.«

Aber bereits Anfang Juli wurde mitgeteilt, daß »weniger gut besetzte Werke, wenn es sich um größere Mengen glatten Materials handelt, zu 98 Mark offerieren, während von anderen Werken die Preise auf 100 bis 102 Mark gehalten werden«. Zunächst scheint sich für die Montangewerbe ein heftiger Kampf um die auswärtigen Märkte zu entspinnen, unterstützt durch die Gewährung von Ausfuhrvergütungen seitens der deutschen Syndikate. Für den Monat Juni verzeichnete die deutsche Handelsstatistik für fast sämtliche schweren Eisenerzeugnisse einen erheblichen Rückgang der Ausfuhr, am meisten für Roheisen, Halbzeug, Eisenbahnschienen und Eisenbahnschwellen, während sich für Träger eine, wenn auch unbedeutende Zunahme im Vergleich mit dem Juni des Vorjahrs ergab. Schon vorher hatten sowohl der Stahlwerksverband als auch der Walzdrahtverband Maßnahmen zur Ausfuhrförderung ergriffen. Ebenso beschloß das Kohlsyndikat die Wiedereinführung der (seinerzeit aufgehobenen) Ausfuhrunterstützung für solche Brennstoffe, die zur Herstellung von Eisenmaterial dienen (in Höhe von 1,50 Mark pro Tonne, gültig ab 1. Oktober).

Einen guten Gradmesser für die Bewegung der Konjunktur bildeten ferner stets die Metalle, die für einige unserer Hauptgewerbe zur unentbehrlichen Grundlage geworden sind. Auch hier sind die Preisabschläge überaus stark; sorgten sich früher die verbrauchenden Industrien um die Bedarfsdeckung, so beginnt jetzt auf der Seite des Angebots die Sorge um den Absatz. Wiederum die höchsten (Londoner) Preise aus dem Vorjahr 1912 mit den Notierungen von Ende Juni 1913 verglichen, so fiel Standardkupfer von 80 $\frac{1}{16}$  Pfund Sterling auf 63 $\frac{1}{2}$ , Zinn von 233 auf 186 $\frac{3}{4}$ , Blei von 23 $\frac{3}{4}$  auf 19 $\frac{3}{4}$ , Zink von 27 $\frac{1}{8}$  auf 20 $\frac{1}{2}$ .



FÜR die Organisationen der Arbeiter wird die allgemeine Erschlaffung gleichfalls mehr und mehr bereits fühlbar. Die Arbeitslosenzählungen von 47 berichtenden Fachverbänden mit 2 046 818 Mitgliedern ergaben nach dem *Reichsarbeitsblatt* im Mai 2,5 % Beschäftigungslose, gegen 2,3 % im letzten April, und vollends gegen nur 1,9 und 1,7 % im Mai und April 1912. Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise kamen im Mai auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 166 Arbeitsgesuche gegen 160 im letzten April und gegen nur 153 im Mai 1912; bei weiblichen Personen 100 Arbeitsuchende gegen 96 im letzten April und 97 im Mai 1912. Weiter heißt es in dem amtlichen Monatsblatt, immer für den letzten Berichtsmonat Mai:

»Der auf dem Arbeitsmarkt in Berlin und der Provinz Brandenburg lagernde Druck hat sich noch verschärft; besonders liegen das Baugewerbe und die Holzindustrie darnieder. Auch in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg läßt die Gesamtlage des Arbeitsmarkts fast überall mehr oder weniger zu wünschen übrig... In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck hat sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat im allgemeinen vermehrt, besonders in der Holzindustrie.... In Bayern und Baden tritt eine rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt hervor.«

Nur für Westfalen, Lippe-Detmold und Württemberg soll wenigstens keine Verschlechterung eingetreten sein.

Nach alledem werden die deutschen Arbeiter gut tun für die nächste Zeit ihre Kräfte und ihre Mittel zusammenzuhalten und sie jedenfalls nicht leicht-

fertig aufs Spiel zu setzen. Was organisatorisch und finanziell festgefügte Verbände wert sind, hat die letzte Krisis, nach 1907, geradezu überraschend eindrucksvoll bewiesen. Bei ruhigem, unverzagtem Durchhalten, das allerdings gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf alle waghalsigen, abenteuerlichen Seitensprünge, kann auch der jetzt sich vorbereitende wirtschaftliche Umschlag den kapitalistischen Kreisen viel peinlicher werden als der Arbeiterbewegung.

XX  
**WILHELM SCHRÖDER · ZUR NATURGESCHICHTE  
 DER VATERLANDSLOSEN GESELLEN**



**I**NSEREN Parteigenossen ist der *Volksverein für das katholische Deutschland* zumeist nur als antisozialdemokratische Propagandastätte bekannt. Sie wissen, daß die plumpen Flugblätter des *Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie* keineswegs Originalschöpfungen sind sondern in den Leistungen des München-Gladbacher Verlags ihr Vorbild haben. Es ist aber nicht wohlgetan diesen Verlag einzig nach solchen Kloppfechtereien zu beurteilen. Er gibt, immer zu dem Zweck allerdings der Zentrumspartei und der katholischen Kirche zu dienen, auch Schriften heraus, die auf höherer Warte stehen. Und recht nachdenklich können zwei Hefte stimmen, die den Lebenslauf der beiden Zentrumsführer Peter Reichensperger und Ludwig Windthorst schildern.<sup>1)</sup> Beide Hefte erinnern lebendig an Tage des Kampfes, (wenn man will: an das Heldenzeitalter), die Bekenner des katholischen Glaubens zu bestehen hatten. Das Interesse für uns Sozialdemokraten ist schon darin begründet, daß der Gegner der katholischen Lebensauffassung nicht mit dem klassischen oder barbarischen Gewand eines Diokletian oder Attila sondern, moderner Zeit sich nähernd, mit der Pickelhaube und dem Waffenrock des preußischen Gendarmen bekleidet war. In der Schrift über Peter Reichensperger haben wir es noch zum Teil mit dem Polizeikrieg gegen die katholischen Bischöfe zu tun, der in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann, und in dem die Vertreter der Kirche unbeugsam und keinen Fingerbreit nachgebend sich gegenüber der plumpen Gewalt des damals noch absolutistischen Staates behaupteten. Beide Brüder Reichensperger, der ältere August und der um 2 Jahre jüngere Peter, nehmen als glaubensfeste Anhänger der Kirche an diesem Kampf Anteil, beide sind aber als Söhne des von der französischen Gesetzgebung profitierenden Rheinlands viel zu sehr von der Notwendigkeit der Entwicklung im liberalen Sinn durchdrungen, als daß sie nicht auch Wortführer der oppositionellen Bourgeoisie wären. So stehen sie als Verfechter des liberalen Gedankens im Jahrzehnt vor und nach der Revolution ebenso ihren Mann wie von neuem wieder in den siebziger Jahren, wo es abermals die Kirche gegen die Polizeigewalt zu schützen galt. Als der politisch aktivere der beiden Brüder, Peter, Ende 1892 im hohen Alter gestorben war, hat kein Geringerer als Franz Mehring ihm in der *Neuen Zeit* den Nachruf ins Grab gesandt, daß er, mochte auch der Sozialismus nichts als bitterste Feindschaft von ihm zu erwarten gehabt haben, in seiner Art ein ganzer Mann, ein Ideolog im besten Sinn des Wortes war.

<sup>1)</sup> Siehe Reumont *Ludwig Windthorst* und Schmidt *Peter Reichensperger*, 3. und 4. Heft der Sammlung *Führer des Volkes* / München-Gladbach 1913/.

So lesenswert nun auch die Schrift über diesen Politiker ist, so steht uns doch die andere, die von Ludwig Windthorst handelt, beträchtlich näher. Oder, richtiger ausgedrückt, sie ist uns sympathischer, weil sie sich in geziemender Ausführlichkeit mit dem Bismärckischen Kulturkampf befaßt, dem wenige Jahre später der Bismärckische Kampf gegen die Sozialdemokratie folgte. Beide Feldzüge haben für ihren Urheber mit einer Niederlage geendet, beide liegen heute so weit zurück, daß auch jemand, der aktiv an einem der Verteidigungskämpfe teilnahm, jener Tage ohne Fanatismus gedenken kann. Eben dieser Umstand drängt zu Betrachtungen über die Verschiedenheit der Stellung, die Zentrum und Sozialdemokratie im heutigen Staatsleben einnehmen, wenngleich sie beide durch den Krieg, der ihren Untergang herbeiführen sollte, ungeahnt gestärkt und gefestigt wurden.

Es liegt nicht im Rahmen dieses Aufsatzes den Ursachen des Kulturkampfes nachzugehen. Bemerket sei nur, daß das Haupt der katholischen Kirche in den sechziger Jahren alles Mögliche getan hatte, um die Vertreter des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft gegen sich einzunehmen. Ein Papst, dem bald der Gefallen geschah, daß er von der Herrschaft über ein Land erlöst wurde, in dem er die unglaublichste Mißwirtschaft zu konservieren gesucht hatte, kündigte im *Syllabus* nicht nur dem Liberalismus sondern auch den modernen Staatsgrundsätzen Krieg an und setzte sich durch das Unfehlbarkeitsdogma überhaupt mit der menschlichen Vernunft in Konflikt. Aber während noch die deutschen Katholiken über die Zweckmäßigkeit dieses Dogmas stritten, traf der preußische Staat Vorbereitungen, um seine nach den damals bestehenden Gesetzen zweifelhafte Hoheit gegenüber der Kirche eben durch Änderung der Gesetze auf alle Fälle zur Geltung zu bringen. Die deutschen Einheitskämpfe drängten diese Maßnahmen in den Hintergrund, ließen aber deren Notwendigkeit in Bismarcks Augen um so schärfer hervortreten als die katholischen Parteiführer dem Kanzler mit Recht als verbissene Stützen des Föderalismus erschienen, die argwöhnisch darauf acht gaben, daß die süddeutschen Bundesstaaten dem Einheitsgedanken möglichst wenig Zugeständnisse machten. Es stand fest, daß aus der preußischen Verfassung diejenigen Bestimmungen, die der katholischen Kirche besondere Selbständigkeit gewährleisteten, beseitigt werden sollten; und die Katholiken richteten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1870 durch Vorbereitungen zur Gründung der Zentrumspartei naturgemäß auf bevorstehende Kämpfe ein. Diese Kämpfe brachen aus, als die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im November 1870 eine Fraktion von 60 und die Wahlen zum deutschen Reichstag im März 1871 eine Fraktion von 61 Mitgliedern geschaffen hatten, zum größten Unbehagen der Regierung und der liberalen Parteien, die die Parlamente beherrschten.

Pfaffenfeindschaft ist ein ziemlich billiges Vergnügen, das der materialistischen Oberflächlichkeit, von der die liberale Bourgeoisie nach Ausgießung des Milliardensegens erfüllt war, durchaus gelegen kam. Bismarck gab nun klar zu erkennen, daß ihm darum zu tun war aus der preußischen Verfassung jene von dem katholisierenden König Friedrich Wilhelm IV. hineingebrachten *Fehlstellen* auszumerzen, die der Ausübung der Oberhoheit des Staates über die Kirche Hindernisse entgegensezten. Der Kanzler stand auf der Höhe seiner Macht, die nicht nur durch 3 ruhmvolle auswärtige Kriege sondern auch durch den Sieg über die liberale Opposition derartig

gefestigt war, daß er die Besiegten von gestern bedenkenlos vor seinen Wagen spannen konnte. Wie konnte dem selben Bismarck, der soeben diese Opposition zum Träger seines Ruhms gemacht hatte, der Erfolg im Kampf gegen den Ultramontanismus fehlen, dessen Anhänger in Preußen noch mehr als im Reich eine Minderheit ausmachten und daher von vornherein in die Verteidigungsstellung gedrängt waren? Mit Energie und dem nötigen Lärm mußte hier der Sieg noch leichter fallen als vorher im Verfassungskonflikt, namentlich, da auch außerhalb Preußens Regierungen und Parteien an diesem Kampf teilzunehmen Lust zeigten.

Der Operationsplan war einfach: Die *Ultramontanen* mußten zunächst einmal vor aller Welt als Reichs- und Staatsfeinde denunziert werden. Dies Geschäft nahm noch während des Krieges seinen Anfang. Eines der angesehensten liberalen Blätter jener Zeit, die *Augsburger Allgemeine Zeitung*, schrieb im Hinblick auf die Wahl der 60 katholischen Abgeordneten zum preußischen Landtag am 5. Dezember 1870 von einem giftigen Schwamm, der in den Eingeweiden Deutschlands fräße, während sich sonst alles zum Segen gewandt habe:

»So wächst und wächst die stille Verschwörung gegen Staat und Kultur Stund für Stund, treibt ihre sich festkrallenden Ranken überall umher und droht uns zu ersticken in gegebener Zeit.«

Die neue Partei selbst wurde im preußischen Abgeordnetenhaus dadurch brüskiert, daß die Mehrheit August Reichensperger, der gerade durch Mäßigung und Erfahrung zu Ruf gelangt war, als Vizepräsidenten ablehnte. Während wenige Wochen vor diesem Ereignis Bismarcks Vertrauter Hans Blum, der vor einigen Jahren nicht gerade in Ehren starb, die bayrischen *Ultramontanen* ebenso als *heimatlose Römlinge des Südens* beschimpft hatte wie man heute noch die Sozialdemokraten *vaterlandslose Gesellen* schilt, hielt Bismarck darauf, daß in der ihm zu Diensten stehenden Presse von einer *Partei Savigny-Bebel* oder *Savigny-Liebknecht* geschrieben wurde, weil man von Bündnissen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gelegentlich der Reichstagswahlen allerhand berichtet hatte. Auch das Schlagwort von den *ultramontanen Reichsfeinden* kam in jenen Tagen auf.

Doch war diese Hetze nur das Vorspiel zu den Angriffen, zu denen die preussische Regierung bald selber überging. Die Maigesetze, die die Befugnisse der katholischen Kirche im Staatsleben einengen sollten, gingen 1873 glatt im Abgeordnetenhaus durch, und gleichzeitig begann der Polizeikrieg gegen die hervorragendsten Vertreter der Kirche. Die Erzbischöfe Ledochowski und Melchers, die Bischöfe Eberhard, Brinkmann und Martin wanderten neben zahlreichen Mitgliedern der niedern Geistlichkeit zum Teil auf Jahre in den Kerker und wurden dort genau so behandelt wie bald darauf die sozialdemokratischen Führer. Melchers, der Erzbischof von Köln, den die Polizei am Dienstag der Karwoche 1874 ins Arresthaus schleppte, mußte dort in elender Zelle ein halbes Jahr lang zwischen zwei schweren Verbrechern zubringen und wurde als Paulus Melchers, Strohflechter, in die Gefängnisliste eingetragen. Wie gegen Bischöfe und Priester, so ging die Staatsgewalt gegen die kirchentreuen Laien mit Geld- und Gefängnisstrafen vor, wenn sie mit Wort oder Tat sich der verfolgten Geistlichen angenommen oder sonst ihr Mißfallen gegen die Regierungsmaßnahmen an den Tag gelegt hatten. Dazu kam die strengste Polizeiaufsicht über die katholischen Ver-

eine, die politischen Versammlungen und die Zentrums Presse, die ebenfalls reichlich mit Strafen bedacht wurde, sowie die Maßregelung zahlreicher wegen Kirchentreue verdächtiger katholischer Beamten. Auch an polizeilichen Lockspitzeleien fehlte es, wie hinzugefügt sei, damals nicht. Der Berliner Polizeikommissar von Meerscheidt-Hüllessem, der später zu hohen polizeilichen Ehren gelangte, dann aber im Sternbergprozeß zu Fall kam, verstand 1876 in Marchingen einen Aufruhr zu arrangieren, indem er, als Irländer verkappt, aufreizende Reden gegen Polizei und Gendarmen hielt und sich dabei eines eben entlassenen Zuchthäuslers als Helfershelfer bediente.

Am 31. Mai 1875 wurden alle geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen in Preußen aufgehoben; 914 geistliche Niederlassungen mit 8795 Personen waren dadurch mit einem Federstrich geschlossen. Bei der Beratung der Gesetze, die diese und ähnliche Gewaltmaßnahmen ermöglichen sollten, kam es selbstverständlich im Abgeordnetenhaus zu den leidenschaftlichsten Redekämpfen. Mit ingrimmigem Haß trat Bismarck namentlich dem gewandten und schlagfertigen Zentrumsführer Windthorst entgegen, indem er alle die unsauberen Verdächtigungen, die bald darauf im Kampf mit der Sozialdemokratie herhalten mußten, gegen ihn aussprengte. Am 9. Februar 1872 sagte der Reichskanzler:

»Der Staat, wie er dem Herrn Abgeordneten Windthorst vorschwebt, würde seiner Verwirklichung viel näher gekommen sein, wenn die Franzosen über uns gesiegt hätten. Aber diese Hoffnung wird bei der welfischen Partei nicht mehr gehegt. Wer also Streit will, muß ihn anderswo suchen und anderswo Bundesgenossen finden, die Franzosen sind nicht mehr stark genug.«

Natürlich blieb Windthorst die Antwort nicht schuldig, indem er geschickt zur Verteidigung seiner Treue gegen den verjagten König von Hannover hervorhob, es sei nicht schwer im Glück dem monarchischen Prinzip nahe-zustehen, schwerer sei es im Unglück. Bismarck antwortete mit einer Wendung, die uns Sozialdemokraten ungemein bekannt ist: er beschuldigte die katholische Geistlichkeit Deutschlands, daß sie im Gegensatz zur Geistlichkeit anderer Länder des nationalpatriotischen Gefühls und Interesses ermangele. Der schon erwähnten Hoffnung, daß die Katholiken sich zu unbesonnenen ungesetzlichen Schritten hinreißen lassen möchten, trat Windthorst am 9. Mai 1873 im Abgeordnetenhaus mit folgenden Worten entgegen:

»Ich kenne auf der Gegenseite Männer, die nichts sehnlicher wünschen, als daß die Katholiken irgendwelche ungesetzlichen Mittel ergreifen. Aber es gibt einen durchaus berechtigten passiven Widerstand, und diesen müssen, diesen werden und diesen wollen wir üben. An diesem Widerstand wird früher oder später alles das zerschellen, was in diesen Gesetzen beabsichtigt wird.«

Mit einer Bravour, die wenige Jahre später für uns Sozialdemokraten im Widerstand gegen das Sozialistengesetz mustergültig wurde, sagte Windthorst ferner am 15. März 1873 im Abgeordnetenhaus bei der Beratung eines Kirchengesetzes:

»Glauben die Herren im Ernst, daß die katholische Kirche sich einem solchen Gesetz fügen kann? Das würde von ihr verlangen heißen, daß sie ihr Todesurteil selbst unterschreibt. Das tut keine Kirche. Hinrichten können Sie die katholische Kirche, aber sie richtet sich nicht selbst hin.«

Windthorst feierte den Heldenmut und die Überzeugungstreue der vom Kultusminister Falk wegen der Übertretung der Maigesetze hart angegriffenen Bischöfe, »die im Begriff sind ihre Ämter niederzulegen, entweder freiwillig oder, wenn sie das ablehnen, infolge eines Richterspruchs, und



wenn sie dann hinausgewiesen werden sollen, aus dem Land ihrer Heimat oder gar in den Kerker zu wandern haben«. Die *Perle von Meppen*, wie Mallinckrodt am 10. Februar 1872 Windthorst nannte, sprach weiter von Gewaltmaßregeln mit dem erborgten Kleid eines Gesetzes und bezeichnete alles, was die Regierung unternahm, als »die reinste, größte Gewalt«. Es werde, so meinte er am 21. November 1874 im Reichstag, nicht mehr lange dauern, daß nur noch diejenigen salonfähig seien, die im Gefängnis gesessen hätten. Da vorher Liebknecht gesprochen hatte, so erwiderte Bismarck ge-  
reizt auf Windthorsts wohlberechnete Bosheiten:

»Solche Reden wie von Liebknecht und Windthorst sind ja außerordentlich lehrreich und haben uns seit langem gefehlt.«

Und dem Abgeordneten August Reichensperger, der davor gewarnt hatte die Bischöfe um ihres Gewissens willen ins Gefängnis zu bringen, schleuderte er in aufwallendem Ingrimm die Worte zu:

»Das Gewissen eines jeden Deutschen hat eine gleiche Berechtigung. Ich kann ein Gewissen aus der Zentrumsparlei nicht höher anschlagen als ein Gewissen aus der sozialdemokratischen. Der Herr Liebknecht und seine Genossen vertreten auch nichts weiter als die Überzeugung, daß die jetzigen Gesetze ihrem Gewissen nach ungerecht sind. Sie stehen dabei genau auf der selben Basis mit der Zentrumsparlei. Ich wollte Sie nur bitten sich dieser Gleichheit mit den Sozialdemokraten voll bewußt zu werden, bis in die höchsten Instanzen Ihrer Partei hinauf.«

Es sei noch hinzugefügt, daß Bismarck am 4. Dezember 1874, nach dem Kullmannattentat, im Reichstag das Zentrum die Partei dieses Mörders nannte, der sich doch an ihre Rockschoße hängen werde, wenn die Partei ihn auch verstoßen wolle. Erinnern wir uns ferner, daß auf das *Pfui!*, das dann aus dem Mund des spätern Reichspräsidenten Grafen Ballestrem kam, Bismarck entgegnete, daß ihm das Gefühl des Ekels und der Verachtung der Zentrumsparlei gegenüber nicht fernläge, so haben wir ein Abbild der leidenschaftlichen Gehässigkeit, mit der der erste Träger der Reichsgewalt die Zentrumsparlei und ganz insbesondere ihren Führer Windthorst bekämpfte.

Der Mann, dem Bismarck die heftigsten Vorwürfe entgegenschleuderte, wurde am 17. März 1891 mit fürstlichen Ehren zu Grabe getragen. Der Kanzler des Reichs und zahlreiche andere Staatswürdenträger umstanden seinen Sarg beim Trauergottesdienst, und Anhänger aller Parteien erwiesen dem Toten die höchste Achtung. Auf seiten der Sozialdemokratie galt die dem Gedächtnis Windthorsts dargebrachte Huldigung selbstverständlich nicht dem Umstand, daß die *kleine Exzellenz* in den fünfziger wie in den sechziger Jahren als hannoverscher Staatsminister in der Beamtenhierarchie auf hoher Stufe angelangt war. Nicht einmal der Oppositionsführer gab den Ausschlag; denn beim Tod Windthorsts hatte die Zentrumsparlei sich zum guten Teil schon mit der Regierung versöhnt. Die Lauterkeit des Charakters war es, der man sich in unseren Reihen beugte, die Tatsache, daß die Hände des gewandten, kampferfahrenen Politikers immer rein geblieben waren, daß Windthorst nie an sich, immer nur an die Sache gedacht hatte, für die zu kämpfen ihm Lebensaufgabe war. Als ihm zu Ehren in Wilmersdorf eine Kirche eingeweiht wurde, schrieb der *Vorwärts* am 2. Juli 1897:

»Die *Perle von Meppen* war, was man immer von der Parteistellung denken mag, durch und durch lauter. Es gab keinen selbstlosern Charakter, und dies hat ihm die hohe Achtung und Sympathie verschafft, die er noch heute bei allen Parteien genießt. Er, der Besieger Bismarcks, starb arm wie eine Kirchenmaus: während

Bismarck, der, als er Minister wurde, arm war wie eine Kirchenmaus, heute seine Millionen nach Dutzenden zählt. Die Macht Windthorsts lag übrigens, ähnlich wie die der katholischen Kirche, in dem Zauber demokratischen oder vielleicht richtiger volkstümlichen Wesens, das trotz aller Enge der religiösen Anschauung ihm eigen war, das ihm bessere Dienste geleistet hat als die Kunst der Diplomatie, in der er Meister war.«

Nun ist es bequem die Zentrumsparthei von heute in einen Gegensatz zur Zentrumsparthei von ehemals zu stellen, ihr nachzusagen, daß sie sich von ihrem selbstlosen Führer entfernt und ihre demokratischen Grundsätze verleugnet habe. Mich dünkt aber, man soll mit solchen Vorwürfen gerade der Zentrumsparthei gegenüber sehr vorsichtig sein. Die Parthei ist ihrer Anhängerschaft und ihrem historischen Ursprung nach weit eher konservativ als demokratisch zu nennen, oder richtiger gesagt, es ist ein Teil der Größe und der Volkstümlichkeit dieser Parthei, daß sie eine konservative Staatsauffassung mit demokratischen Wesenszügen zu verbinden weiß, womit gleichzeitig gesagt ist, daß der Begriff ihres Konservatismus nicht im ostelbischen Sinn zu deuten ist. Beruht doch auch die innere Standfestigkeit der katholischen Kirche darauf, daß sie, die mit allen Fasern in der Vergangenheit wurzelt, bei der Würdigung des Talents keine Schranke der Geburt kennt, daß bei ihr jeder streitbare und geschickte Rekrut, und sei er der ärmste Bauernsohn, den Marschallsstab im Tornister trägt. Der im wesentlichen konservative Charakter der Zentrumsparthei ließ es auch ganz natürlich erscheinen, daß sie und die Regierung sich verständigten, sobald der Liberalismus an die Wand gedrückt war und die Konservativen die Bahn wieder frei fanden. Namentlich auf geistigem Gebiet trat dieser Wesenszug der Parthei zutage. Aus ehrlichem Herzen hatte sie 1872 den Abgang des stockkonservativen Kultusministers von Mühler bedauert, und aus nicht minder ehrlichem Herzen konnte sie 7 Jahre darauf nach Erledigung der Ära Falk den wiederum stockkonservativen Kultusminister von Puttkamer willkommen heißen. Dieser konservative Zug macht es denn auch erklärlich, warum die Bismärckische und spätere Regierungen sich auf die Zentrumsparthei stützen mußten, als der Liberalismus seine Episodenrolle ausgespielt hatte; im Konservatismus der Parthei ist es auch begründet, daß sie bei Aufhebung des Kulturkampfs nichts von ihren Grundsätzen zu opfern brauchte, sondern daß im Gegenteil Bismarck nach Kanossa gehen mußte, wenn er sich regierungsfähig halten wollte.

So liegt denn in dem innigen Zusammenhang der Parthei mit einer historischen, rückblickenden Weltanschauung der Schlüssel dafür, daß sie Regierungspartei werden konnte, sobald die Regierung die Fehlerhaftigkeit der liberalen Kulturkampftaktik erkennen mußte. Im Gegensatz zum Zentrum sucht die Sozialdemokratie ihr Ideal in der Zukunft. Sie stellt sich zur bestehenden Wirtschaftsordnung und zur politischen Ordnung der Gegenwart in prinzipiellen Gegensatz und wird daher, ob mit ob ohne Ausnahmegesetze, vor allem von einer konservativen, nur unwillig und zögernd den Forderungen der Zeit nachgebenden Regierung ebenso prinzipiell bekämpft. Eine Schranke aber ist auf beiden Seiten der *prinzipiellen* Auffassung gezogen. Und zwar liegt diese Schranke in der Macht, die die Sozialdemokratie und die unter ihrem Einfluß stehenden Organisationen bereits im Gegenwartsstaat gewinnen. Diese Macht wandelt zwar, wenn auch noch so langsam, den Gegenwartsstaat in den Zukunftsstaat um, diese Macht wird zumeist

leidenschaftlich von der Regierung und den am Bestehenden besonders interessierten Parteien bekämpft, aber mit ihr muß doch schließlich, wenn auch noch so widerwillig, gerechnet werden. In dem Maß aber, wie die Macht der Sozialdemokratie im Gegenwartsstaat wächst, muß auch ihr Verantwortungsgefühl in der Voraussicht wachsen, daß jeder unkluge Schritt das Aufgeben einer unter mühseligen Kämpfen eroberten Stellung bedeuten kann; und da das Vertrauen der Volksmassen nicht mechanisch in den sozialen Entwicklungsbedingungen begründet ist sondern durch Taten erworben und gefestigt werden muß, diese Taten aber eben im Maß des Wachstums der Partei im Gegenwartsstaat zu vollbringen sind, so entwickelt sich die Taktik der Partei mehr und mehr von einer propagandistischen zu einer reformatorischen. In dem Maß wie die Partei sich durch ihre auf Verbesserung der Zustände im Gegenwartsstaat gerichtete Taktik notgedrungen in diesen Gegenwartsstaat einnisten muß, vermehrt sich zugleich die Gefahr des sozialdemokratischen Wirkens für die Anhänger des konservativen Prinzips, tritt aber auch die Ohnmacht der Konservativen immer deutlicher hervor.

Die Erfüllung ihrer Gegenwartsaufgabe wird der Sozialdemokratie erleichtert, je mehr sie vom Zentrum lernt, daß man seine Grundsätze bewahren und dennoch eine Basis für den Verkehr mit dem Gegner finden und ihn sich dienstbar machen kann. Die Verlegenheit gleich Windthorst mit einem Reichskanzler eine Verständigungsgrundlage suchen zu müssen, mochte dieser Kanzler auch noch vor kurzem seinen Widerpart öffentlich als Reichsfeind, als vaterlandslosen Gesellen usw. verwünscht haben, diese Verlegenheit tritt für sozialdemokratische Parteiführer ja nicht von heute auf morgen ein. Für künftige Fälle zeigt aber das Beispiel der vom Zentrum erlebten Beschimpfungen und Verdächtigungen, daß Worte flammender Entrüstung eitel Wind sind, selbst wenn sie aus dem Mund eines genialen Staatsmannes kommen. Noch weniger bleibenden Wert haben sie dann wohl, wenn Epigonen mit ihnen paradien. Es zeugt für die Klugheit, mit der die Zentrumsparterie geleitet wird, daß sie, die Hüterin altherkömmlicher Anschauungen, die politische Kerntruppe des Katholizismus, die Erinnerung an ihr selbst und der Kirche zugefügte Unbill über Bord wirft, sobald diese Erinnerung ein Hindernis bildet im Bereich des Gegners festen Fuß zu fassen.

XX

## ELISABETH SIEWERT · EIN TAGESTRAUM



IE beiden Schwestern treten aus dem Landhaus. Sie sehen rundum. Es scheint ihnen, als ob die Luft von dunklen Fäden gereinigt sei. »Es könnte wohl sein, daß heute etwas geschieht«, sagt Luise. Was sagt der Erdgrund dazu? Eine Kleestaude im Rasen hebt sich heraus, die Unterseite ihrer gefälligen Blätter ist weißgrün. Da ist eine Blüte, nein, zwei. Das Gemüt hat Wohlgefallen an der Kleestaude. Auch die Gräser und die gelben und weißen kleinen Blumen ohne Namen, die darin stehen, haben einen Ausdruck, der wohl Hoffnung erwecken kann.

Wilma fragt: »Ob er fortgegangen ist?«

Luise nickt und wird bis in die Stirn rot.

»Fortgegangen?« Wilma packt der Schwester Arm und sieht sie nah aus großen Augen an.

»Ja.«

»O mein Himmell! Hat er denn die Last mitgenommen?«

»Ja. Er trug sie auf seinem Rücken.«

»Das hätte ich sehen mögen! Luise, ging er in dem grauen Anzug?«

»In dem staubgrauen Anzug mit den ausgestopften Schultern.« Luise hat vor Freuden eine ganz hohe Stimme. »Er hatte auch den Stock bei sich«, ruft sie fast krähend.

»Den albernem Stock, mit dem er so gerne unter dem Vorwand Ordnung zu machen auf unsere schönsten Blumen schlägt?«

»Den. Welchen sonst?«

Die Schwestern atmen tief, heben die Arme und lachen herauf in die gereinigte Luft. Sie gehen hier- und dahin, ein paar Schritte die Gartenwege entlang, spähen in die Beete mit Salpiglossis und Petunien herein und lauschen nach den Gebüsch. Wartet nicht alles im Halbschlaf auf die Veränderung? Es will ihnen so scheinen.

Sie drehen um, nähern sich dem alten Landhaus, sehen sein biederes Dach an, über das Dach hinaus. Ihre Hoffnung nimmt zu.

»Mir will es so vorkommen, als ob die Verwandlung schon im Gang ist«, sagt Luise vorsichtig.

»Woll'n ums Haus gehen, woll'n auskundschaften.«

Das war alles, wie es sein konnte um diese späte Nachmittagsstunde. Die Kletterrose blühte noch vereinzelt weißrosa am Spalier; die Ständer auf dem Bleichplatz stiegen aus dem kurzen Gras. Eine Pappel flimmerte bläulich mit ihrem Laub, in einer Esche raschelte es. Die Steine in der Hauswand blickten stumm, die drei schwarzen Fenster des Saals spähten; der Kies unter den Füßen wußte nichts zu sagen, aber die Luft wehte rein und ahnungsvoll aus der Tiefe der Welt.

Mit einemmal hielten sich die Schwestern an den Händen. »Die Wolke, die Wolke«, schrieten sie sich gegenseitig in großer Freude zu.

Sie kam über das Dach, sehr hoch in einer windigen Region ziehend; denn sie steuerte rasch von Nordwest nach Nordost.

Ein noch nie dagewesenes Gebilde. Das kann man vielleicht von jeder Wolke sagen, jedoch ähneln sie sich in ihren Gattungen, selbst in dem Maß ihrer Veränderlichkeit. Diese Wolke war in ihrer Art ein Phänomen: in gleichmäßiger Breite wie ein Torbogen gekrümmt, nach unten zu gerade und scharf begrenzt, so zog sie weiß und reizend ihre Bahn, immer noch unverändert; immer noch (was für eine standhafte Wunderwolke!), immer noch die selbe, bis sie sich mit anderen unregelmäßigen, wankelmütigen Geschwistern vermengte. Jetzt in lichterloher Freude und Vorfreude auf das, was kommen könnte, ins Haus! In den Saal.

Jemand sitzt da schon in einem Sessel neben den Blattpflanzen und wartet. Die älteste Schwester. Also meint sie auch, daß sich etwas vorbereitet? Hat sie den Grauen weggehen sehen, die von der Trübung gereinigte Luft verspürt und die wunderbare weiße Torbogenwolke beobachtet? Sie sieht so aus, als wüßte sie von allem und säße hier in Bereitschaft, die anderen erwartend.

Aber die würdige, angenehme Haushälterin muß mit dabei sein. Wilma und Luise laufen zu ihr, um sie zu holen. Sie sagen nichts weiter zu ihr als: »Bitte, komm in den Saal, Amande. Es könnte etwas geschehen.«

Es ist heimlich und gut, daß die ältere Frau dabei ist. Mit zusammengelegten Händen, die Kleiderfalten regelmäßig ausgebreitet, wartet sie, ohne zu fragen. Sie hat mehr Vertrauen als Wilma und Luise, vielleicht deshalb, weil sie des Trostes, des Wunderbaren nicht so bedürftig ist. Wenn jetzt nichts geschehen sollte, wird sie gemütsruhig in ihre kleine Stube zu ihrer Flickarbeit zurückgehen und denken: das war ein Feierstündchen in dem feinen Saal.

Ein Schritt draußen. Also doch. Wie das fromm und selig macht den Schritt zu hören.

Von der Eßstube her betritt ein Mann den dreifenstrigen Saal. Er hat dichte Haare und ein reines schönes Gesicht, er ist lang und blaß; obgleich er jung ist, ist ihm die Haltung eines Gelehrten eigen. In den Händen, unter einer grünen Decke, trägt er einen Kasten oder etwas derartiges. Er durchkreuzt den Saal, ohne jemand zu beachten, und geht in den Winkel zwischen der Wand und dem alten ebenholzschwarzen und mahagonibraunen großen Danziger Schrank mit seinen Zinnen, Löwenköpfen und Engeln.

Und alsobald füllt sich der Raum mit wunderbaren Lichterscheinungen. Da leuchtet ein Bild an der Wand auf, ein ovales Blumenstück; über die Fenstergardinen spielen helle Schlangen. Jetzt ist über der Tür zur Eßstube der Widderkopf in roter Beleuchtung sichtbar. Dann sammeln sich Lichter und Farben auf der glatten Fläche des grauen Ofens.

Trauen die im Saal ihren Augen? Das alte *Laterna magica*-Bild, der schwanenweiße herrlichste Schimmel der Welt streicht über die Wände und bleibt auf dem grauen Grund des Ofens, damit man sich an ihm ergötze. Der bäumende Braune mit dem purpurroten Gurt um den Bauch folgt ihm; der Stallmeister; der Isabelle, auf seinem Rücken die niedliche Tänzerin, auf einem Bein balancierend.

Wie kann das sein? Die *Laterna magica* liegt verstaubt und zerbrochen auf irgendeiner Bodenkammer. Ein verstorbener Onkel hatte sie geschenkt und vorgeführt, vor Jahren vorgeführt, als die Mädchen noch Kinder waren. Wie das nur sein kann!

Richtig, jetzt müssen sich die Frösche präsentieren. Grasgrüne, schwarz und gelb gefleckte aufgeblasene Leute, stahlblaue Schwerter in den Händen. Der mit der großen, schön blutig roten Wunde (sie geht ihm vom Hals bis zum Schenkel) fehlt nicht, ebensowenig der, der ihn mit reichlich perlenden großen Tränen beklagt.

Auch die schönen Fruchttträger kommen. Zwei von ihnen tragen die mächtige, mannshohe blaue Weintraube an einer Stange über den Schultern. Rotbäckige Kinder schleppen sich lachend mit riesigen Kirschen und Erdbeeren. Sie kommen wohl geradwegs aus dem Land Kanaan.

Jetzt fehlen noch die sich selber verschlingenden Sterne, gelb und blau, schwarz und grün und ein bißchen rot. Wißt ihr, diese schwindlich machenden Sterne, die sich drehen, zu vergehen scheinen und immer ganz bleiben, immer anders sind.

Es ist, als ob die Schwestern mit ihrem Gedächtnis selber dazu helfen die einmal angefangene Reihenfolge heraufzubeschwören.

Wie es wohligh über das Herz schauert, daß Erinnerungsbilder aus dem Geist wieder zurück in den Augenschein treten können.

Der Saal liegt in Dämmerung. Die Stille wartet. Was soll jetzt kommen?  
In der Luft liegt Kraft.

Aller Augen richten sich auf den alten Schrank, von ihm geht Kraft aus.

Horch! In die feinen alten Sachen, die Erbstücke und Andenken, die der alte Schrank aufbewahrt, zog die Magie ein. Der goldene Hochzeitskranz von Urgroßmutter klingt, das goldene Sträußchen, das Urgroßvater gehörte, lispelt. Die Teekanne aus gelbem chinesischem Porzellan mit den rotbraunen Blumen und den Schiffchen summt, die Pokale beben mit feinem Getön in die kleine mosaikartige Melodie der alten Spieluhr hinein.

Jemand spricht. O, die Stimmen längst Verstorbener. Horch! Jetzt deutlicher: Urgroßvater spricht. Die Worte kommen aus seinem ein wenig eingefallenen angenehmen Mund: man kennt sein Bild wohl genau; er spricht bedächtig, in dem Dialekt seiner Hafenstadt, wie es damals die feinen Leute taten. Urgroßmutter redet. Sie ist jünger und wärmer und eifriger. Ah, Urgroßvater ist ein wenig schwerhörig. Oder ist sie es? Sie verständigen sich nicht so rasch, die alten Leute.

»Ob das Paket an die Schwiegertochter abgeschickt, am Ende auch ordentlich verpackt war?« »Man wird vorsichtig beim Auspacken sein«, tröstet Urgroßmutter. Sie ist diese stattliche Dame in Taftseide mit dem vollen, lebhaften Gesicht, steht auf dem Bild neben Urgroßvater, der sitzt, und hat die Hände auf seinen Schultern. Über die trennende Zeit sieht sie klug lächelnd herüber, ihren Urenkelinnen in die Augen.

Ja, so spricht sie. Das ist sie. Und zwischen ihren Worten die unbestimmte, süße, seltsame Musik der Andenken. Ein entfernteres Gelächter jüngerer Stimmen weht dahin, ein Lebensrauschen.

Was will Urgroßvater? Urgroßmutter hört nicht scharf genug hin, sonst hätte sie es schon verstanden, daß er von der einzigen Winterfliege spricht, die ertrunken ist.

»Ertrunken?«

»In dem silbernen Kännchen mit heißem Wasser ist sie ertrunken, meine Liebe. Unsere Winterfliege.«

Bedächtig, wichtig, behaglich und ein wenig schelmisch geht das hin und her.

Wie es wehmütig macht und zugleich beschwichtigt, daß sie von Kleinigkeiten sprechen, sie, die längst dahin sind! So kindlich lebten sie, und es geht Segen davon aus, in die unruhvoll bewegten heißen Gemüter der im Kampf stehenden Nachkommen.

Eine Uhr schlägt emsig, klar, viele Male. Wieder das entfernte Gelächter junger froher Stimmen, die mit dem Leben dahin ziehen.

Die im Saal sitzen, spannen ihr Gehör an: Die Stimmen der Vorfahren, o diese Stimmen wollen sie hören und schmecken und durch sie lernen und sich tapferer aufbauen.

Ein Räuspern, ein Hüsteln, ein paar undeutliche Worte von Urgroßvater, eine kurze freundliche Gegenrede von Großmutter's vollerer Stimme.

O ihr Teuren!

Nichts mehr. Der schwebende Balsamtropfen fiel. Die Minuten sinken aus der höhern Sphäre zurück ins Gleichmaß.

Dies ist der Saal im alten Landhaus. Da steht der stumme große Schrank, hier sitzen sie alle und haben das Außerordentliche erlebt.

Aus dem schattendunklen Raum hinter dem Schrank kommt der Beschwörer heraus. Die Schwestern seufzen in ihrer Bewegtheit und glühen vor Dank. »Urgroßvater, Urgroßmutter«, sagt Luise zärtlich vor sich hin.

Wilma ist bleich, und ihre Hände zittern. »Wenn es so ist — wenn sie gegenwärtig sind, und es gibt ein Heraufbeschwören — Ach, ich will dem Wunderbaren immer und immer ins Auge sehen.«

Die alte Frau hebt eine steife Hand, schüttelt mit dem Kopf und sieht milde lächelnd vor sich hin.

»Amandel!« Luise drückt ihr die Hand.

Sie sind alle versöhnter, liebevoller, lebendiger als sie vorher waren.

Die älteste Schwester folgt dem Freund nach, der langsam aus dem Saal in das kleine Erkerzimmer nebenan geht. In eine Decke gehüllt, setzt er sich in einen Sessel. Er ist sehr erschöpft.

Wilma und Luise stehen an der Tür und sehen ihn an, seinen gesenkten Kopf, seine eingehüllte Gestalt. Ihre Liebe ist mit Scheu gemischt.

»Erkaufst du es nicht zu teuer uns Gutes zu tun?« fragt die älteste Schwester und legt dem Freund die Hand auf das Haar. Er schüttelt mit dem Kopf und hebt die Stirn, sie ist sehr klar und triumphierend. Die beiden in der Tür bekommen einen Blick und ein Lächeln.

Die ältere Schwester hat sich tiefer über den Sitzenden geneigt; jetzt lehnt ihre Wange auf seinem Haar, zugleich reichen sie sich die Hand. Im selben Augenblick dehnen sich die Erkerfenster hoch und weit, ein Sausen erhebt sich, und über strahlend maigrünen Baumwipfeln, die sich biegen und in der Pracht ihres Laubes schauern, stürmt ein ekstatisches Gewühl herrlicher Vögel mit langen Schwingen und leierförmig gebogenen Schwanzfedern, doch es sind auch große gekrönte Kraniche darunter; unter einem silbern blitzenden Gewölk stürmen sie vorüber. Das Ätherblau zwischen den unruhigen Formen sieht wie Götteraugen herab.

Ein nachklingendes Gebraus, ein nachfliegender herrlich taubenblauer Kranich — noch einer in dem matter gewordenen Gewölk — —

Die Erkerfenster stehen solide und klein hinter den bescheidenen Blattpflanzen; das Licht im Raum ist trübe geworden.

Wilma und Luise wissen jetzt etwas, und das ist feierlich und beglückend: Einer von ihnen ist dem wahren, mächtigen Freund auf immer verbunden.

Auf Zehspitzen durchkreuzen sie den Saal. Der schaut so aus wie ein von Schauspielern und Publikum verlassenes Theater.

Heraus in die Freiluft. Es ist Abend. Die Höhe ist bunt und zart wie von Flören durchzogen. Das Gebüsch steht grau, unter den Bäumen breitet es

sich schwarz aus. Das Merkwürdigste aber liegt überall verborgen, der Erdboden haucht es aus, die Seele trägt es als Kern. Wie fröhlich sie sein können. Es ist alles da und himmlisch geordnet und fest verbunden.

»Wenn nun der Graue zurückkommt«, sagt Wilma mit einemmal erschreckt. Luise seufzt inbrünstig: »Wenn er auf ewig davon bliebe!« und weiß, daß ihr Wunsch nicht erfüllt werden kann.

»Er wird wiederkommen, ja, aber der Freund, der ging, kommt auch wieder. Sie wechseln ab.«

»Ich mag diesen Wechsel nicht«, sagt Luise finster.

»Wenn wir den Grauen einschüchtern könnten, was meinst du?« Wilma blickt angespannt und dreht sich nach der Pforte im Zaun um.

»Wir müssen schweigen.«

»Aber er wittert und verhöhnt das andere, er dämpft unsern Mut und hetzt uns in die Nichtigkeiten.«

»Wenn wir einig sind, werden wir ihm Widerstand leisten können.«

»Ja, und das, was geschah, kann er uns nicht nehmen.«

Indes ist der Graue schon längst im Garten, ein Berberitzenstrauch verbirgt ihn nur unvollkommen auf seinem Lauscherposten.

Wilma und Luise fühlen ihre Herzen beklemmt, ihre Augen trocken und so, als sollten nun ihre Blicke ohne Gnade flach werden. Es kommt ihnen so vor, als seien ihre Hände matt und ungeschickt. Sie schämen sich und werden kleinlaut. Was sie ringsum sehen, steht in dumpfer Teilnahmslosigkeit und scheint keine Geheimnisse zu verbergen; eher droht es von überall her wie das Grab.

Luise reckt sich auf und tastet nach Wilma.

»Tanzen«, sagt sie, als nenne sie mit letzter Kraft ein letztes Heilmittel. Wilma hält sich die Augen zu und bewegt sich in Lust und Furcht schwankend auf Zehspitzen.

»Tanzen!« schreit Luise herauf in die lichtlose Luft und umfaßt Wilma. Ihre Schritte werden leichter, ihre Glieder biegen sich reicher. Wirbelnd, taumelnd bewegt sich das Paar einen Gartenweg herunter.

Die vereinten Kräfte tragen den Sieg davon. Um sie verändert sich das Rund: Wonnegebräus erfüllt den Himmel, in ihre Ohren eindringend. Blitzende Gewölke, herrliche Vögel sind mit ihnen. Und Sterne.

Der Graue verläßt seinen geschützten Standort; gebückt und eckig plump steht er frei da und sieht hämisch, ingrimmig herüber. Seine Beute tanzt ihm davon.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Wilhelm Schröder

**Reichstag:** 1912-1913  
Bewertet man ein Parlament einzig nach der Zahl der positiven Ergebnisse seines Wirkens, so steht der gegen-

wärtige Reichstag mit seiner (in der Praxis allerdings sehr zweifelhaften) Mehrheit der Linken auf einer respektablen Höhe. In den 104 Sitzungen, die die Vertretung des deutschen Volkes im 2. Sessionsabschnitt vom 26. November 1912 bis zum 30. Juni 1913 abgehalten



hat, sind außer dem Etat die Novelle zum Besoldungsgesetz, die Vorlagen über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen und über die Reichs- und Staatsangehörigkeit neben einer Reihe kleinerer Vorlagen zum Gesetz erhoben worden. Unerledigt blieben die Vorlagen über die Jugendgerichte, die Abänderung der Konkurrenzklause, das Petroleummonopol und die Novelle zum Postscheckgesetz. Erwähnt muß noch werden, daß in dieser Sitzungsperiode auch das Gesetz über die Verwendung einheitlicher Wahlurnen, das die Wahlbeeinflussung eindämmen soll, geschaffen worden ist. Die Bedeutung aller dieser Arbeiten wird jedoch bei weitem von der großen Wehrvorlage überragt, die der rote Reichstag im wesentlichen unverändert angenommen hat. Nachdem erst im Jahr 1912 der Friedensbestand des Heeres wahrlich nicht unbedeutend vermehrt worden ist, erhöht das neue Gesetz den Bestand von 544 211 auf 661 478 Mann, wozu noch rund 30 000 Offiziere, 110 000 Unteroffiziere und 15 000 Einjährige kommen, so daß nach der vollständigen Durchführung des Gesetzes im Jahr 1915 rund 814 000 Mann unter den Fahnen sein werden. Zum Vergleich sei angeführt, daß das französische Heer zurzeit 570 000 Mann stark ist und nach Annahme des Gesetzes über die 3jährige Dienstzeit auf 720 000 Mann geschätzt wird. Der einmalige Kostenaufwand für die Erhöhung des Friedensbestandes stellt sich bekanntlich auf rund 900 Millionen, die dauernde jährliche Mehrbelastung auf etwa 200 Millionen Mark. Während die 110 Mann starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion der bisherigen Tradition gemäß und im Gegensatz zu allen größeren bürgerlichen Parteien die Heeresvermehrung scharf bekämpft hat, war ihre Stellung zur Frage der Kostendeckung wesentlich anders als es den älteren Anschauungen der Partei entsprach. Die Parole *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!* blieb in ihrem einen Teil bestehen, im andern machte die Verneinung jedoch wesentlich der Bejahung Platz. Mit einem Eifer, der vor 10 Jahren noch nach der damaligen Anschauung *die Massen irre gemacht* hätte, arbeiteten die 110 an der positiven Erledigung der Deckungsfrage. Was in dieser Hinsicht zum guten Teil unter ihrem Einfluß an den Vorschlägen der Regierung geändert wurde, sieht in

groben Zügen dargestellt wie folgt aus: Von allen Vermögern über 10 000 Mark sollten unterschiedslos nach der Vorlage 0,5 %, von allen Einkommen über 50 000 Mark jährlich 2 % als einmaliger Wehrbeitrag erhoben werden. Der Reichstag staffelte die Abgabe vom Vermögen derart, daß sie von 10- bis 50 000 Mark 0,15 % betragen wird und dann allmählich derart steigt, daß von den höchsten Vermögern 1,5 % zu zahlen sind. Ähnlich wurde die Abgabe vom Einkommen derart gestaffelt, daß sie bei einem Einkommen von 5- bis 10 000 Mark 1 % dieses Einkommens und dann allmählich steigend bei einem Einkommen von mehr als 50 000 Mark 8 % beträgt. Die Abgabe wird in 3 Jahresraten erhoben. Weiter kommt die dauernde Besitzsteuer in Betracht. Nach dem Gesetz über den Wehrbeitrag werden am 31. Dezember 1913 im ganzen Reich Vermögen und Einkommen festgestellt und in Listen aufgenommen. Ausgeschlossen sind die abgabefreien kleinen Vermögen und Einkommen. Der Stand am 31. Dezember bildet auch den Stichtag für die Zuwachsbesteuerung, denn die erste Feststellung des Vermögenszuwachses erfolgt am 1. April 1917 nach dem Stand vom 31. März 1916 und besteht in einem Vergleich des dann vorhandenen Vermögens mit dem Stand vom 31. Dezember 1913. Das Wehrbeitragsgesetz spricht einen Generalpardon für alle bisher etwa beangangenen Steuerhinterziehungen bei Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern aus; es verschärft aber erheblich die Strafen für neue Hinterziehungen unter anderm dadurch, daß es Gefängnisstrafe und öffentliche Verkündung des Urteils ausspricht. Stellte der Wehrbeitrag den Grundsatz der Vermögens- und Einkommensbesteuerung durch das Reich auf, so bringt die Besitzsteuer auch noch die von den Konservativen verpönte Besteuerung der Kindeserbschaft, weil sie den Ursprung des Zuwachses unberücksichtigt läßt. Die Besitzsteuer, die jährlich erhoben wird, beträgt für den Erhebungszeitraum von 3 Jahren bei einem Vermögenszuwachs von 10- bis 50 000 Mark 0,75 % und steigt in 6 Stufen, bis sie bei einem Vermögenszuwachs von mehr als 1 Million Mark 1,5 % beträgt. Dazu treten bei großen Vermögen noch besondere Zuschläge, wonach sich der Steuerzuschlag bei Vermögen von 100 000 bis 200 000 Mark um 0,1 % des Zuwachses erhöht, um in 10 Stufen schließlich bei einem Vermögen von mehr als 10 Millionen Mark auf 1 % zu steigen.

Für kinderreiche Familien und für den Grundbesitz sind Vergünstigungen vorgesehen; es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß die Sozialdemokratie die Zuweisung von Vorteilen an die Großgrundbesitzer entschieden bekämpft hat. Die vielerörterte Steuerpflicht der Fürsten ist im Wehrgesetz ausdrücklich ausgesprochen, fehlt dagegen nach den Beschlüssen der 3. Lesung im Besitzsteuergesetz. Die Regierungsvorlage wurde in diesem Punkt dahin verbessert, daß die Fürsten die vollen Sätze des Beitrags nach den Vorschriften des Gesetzes zu zahlen haben; und bei der Beratung des Besitzsteuergesetzes wurde ausdrücklich betont, daß der Reichstag in seiner überwältigenden Mehrheit keinen Zweifel darüber läßt, daß er die Steuerpflicht der Fürsten gerade durch die Nichterwähnung ausspricht. Die vom Reichstag beschlossene Aufhebung der Wertzuwachssteuer bekämpfte die sozialdemokratische Fraktion, weil die Aufhebung nach Lage der Dinge den Grundstücksspekulanten zugute kommt; ausgefüllt wird die sich dadurch für die Reichskasse ergebende Lücke durch eine Erhöhung der Besteuerung der Erbschaften für Abkömmlinge 1. und 2. Grades von Geschwistern und für entfernte Verwandte. Unerledigt blieb das Gesetz über die Erweiterung des Erbrechts des Staates, das im Herbst nochmals zur Verhandlung kommen wird. Die Beschlüsse über die Erhöhung der Stempelsteuern und die Beibehaltung der jetzigen Form der Zuckersteuer wurden von der sozialdemokratischen Fraktion mit Entschiedenheit bekämpft.

Am 30. Juni, dem letzten Verhandlungstag, wandten sich die Konservativen scharf gegen die Vermögenszuwachssteuer, die dann in namentlicher Abstimmung mit 280 Stimmen gegen 63 Stimmen der Rechten bei 29 Stimmenthaltungen der Polen und Elsässer Annahme fand. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Deckungsvorlage wird in einer von den meisten Parteiblättern abgedruckten Artikelserie des Abgeordneten Dr. Südekum begründet. Es heißt darin, die Fraktion stehe einmütig und in sicherer Übereinstimmung mit der Gesamtpartei auf dem Standpunkt, daß sie zwar, wenn sie die Verantwortung zu tragen hat, dem Vaterland den notwendigen Schutz gewiß nicht versagen darf noch will, daß sie wohl aber dem heutigen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigern muß. Wo es sich indessen um die

Frage gehandelt habe, wer die Kosten der gegen den Willen der Fraktion beschlossenen Heeresvermehrung tragen solle, wäre es geradezu ein Verbrechen am arbeitenden Volk gewesen die gewaltige Wucht der 110 Stimmen nicht in die Wagschale zu werfen. Jedenfalls habe eine starke Mehrheit der Fraktion ganz unbedingt gemeint, daß alles daran gesetzt werden müßte, um die Lasten nicht zu verhindernder Rüstungen auf die Schultern der Besitzenden zu legen. Was den Wehrbeitrag und die Besitzsteuer betreffe, so habe auch nicht ein einziges Mitglied der Fraktion ihr Scheitern gewollt; die Ansichten wären nur darüber auseinandergegangen, ob es geboten oder angängig sei dem Wunsch, daß die Gesetze zustande kämen, durch die offene Zustimmung Ausdruck zu verleihen oder nicht. Aber auch hier habe die Mehrheit der Fraktion sich für positive Zustimmung entschieden.

Der Umstand, daß es überhaupt für erforderlich gehalten wird die den Interessen des Proletariats entsprechende Haltung der Fraktion zu rechtfertigen, läßt schon darauf schließen, daß innerhalb der Partei auch Personen vorhanden sind, denen die ganze Richtung nicht paßt. Und es geschah, was schon mehrfach bei Gefährdung etwelcher Prinzipien geschehen ist: In der Befürchtung, daß unter der Million organisierter deutscher Parteigenossinnen und -genossen sich am Ende doch niemand finden werde, der die Strauchelnden und Irrrenden energisch genug des rechten Weges weise, sieht man freundlich etliche wohlmeinende Schriftsteller und Schriftstellerinnen die Rolle des getreuen Eckart übernehmen. Die Partei schreitet weiter, den Bevölkerungsschichten, deren Interessen sie zu vertreten hat, zum Nutzen und damit sich selber zum Gewinn. Die manchmal etwas hysterischen Warnungsrufe besorgter Zionswächter und -wächterinnen sind aber wohl notwendig, wenn auch nur als Beweis dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht auf dem alten Fleck stehen bleibt.

× Reichstags- ersatzwahlen 3 Ersatzwahlen zum Reichstag, die in den letzten Wochen stattfanden, sind

zu ungunsten der Rechtsparteien ausgefallen. In Waldock-Pyramont siegte der Fortschrittler Dr. Naumann am 19. Juni mit 6593 gegen 6327 Stimmen, die auf den Antisemiten Vietmeyer fielen, dessen Mandat für ungültig er-

klärt worden war. Auf Ungültigkeits-  
erklärungen beruhten auch die beiden  
anderen Ersatzwahlen. In Salzwedel-  
Gardelegen verdrängte der Leiter  
des liberal-schutzzöllnerischen *Bauern-*  
*bundes*, Dr. Boehme, den Konservativen  
von Kroeher am 11. Juli mit 14177  
gegen 11896 Stimmen. In Zauch-  
Belzig siegte am Tag darauf der So-  
zialdemokrat Ewald mit 17151 Stimmen  
über den bisherigen Mandatsinhaber, den  
Reichsparteiler von Oertzen, auf den  
16316 Stimmen fielen. In allen 3 Kreisen  
wurde der Wahlkampf erst in der Stich-  
wahl entschieden. Während Dr. Nau-  
mann und Dr. Boehme, der sich der  
nationalliberalen Partei anschließen will,  
ihr Mandat der sozialdemokratischen  
Hilfe zu danken haben, siegte Ewald mit  
fortschrittlicher Hilfe. In seinem Wahl-  
kreis glaubten jedoch die an Zahl nicht  
belangreichen Nationalliberalen für den  
Reichsparteiler agitieren zu müssen.

In diesen Ersatzwahlen kommt mit  
wachsender Deutlichkeit der Gedanke  
der Kooperation aller nichtkonservativen  
Parteien zum Ausdruck. Besonders be-  
merkenswert ist das Eintreten der So-  
zialdemokratie für den Agrarier Dr.  
Boehme. Es beweist, daß man innerhalb  
unserer Partei einzusehen beginnt, daß  
Agrarismus und Konservatismus keines-  
wegs unlöslich mit einander verknüpft  
sind, und daß man unter Umständen das  
erste auch fördern muß, wenn man das  
zweite bekämpfen will.

× **Kurze Chronik** In Erfurt hatte das Kriegs-  
gericht am 27. Juni einige  
Reservisten, die sich am

Tag der Kontrollversammlung an einem  
Gendarm tödlich vergangen hatten, zu  
entschiedlich harten Zuchthausstrafen  
verurteilt. Nachdem sozialdemokratische  
Abgeordnete bei der Beratung der Mili-  
tärvorlage auf den furchtbaren Fall hin-  
gewiesen hatten, nahm der Reichstag  
fast einstimmig eine Novelle zum Mili-  
tärstrafgesetzbuch an, nach der  
bei Vergehen hier in Betracht kommen-  
der Art die Berücksichtigung mildernder  
Umstände möglich ist. Der Reichskanzler  
setzte sich unter dem Druck der Ver-  
hältnisse für Erfüllung der vom Reichs-  
tag verlangten Reform ein. Jetzt hat  
der Bundesrat den Reichstagsbeschluß  
einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen.

× Am 4. Juli trat der bisherige  
Kriegsminister von Heeringen von  
seinem Amt zurück. Zu seinem Nachfol-  
ger wurde Generalmajor von Falken-  
hayn ernannt. × Auf dem Balkan be-

gann unter den bisherigen Verbündeten  
ein blutiges Ringen um den Anteil an  
der Beute. Auch das bis dahin neutrale  
Rumänien griff in den Streit ein, und  
es gelang ihm bald bedeutende Erfolge  
zu erzielen und wichtige Gebiete jen-  
seits der Donau zu besetzen. In einer  
Zirkularnote an die Mächte erklärte  
Rumänien es für seine »Pflicht für sein  
Gebiet jenseits der Donau eine sichere  
Grenze zu erlangen«. Nachdem sich der  
Kampf zuungunsten der Bulgaren ge-  
wandt hatte, bot auch die Türkei Trup-  
pen auf, um ihren entschiedensten Feind  
zum Zurückgehen hinter die Tschatal-  
schalinie zu zwingen und womöglich  
noch gar Adrianopel zurückzugewinnen.

**Genossenschaftsbewegung Gertrud David**

**Deutsche Kon-** Der vom Generalsekretär  
**sumvereins-** H. Kaufmann erstattete  
**zentrale** ausführliche Bericht über  
die Entwicklung des *Zentralverbandes*  
*deutscher Konsumvereine* im Jahr 1912  
ist nunmehr erschienen. Er enthält fol-  
gende Gesamtübersicht:

Art der Organisation	Jahr	Anzahl	Anzahl der befrichteten Ver- eine	Anzahl der Mit- glieder	Umsatz in Mark	Eigenpro- duktion in Mark	Reinüber- schuß in Mark
Konsumvereine { Arbeits- und andere Genossenschaften Großeinzelver- schaft Verlagsgesellschaft Zentralverbände	1911	1142	1134	1 313 422	385 402 112	62 891 990	21 979 675 1)
	1912	1155	1128	1 483 811	454 466 532	83 871 263	23 536 622 2)
	1911	39	39	10 590	8 786 479	8 786 479	244 268
	1912	43	39	10 955	9 430 680	9 430 680	223 592
	1911	1	1	706	109 605 769	7 556 513	1 108 779
	1912	1	1	731	135 907 173	7 922 895	1 941 039
insgesamt	1911	1183	1175	1 324 722	506 011 287	80 990 422	23 430 746
	1912	1200	1169	1 495 501	602 979 099	103 956 053	25 883 579
1) unter Hinzurechnung des festen und Lieferantennabatts				32 240 524	Mark		
2) "				37 379 422	"		

Der Umsatz der bedeutendsten Gruppe des *Zentralverbandes*, der *Konsumvereine*, in der Gesamthöhe von 454 466 532 Mark setzt sich zusammen aus 423 145 111 Mark Umsatz im eigenen und 31 321 421 Mark im Lieferantengeschäft. Der in der Tabelle angegebene Reingewinn ist noch durch die Summen zu ergänzen, die den Vereinen von den im Lieferantenverhältnis stehenden Kaufleuten und von ihnen selbst aus steuer-technischen Gründen den Mitgliedern als Rabatt gewährt werden (siehe die Noten zur Tabelle). In weit rascherer Progression als der Umsatz hat die Eigenproduktion zugenommen. Ende 1912 waren 253 Konsumvereine zur Eigenproduktion übergegangen, von denen mehr als 200 eigene Bäckereien betrieben. Über 30 haben eigene Schlächtereien und Wurstfabriken, ebenso viele Limonaden- und Selterswasserfabriken. Eine Anzahl Vereine besitzt ferner eigene Mühlen, Kaffeeröstereien, Molkereien, Käseereien, Sauerkrautfabriken, Destillationen, Wäsche- und Konfektionsfabriken usw. Rund 20 % ihres Umsatzes werden gegenwärtig von den Konsumvereinen in eigener Regie hergestellt. Beschäftigt wurden dabei Ende des letzten Jahres 3875 Personen. Dazu kommen 19 073 in der Warenverteilung tätige Personen, so daß das Gesamtpersonal 22 794 Köpfe zählt. Der Grundbesitz der Vereine stand mit 78 063 589 Mark zu Buch.

Unter den 43 Genossenschaften der 2. Gruppe, der *Arbeits- und sonstigen Genossenschaften*, befanden sich 8 Konsumentenproduktivgenossenschaften (Bäckereien und Druckereien), 2 Baugenossenschaften, 7 Vereinshäuser und 24 eigentliche Produktivgenossenschaften, von denen 2 Webereiwaren, 4 Kleider, 5 Schuhe, 3 Backwaren, 2 Rauchtobake und 5 Druckereierzeugnisse herstellten. Endlich gehören hierher noch 2 Zentralproduktivgenossenschaften, von denen die eine, die *Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft*, mit Schluß des Jahres in den Betrieb der Großverkaufsgesellschaft übergegangen ist, während die andere, die *Rheinisch - Westfälische Holzindustrie*, zunächst noch als selbständiges Unternehmen weiterexistiert. In dieser Gruppe wurden 1425 Personen, davon 796 in der Warenherstellung und 629 in der Verteilung beschäftigt. Über die Geschäftsergebnisse der Großverkaufsgesellschaft wurde bereits in dieser Rundschau (in diesem Band, pag.

686 f.) berichtet. Die Verlagsanstalt des *Zentralverbandes* endlich, die 1904 als offene Handelsgesellschaft errichtet, im November 1912 aber in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung verwandelt wurde, hat, wie ersichtlich, gleichfalls eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Die Anstalt besitzt eine eigene Druckerei, eine Versicherungsabteilung und eine Papierwarenfabrik. In der Verlagsanstalt werden die beiden Organe des *Zentralverbandes*, die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* in einer Auflage von 12 100 und das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt* in einer solchen von 477 575 Exemplaren, sowie die gesamte Broschüren- und Flugblätterliteratur hergestellt. Die Anstalt richtet ihr Augenmerk auch auf den Vertrieb von guter billiger Volksliteratur. Beschäftigt wurden 451 Personen.

Das Berichtsjahr ist zugleich das 10. seit dem Bestehen des *Zentralverbandes*. Der Bruch von Kreuznach hat der deutschen Konsumvereinsbewegung einen mächtigen Entwicklungsimpuls gegeben und Kräfte freigemacht, die sonst nur viel langsamer in Aktion getreten wären. Ein Rückblick zeigt uns, daß die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine sich seit der Gründung von 684 auf 1200, die der berichtenden von 639 auf 1169 erhöht hat. Die Mitgliederzahl dieser Vereine steigerte sich von 575 449 auf 1 495 501 oder auf das 3fache, der Umsatz von 176 auf 603 Millionen Mark oder auf das 3½fache, die Eigenproduktion von 14,7 auf 104 Millionen Mark, das ist auf den 7fachen Betrag, der Buchwert des Grundbesitzes von 23 auf 88,4 Millionen Mark und das eigene Kapital von 21,7 auf 133 Millionen Mark. Das ist ein außerordentlicher Aufstieg. Mit ebenso großem Stolz wie dieser in Zahlen ausdrückbare Fortschritt kann sie aber die Lösung einer Reihe ihr gestellter sozialer und organisatorischer Aufgaben erfüllen, von denen hier nur der Abschluß von Tarifverträgen mit den Organisationen der Bäcker und der Transportarbeiter, die Schaffung eines Tarifamts, die Gründung der Versicherungsabteilung für die Angestellten und endlich die der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen *Volksfürsorge* genannt seien.

×  
 × Deutscher Ge. Auch der diesjährige, ×  
 nossenschafts- 16. bis zum 18. Juni in  
 tag 1913 Dresden abgehaltene Ge-  
 nossenschaftstag des *Zentralverbandes*

deutscher Konsumvereine stand unter dem Zeichen der Jubiläumstagung, deren Eindruck noch durch die Tatsache verstärkt wurde, daß man zu der Tagung den selben Ort gewählt hatte, an dem vor 10 Jahren der konstituierende Genossenschaftstag des Verbandes stattfand. Die Veranstaltungen des gastlichen Dresdener Vereins *Vorwärts* zur Feier seines 25jährigen Bestehens gaben ihr noch ein besonders festliches Gepräge. Der Kongreß wurde am Morgen des 16. mit einer Sitzung des im vorigen Jahr geschaffenen Generalrats eingeleitet, der die dem Genossenschaftstag zur Beschlußfassung zu überweisenden Gegenstände vorzubereiten hatte. Man einigte sich durchgängig auf die vom Vorstand und Ausschuß vorgeschlagenen Anträge. Am Abend fand in dem großen Saal des Ausstellungspalastes in Gegenwart von zirka 1000 Delegierten, darunter 15 Gästen aus dem Ausland, und von 3 Mitgliedern des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums, durch Konrad Barth die Eröffnung des Genossenschaftstags statt. Barth würdigte die historische Bedeutung der Tagung und widmete dem Andenken der verstorbenen Genossenschafter Radestock und Kaltofen anerkennende Worte. Nach einer sympathischen Begrüßungsrede des Stadtverordneten Lind kamen dann die Ausländer zu Wort, wobei besonders die Reden der Engländer, die von dem gegenwärtig die britische Genossenschaftswelt bewegenden Problem des Zusammenarbeitens der verschiedenen Formen der Arbeiterbewegung berichteten, Interesse erregten.

Am 1. Verhandlungstag erstattete zunächst Barth den Bericht über die Tätigkeit des Vorstands und gedachte dabei der Ereignisse, die sich seit der Trennung vom *Allgemeinen Verband* vollzogen haben. Generalsekretär Heinrich Kaufmann nahm sodann das Wort zum Bericht über die Entwicklung des Verbandes im letzten Jahr, dessen Zahlen und Daten weiter oben mitgeteilt wurden. Er schilderte die Kämpfe, die die Konsumvereine zu führen hatten, einerseits gegen die Lebensmittelteuerung andererseits gegen die immer wieder versuchte Ausnahbesteuerung in den einzelnen Bundesstaaten. Heute bereits entrichten die Konsumvereine 0,7 % ihres Umsatzes an Steuern, womit sie weit mehr leisten als eine Anzahl von Händlern mit entsprechendem Umsatz. Zum Schluß wandte sich der Redner den Zukunftsaufgaben der Konsumver-

eine zu, die auf dem Gebiet der Eigenproduktion, der Regelung der Geldgeschäfte, der Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften liegen. Zur Debatte sprach nur Mendel von der *Produktion*, der besonders lebhaft für die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen städtischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten eintrat. Demgegenüber mußte Kaufmann mitteilen, daß die Beziehungen zum Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften leider abgebrochen wurden, nachdem der Leitung dieses Verbands der Vorwurf gemacht worden war, daß er mit der Sozialdemokratie paktiere. Den Höhepunkt des 1. Tages bildete der Bericht A. von Elms über die *Volksfürsorge*. Dieser erklärte, daß die lange Verzögerung des Inkrafttretens der Versicherung durch die riesigen Rechenarbeiten hervorgerufen worden sei. Das Aufsichtsamt für Privatversicherung habe sich sehr entgegenkommend verhalten. Nur habe es gegen die Beteiligung von Genossenschaften an dem Unternehmen Bedenken erhoben; infolgedessen sei die Gründung durch beauftragte Personen vorgenommen worden. Ferner verlangte das Amt eine Erhöhung des Organisationsfonds von 100 000 auf 200 000 Mark, die auch sofort erfolgt sei. In der mündlichen Schlußverhandlung am 6. Mai wurde noch die Frage erörtert, ob die *Volksfürsorge* mit der sozialdemokratischen Partei in irgendwelchen Beziehungen stehe. Die Frage wurde verneint. Der Referent machte sodann noch einige Mitteilungen über die Grundlagen der Versicherung. Benutzt wurden die neuesten Sterbetafeln, die dem Versicherten günstiger sind als die alten. Die beiden Hauptarten der Versicherung sind die Kapital- und die Sparversicherung, jene mit festen Prämien und fester Versicherungssumme, diese mit freier Beitragszahlung und dadurch bedingter Versicherungssumme. Die Sparin Verbindung mit einer Risikoversicherung stellt heute die vorteilhafteste Versicherungsmöglichkeit für die Arbeiter dar. Im Gegensatz zu den privaten Versicherungen wird der Rückkauf und die Beleihung jederzeit zugelassen werden, und zwar werden bei der Kapitalversicherung 80 % der Prämienreserve, bei der Sparversicherung 95 % zurückgezahlt werden.

Am 2. Verhandlungstag hielt zunächst Angst (Basel) einen sehr instruktiven Vortrag *Die Voraussetzungen und die*

*Technik für den Betrieb konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien.* Bekanntlich besitzt der Baseler *Allgemeine Konsumverein*, der bei einer Gesamtbevölkerung der Stadt von 142 000 Seelen 35 000 Mitglieder zählt, die größte und erfolgreichste Schlächtereierie und Molkerei aller kontinentalen Konsumvereine. Von dem Gesamtumsatz des Vereins in Höhe von 26 Millionen Francs entfallen je 7 Millionen auf die beiden genannten Betriebe. Die Schlächtereierie deckt heute den 3. Teil des gesamten Fleischbedarfs der Stadt; sie beschäftigt 218 Personen und arbeitet mit einem Überschuß von 8%. Das ist ein ganz ungewöhnlich günstiges Ergebnis. Voraussetzung für einen erfolgreichen Schlächtereierbetrieb seien ein großer Absatz und entsprechendes Kapital (etwa  $\frac{1}{2}$  Millionen Francs), um alle technischen Errungenschaften ausnutzen zu können. Hauptsache sei auch, daß nichts verloren gehe; unerlässlich seien ferner eine genaue Spezialkontrolle, eine scharfe Kalkulation und eine sorgfältige Auswahl des Personals. Als Leiter habe sich ein tüchtiger Kaufmann und Genossenschafter besser bewährt als ein Fachmann. Interessant war endlich noch die Mitteilung, daß der Baseler *Allgemeine Konsumverein* 90% der geschlachteten Ochsen und über 50% der Schweine aus dem Ausland bezieht. Außerdem bezieht er argentinisches Gefrierfleisch, von dem er wöchentlich 12 000 Kilo verkauft; hierdurch ersparte die Baseler Bevölkerung im letzten Jahr 300 000 Francs. Bei der Molkerei macht besonders der Einkauf infolge der bestehenden Produzentenringe Schwierigkeiten. Ihnen kann man nur durch eine möglichst umfassende Organisation der Konsumenten begegnen. Der Verein liefert unter Berücksichtigung der Rückvergütung seinen Mitgliedern die Milch zu 17,9 Pfennig im Laden und 18,4 Pfennig vom Wagen. Die Vertreter des Elberfelder und des Kölner Konsumvereins berichten sodann über die wenig günstigen Erfahrungen, die ihre Vereine mit ihren Fleischereierbetrieben gemacht haben. Trotzdem dürfe es ein Zurück nicht geben. Eine Reihe bedeutender Konsumvereine in Rheinland-Westfalen beabsichtigt die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Organisation des Fleischbezugs. Aus Hamburg und Leipzig wird über bessere Erfahrungen berichtet; gewisse Hemmungen bietet oft die Arbeiterfrage. Hierauf erstattete Rupprecht (Hamburg)

den Bericht der Fortbildungskommission unter besonderer Bezugnahme auf die konsumgenossenschaftlichen Unterrichtskurse. Er begründete einen Antrag, demzufolge jeder Konsumverein künftig pro Jahr und Mitglied 5 Pfennig an den Bildungsfonds abzuführen habe. Der Antrag wurde angenommen. Daran schloß sich der Bericht von Lorenz (Hamburg) über die Unterstützungskasse des *Zentralverbandes*, und das Referat Dr. Müllers (Hamburg) über die Tätigkeit des Tarifamts und die Erneuerung der am 1. August ablaufenden Tarifverträge der Bäcker und Transportarbeiter. Fraglos werden die Tarife gekündigt werden; zu den Neuberatungen soll ein erweiterter Kreis von Teilnehmern zugezogen werden. Es kommen alsdann noch die Differenzen zur Sprache, die zwischen den Schlossern der Seifenfabrik in Gröba und der Leitung des Betriebes ausgebrochen sind, und bei denen sich die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes eines Verstoßes gegen die Kölner Resolution schuldig gemacht hat. Die Betriebsleitung hat daher den Metallarbeiterverband und die *Generalkommission* um Abhilfe ersucht. Zum Schluß wurden bei den Wahlen in das Tarifamt von Elm, Lorenz und Rieger wieder- und Dr. Müller neugewählt. In die Fortbildungskommission wurde der neue juristische Berater Dr. Mayer (Berlin) delegiert, in den Vorstand Liebmann (Ludwigshafen) wieder- und an Stelle Radestocks Oertel (Dresden) neugewählt. Endlich wurden in den Ausschuß von Elm, Staudinger und Pobbig wieder entsandt, die schon seit Beginn darin waren. Als Ort des nächsten Genossenschaftstags wurde Bremen in Aussicht genommen.

× Deutsche Großverkaufs-  
gesellschaft der  
Generalversammlung der  
Großeinkaufsgesellschaft, die sich gewöhnlich an den Genossenschaftstag anschloß, nahm mit Genugtuung den sehr günstigen Geschäftsbericht, der von Seifert erstattet wurde, entgegen. Der Geschäftsführer teilte mit, daß die Erhöhung des Reingewinns und damit die Verdoppelung der Rückvergütung auf die Ausnutzung der Konjunktur zurückzuführen sei. Geschäftsführer Lorenz berichtete über die Produktivbetriebe. Die Seifenfabrik hat sehr günstig gearbeitet; eine zweite wird in Düsseldorf errichtet, da die Stadtverwaltung von Neuß sich ablehnend verhielt. Die

Zündholzfabrik in Lauenburg, deren ganzer Betrieb reorganisiert werden mußte, hat zunächst noch mit einem kleinen Verlust gearbeitet, der aber in Zukunft vermieden werden wird. Mit den Arbeitern der Produktivbetriebe sind neue Tarifverträge geschlossen worden, die ihnen nicht unwesentliche Vorteile bringen. Eine Anzahl neuer Fabriken ist im Bau respektive beabsichtigt, so 2 neue Zigarrenfabriken in Hamburg und Frankenberg, die voraussichtlich im Herbst in Betrieb genommen werden können, in Gröba eine Teigwaren- und eine Kistenfabrik.

Für die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten soll der Bau von Wohnungen in Angriff genommen werden. Die von der Verwaltung beantragte Erhöhung des Stammkapitals von 2 auf 4 Millionen Mark wurde debattelos angenommen; ebenso ein Antrag, der den Konsumvereinen die Verdoppelung ihrer Anteile zur Pflicht macht, sowie ein solcher, der die Festsetzung der Verträge mit den Geschäftsführern dem Aufsichtsrat überträgt. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, und die Verteilung des Reingewinns in der vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Weise vorgenommen (siehe diese Rundschau in diesem Band, pag. 686 f.). Es ist zu diesem Punkt berichtend zu bemerken, daß die Rückvergütung auf den Umsatz der angeschlossenen und der nicht angeschlossenen Vereine nicht 4 respektive 2% sondern 4 respektive 2% betragen soll.

× **Verlagsgesell-**Endlich fand auch am **schaft deut-** 20. Juni die 1. ordentliche **scher Kon-** Generalversammlung der **sumvereine** **Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine** statt. Den Geschäftsbericht, dessen genaue Zahlen oben gegeben worden sind, erstattete der Geschäftsführer Bästlein. H. Kaufmann gab sodann eine Übersicht über den Stand des Neubaus und die Aufbringung der Mittel. Demnach wird schon in der nächsten Zeit die Richtfeier erfolgen können. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 2 Millionen Mark sollen weitere 2 Millionen durch unkündbare, mit 4½% zu verzinsende Obligationen aufgebracht werden. Über den in der letzten Rundschau (in diesem Band, pag. 687) erwähnten Konflikt mit den Buchdruckern referierte Dr. August Müller; die überwältigende Mehrheit der Versammlung billigte das Vorgehen und die Maßnahmen des Vorstands. Dieser recht un-

angenehme Zwischenfall hat damit seine definitive Erledigung gefunden. Die Jahresrechnung wurde genehmigt und die Errichtung eines Pensionsfonds, dem aus dem Reingewinn des letzten Jahres 60 000 Mark zugewandt werden sollen, im Prinzip beschlossen.

× **KurzeChronik** Die Bewegung zur Bildung von Bezirkskonsumvereinen macht immer weitere Fortschritte. So befinden sich unter den 169 Konsumgenossenschaften des *Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine* 19, die Verkaufsstellen in 167 Ortschaften unterhalten. Von dem Gesamtumsatz der Verbandsvereine in Höhe von 76 Millionen Mark entfielen 40 auf diese Genossenschaften, zu denen unter anderen die Vereine in Hamburg, Bremerhaven, Lübeck, Kiel usw. gehören. × Der der Mitgliederzahl nach größte Konsumverein der Welt, der *Breslauer*, hatte im letzten Jahr bei einem Mitgliederbestand von 97 864 einen Umsatz von 25<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Millionen Mark und einen Nettoüberschuß von 2 857 667 Mark. Der Verein betreibt eine Bäckerei, Mühle, Limonaden- und Likörfabrik und eine Kaffeerösterei. × Der *Zentralverband österreichischer Konsumvereine* hat beschlossen eine *Geschäftsführerschule* einzurichten, die ihren ersten 4wöchigen Kursus im Herbst dieses Jahres entweder in Teplitz oder in Bodenbach mit 20 bis 30 Schülern abhalten wird. Die Unterrichtsgegenstände sind: Betriebslehre (Dr. Karpeles), Buchführung (Rausnitz), Steuern und Gebühren (Sekretär Wilhelm), Geschichte, Literatur und Recht des Genossenschaftswesens (Dr. Renner), Gewerbe, Handel und Arbeiterrecht (Redakteur Kaff). × Die Umsätze der *dänischen* Genossenschaften im Jahr 1912 erreichten insgesamt die Höhe von 569 Millionen Kronen. Davon entfielen auf die Genossenschaftsmolkereien 256 Millionen Kronen, auf die Schlächtereien 132, die Butterexportvereine 60, die Eierexportvereine 4,8, die Fleischexportvereine 2,5, die Konsumvereine 70, die Einkaufsvereine 9,2 und die Futtermittelvereine 34,1 Millionen Kronen. Zum Teil decken sich allerdings die Umsätze dieser Vereine, insofern als die selbe Ware in ihren verschiedenen Herstellungsstadien durch die Hände mehrerer Genossenschaften geht. × Die *dänische Großeinkaufsgesellschaft*, die am 30. Mai in Aarhus ihre von 1600 Delegierten besuchte

Generalversammlung abhielt, erzielte im letzten Jahr einen Umsatz von 55½ Millionen Kronen und einen Überschuß von 2 846 371 Kronen. Der Eigenproduktion von Schokolade, Kakao, Seife, Seiler- und Zuckerwaren wurde im Berichtsjahr die von Margarine und Kleidern hinzugefügt. Die verteilte Rückvergütung betrug 5½ %. × Der 25 000 Mitglieder starke Züricher Lebensmittellverein hat in der Mitte der Stadt auf einem Terrain von 3580 Quadratmetern einen ausgedehnten Gebäudekomplex, den Sankt Annahof, errichtet. Die auch architektonisch bedeutende Anlage, deren Herstellungskosten inklusive Grundstückskosten sich auf rund 4 Millionen Mark belaufen werden, enthält neben den Verwaltungsräumen der Genossenschaft eine große Lebensmittelhalle und eine Abteilung für Haushaltsgüter sowie für Schuhwaren. Sie wird April 1914 bezugsfertig sein. × Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veranstaltet eine Studienreise nach England, die den Teilnehmern die Kenntnis der wichtigsten genossenschaftlichen Schöpfungen des klassischen Landes der Konsumvereinsbewegung vermitteln soll. Die Reise beginnt am 11. und endet am 23. August in Glasgow, wo unmittelbar im Anschluß daran der internationale Genossenschaftskongreß stattfindet.

× **Literatur** In Grünbergs *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* hat L. Pumpianskij eine hochinteressante Studie *Die Kooperation und der Sozialismus in England in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts* veröffentlicht, die geeignet ist die überlieferten Anschauungen über den Gang der damaligen Ereignisse und die Rolle, die die einzelnen Führer in ihnen gespielt haben, in einigen Punkten zu korrigieren. Vor allem wachsen neben Robert Owen, den man gewöhnlich als einzige überragende Persönlichkeit in jener Frühperiode der englischen Genossenschaftsbewegung betrachtet, verschiedene andere Männer, so William Thompson, John Gray, zu imponierender Größe empor. Fesselnd ist auch die Schilderung der Kämpfe zwischen Genossenschaftlern, Gewerkschaftlern und politischer Arbeiterbewegung, in denen mancher Gegensatz antizipiert wird, der später in den Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt hat. × In einer Broschüre *Die Wirt-*

*schaftsgenossenschaften* /Wien, Manz/ gibt Eugen Schwiedland eine Sammlung von Vorträgen heraus, die er im Wiener staatswissenschaftlichen Fortbildungskursus gehalten hat. Die kleine Schrift soll über das Wesen der einzelnen Genossenschaftsarten orientieren; der Stoff ist ziemlich trocken behandelt, da sowohl historische Hinweise, als auch Mitteilungen über die tatsächlichen Verhältnisse fast vollkommen fehlen. × Eine Sammlung von Vorträgen, die auf der Jahresversammlung der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* 1911 gehalten wurden, ist die im *Renaissanceverlag* Robert Federns in Leipzig herausgegebene Schrift *Bauordnung und Bebauungsplan, ihre Bedeutung für die Gartenstadtbewegung*. Die Vorträge beschäftigen sich mit kommunalen und staatlichen Bauvorschriften, die auch für die Gartenstädte und Vorstädte in Frage kommen, diese teils fördernd teils hemmend. Zwei Vorträge, von K. E. Osthaus (Hagen) und Dr. H. Kampffmeyer (Karlsruhe), berühren die künstlerische und soziale Beeinflussung des Städtebaus durch die Gartenstadtbewegung. × Die *Baugenossenschaft in Neukölln* schildert in einem kleinen, im Selbstverlag publizierten Schriftchen *Einfamilienhäuser für die Masse der Großstadtbevölkerung* ihre wohl gelungenen Versuche auf teurem Großstadtgelände preiswerte Einfamilienhäuser für die minderbemittelte Bevölkerung zu erstellen.

### Frauenbewegung / Wally Zepler

**Eheproblem** Zu den zahllosen Büchern und Abhandlungen über das Eheproblem ist ein neues gekommen: Ferdinand von Paungarten suchte durch eine Umfrage bei einer großen Zahl bekannter Männer und Frauen festzustellen, wie sie über die Ehe und ihre zukünftige Gestaltung denken. Er stellte die Frage: »Halten Sie die gegenwärtige Form der Ehe für die einzig mögliche, ohne welche auf die Dauer ein Rückgang der Menschheit in ethischer, ästhetischer, rassenhygienischer und somit kultureller Beziehung zu befürchten wäre?« Wie bei solchen Umfragen nicht anders zu erwarten ist, sind in den 124 Seiten des Buchs (*Das Eheproblem im Spiegel unserer Zeit* /München, Reinhardt/) keine wesentlich neuen Erkenntnisse niedergelegt. Interessant ist das Ganze nur, weil sich darin in knapper Gegenüberstellung die entgegengesetztesten Zeitan-



schauungen ebenso wie die ganz divergierenden psychischen Punkte spiegeln, in denen für die verschiedenen Menschentypen das Problem wurzelt. Denn man kann die Ehe wie die Liebe als Lebensrealität oder als Ideal, als das, was sie sind, oder als das, was sie sein sollen, man kann sie in der Alltags- oder in der Feiertagsbeleuchtung sehen. Und je nach Alter, Schicksal und Stimmung betrachtet wohl auch der einzelne die Frage nicht immer in gleichem Licht. Nur der Grundton der Persönlichkeit malt sich deutlich auch in den nicht allzu tief dringenden Meinungsäußerungen des Buches. Hinweggehen kann man über die vielen, die, wie Otto Ernst, Gustav Falke und andere, die Neuigkeit verkünden, eine glückliche Ehe sei etwas sehr Schönes, und auch ohne Eheinstitution wären die Menschen nicht vollkommen zufrieden. Ebensovienig originell ist die mehrfach ausgesprochene Ansicht, die Ehe sei eine Schutzinstitution für die Frau, für die (wie zum Beispiel Karin Michaelis meint) das Eigentumsrecht eine ungeheure Rolle spiele, und die ihr Nest haben wolle. Wie in beabsichtigtem Sarkasmus wird diese uralte Spießbürgerweisheit durch die unmittelbar dahinter stehenden Anschauungen des Anarchisten Erich Mühsam widerlegt, dem der Treueanspruch in der Liebe nichts anderes bedeutet als den »Anspruch eines Menschen auf die Hörigkeit des andern«. Einige Mitarbeiter, wie August Bebel, behandeln die Frage von rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten, in ihrer historisch soziologischen Entwicklung. Im übrigen muß man sagen: Die Realisten, zu denen in dem Buch auch Sigurd Ibsen gehört, schildern den Prosainhalt des Ehelebens meist nicht sehr rosig, aber, wie zuzugeben ist, oft außerordentlich treffend. Und welche Schicksalsironie: Henrik Ibsens Sohn ist dabei der Darsteller des männlichen Eheleids, dem man ganz sicher die Berechtigung auch nicht immer absprechen kann: »Man spricht so viel von der Unterdrückung der Ehefrauen, doch ich möchte wissen, ob es nicht häufiger der Mann ist, der zum wahren Märtyrer und Sklaven der Familie wird.« Am krassensten schreibt Ernst Decsey: »Der Junggeselle lebt als Mensch und stirbt als Hund; der Ehemann lebt als Hund, aber er stirbt als Mensch.« Richard Dehmel beginnt zwar auch pessimistisch genug: »Die Einehe als Kulturfaktor ist ein unglückseliges Zwitterding aus kurzer Hoffnung und langer Enttäuschung. Die Ein-

ehe als natürliches Faktum ist ein außerordentlicher Glücksfall.« Nachher leitet der Dichter in ihm dann aber zu den Idealisten der Ehe hinüber. Unter ihnen sind ein paar der Glücklichen dieser Erde, denen ein gütiges Geschick ein stetig stilles Glückempfinden und dazu auch noch den rechten Lebensgefährten bescherte. Zu ihnen gehört Hans Thoma; seine einfach schönen Worte zum Preis der Ehe berühren schlicht und warm wie seine Bilder. Ihm glaubt man, wenn er sagt: »Da ich in einer höchst glücklichen Ehe gelebt habe, die nur der Tod trennen konnte, so kam ich nie darauf zu denken, ob die Ehe ein Problem sei, das man umändern könne. Bei uns beiden war kein Gedanke, daß es auch anders sein könnte: wir fühlten uns nie als Gebundene.« Das klingt freilich echter als Professor Thodes und Richard Schaukals Beteuerungen der Einzigkeit und Heiligkeit der Eheform, die nur durch die »Ausschreitungen der Frauenbewegung« zerstört werden könne. Guido von List beleuchtet das Problem unter dem Gesichtswinkel der Rassenreinheit. Daneben propagiert er noch eine Art Wiedergeburtstheorie: Man liebt den Gefährten oder die Gefährtin eines früher schon einmal gelebten Lebens. Dieser mystische Gedanke ist jedenfalls der sympathischste Zug bei diesem Beantworter. Ähnliche Ideen werden in dem Buch auch von anderen vertreten. Das Gefühl der Unentrinnbarkeit und innern Notwendigkeit, das jeder starken Liebesleidenschaft innewohnt, wie die unbewußte Sehnsucht der Liebe ewige Dauer zu leihen, läßt solche metaphysischen Empfindungen natürlich genug erscheinen. Allerhand andere Ansichten noch werden in der Umfrage ausgesprochen. Der Maler *Fidus* glaubt an den Geruch oder ähnliches als Grund der Geschlechtsanziehung. M. R. von Stern betont, daß »das Urproblem der Ehe im natürlichen Gegensatz der Geschlechter wurzelt«, also in seiner Tiefe unlösbar sei. Johannes Schlaf bringt die Ehekrise unserer Zeit in Verbindung mit der allgemeinen Neurasthenie, die er aber (vielleicht sehr richtig) nicht als Krankheit gewertet wissen will, vielmehr gerade als eine in der Entwicklung begriffene »neue Gesundheit«. Er schließt daran interessante weitere Perspektiven. In einfacherer Form und weniger persönlichem Denken, aber dennoch ähnlich sagt Gertrud Prellwitz: »Dennoch glaube ich nicht, daß es heilsam wäre diese un-

vollkommene Form der Ehe einfach zu zerbrechen. Sie entspricht, jämmerlich wie sie ist, den Bedürfnissen eines großen Teiles der heutigen Menschheit. Wir, die wir sie als so unvollkommen empfinden, sind nur die Vorausgeschrittenen.»

Das ist wohl schließlich auch das Fazit, das aus den mannigfaltigen Meinungen der Zeit über die Ehe nur gezogen werden kann. Das Fazit für das, was die Zukunft tatsächlich bringen dürfte. Denken und Gefühl der einzelnen wird in keiner Form der Lebens- und Liebesgemeinschaft in gleicher Weise reagieren; sie werden verwandt oder gegensätzlich bleiben, wie die Seelen der Menschen selber.

× Hausange- ×  
stellte stellte

Zur Lage der Hausangestellten oder Dienstboten, wie die offizielle Bezeichnung noch immer durchgängig lautet, sind in letzter Zeit einige Untersuchungen erschienen. Die Deutschland angehenden Arbeiten umfassen freilich recht enge Gebiete und bringen deshalb nur allgemein bekannte und umschänkte Ergebnisse. Immerhin zeigen sie die Richtlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Punkt und werden interessant, wenn man sie mit Untersuchungen über die gleiche Frage in Ländern mit fortgeschritteneren hauswirtschaftlichen Zuständen wie England und den Vereinigten Staaten vergleicht. Denn die Verhältnisse, denen wir uns nähern, haben sich dort bereits klarer herauskristallisiert, so daß wir aus dem, was dort schon besteht, auf das schließen können, was hier im Werden ist.

Bei Gelegenheit einer größeren Arbeit über die Prostitution untersuchte 1908 Dr. Otto Neher die Lage der weiblichen Dienstboten in Stuttgart auf Grund von 500 in Dienstbotenheimen verbreiteten Fragebogen, von denen 224 beantwortet wurden. Im gleichen Jahr hatte der *Bund deutscher Frauenvereine* den Versuch unternommen in 20 Städten eine größere Erhebung unter den Hausangestellten wie unter den Hausfrauen zu veranstalten, der damals als gescheitert bezeichnet wurde (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 654 ff.). Nachträglich, im Jahr 1910, veröffentlichte Dr. Else Conrad die erzielten Resultate im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. Versagten auch, wie gewöhnlich, die Hausfrauen in der Mehrzahl der Städte in höchster Empörung die Auskunft, weil sie fürchteten, die

Dienstboten könnten durch die Fragebogen *aufgehetzt* werden, so sind doch immerhin 807 von Hausfrauen und 695 von Mädchen brauchbar beantwortete Bogen eingelaufen, und zwar hauptsächlich aus Breslau, Danzig, Dresden, Frankfurt am Main, Freiburg, Halle, Königsberg und Magdeburg. Dabei stellten sich erhebliche Differenzen in den Berufsverhältnissen der Dienstboten in den verschiedenen Teilen Deutschlands, besonders zwischen dem Südwesten und dem Osten heraus. In Frankfurt am Main und in Mannheim wurden die höchsten Löhne, in Breslau, Königsberg und Danzig die niedrigsten festgestellt. In Frankfurt, Freiburg, Mannheim erhalten die Köchinnen durchschnittlich über 300 Mark, die Zimmermädchen fast 300 Mark, die Alleinmädchen (Mädchen für alles) mehr als im Osten die höchstbezahlte Kategorie: die Köchinnen. Der Durchschnittslohn der Alleinmädchen für ganz Deutschland schwankt nach der Enquete zwischen 160 und 285 Mark. In Deutschland ist dem Barlohn aber noch allgemein der Betrag des Weihnachtsgeschenks und sonstiger Geschenke, des in vielen Haushalten üblichen Abendbrotgelds wie der regelmäßigen Trinkgelder zuzurechnen. Einschließlich aller dieser Bezüge betrug das durchschnittliche Gesamtbar-einkommen der Mädchen von 234 Mark in Breslau bis zu 407 Mark in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main und Breslau stellen überhaupt fast in jeder Hinsicht die Extreme nach der guten und schlechten Seite für die Hausangestellten dar.

Eine in München 1910-1911 vom statistischen Amt der Stadt geleitete und 1912 veröffentlichte Enquete (*Die weiblichen Dienstboten in München* /München, Lindauer/), die sich auf 3042 von Dienstboten und auf 2845 von Herrschaften beantwortete Bogen stützt, berechnet für die Hälfte aller Mädchen an Barlohn inklusive des dort üblichen *Biergelds* zwischen 240 und 360 Mark, an Gesamtlohn einschließlich Weihnachtsgeschenk und Naturalverpflegung für erwachsene Mädchen etwa zwischen 650 und 1106 Mark. Das entspricht der Stellung Münchens als einer der Städte mit relativ sehr hohen Dienstbotenlöhnen. Diese Münchener Enquete verdankt ihre Entstehung dem bayrischen Landtag, der sich durch mehrere Petitionen von Dienstbotenvereinigungen veranlaßt sah die Regierung zur Veranstaltung von Erhebungen über die einschlägigen Ver-

hältnisse in einigen größeren Städten aufzufordern. Das Staatsministerium wandte sich an die Magistrate von München und Nürnberg, in deren Auftrag in München dann das statistische Amt die Enquete durchführte. Auch hier wieder war die Ausfüllung der Bogen durch die Herrschaften mit ziemlichen Schwierigkeiten verknüpft. Die Untersuchung erstreckt sich auf die gesamten Arbeitsverhältnisse, besonders auf die Arbeits- und Ausgangszeit, Art des Schlafraums, Entlastung durch außerordentliche Arbeitskräfte, Verwendung der Dienstboten für Geschäftsbetriebe, Gelegenheit zum Kirchenbesuch. (Auch die vorher genannten Arbeiten untersuchen natürlich fast alle diese Punkte.) Dabei ergab sich für die tägliche Arbeitszeit, oder, wie man bei der Hausangestellten korrekter gesagt hat, für die Zeit der Arbeitsbereitschaft, nach den Angaben der Mädchen: für mehr als 50 % über 15 Stunden, für noch nicht 33 % 14 bis 15 oder höchstens 14 Stunden, für über 16 % mehr als 16 Stunden. Nach den Angaben der Herrschaften sind die Arbeitszeiten, wie selbstverständlich ist, etwas geringer. Sozial bemerkenswert, aber für den Kenner hauswirtschaftlicher Verhältnisse durchaus nicht auffallend, ist dabei die Tatsache, daß die höher entlohten, das heißt zugleich fast stets die in wohlhabenderen Haushalten angestellten Mädchen längere, weil tiefer in die Nachtstunden hinein ausgedehnte Arbeitszeiten haben. Die Frage nach regelmäßigen täglichen Arbeitspausen beantworteten die Hausfrauen für 22,5 %, die Dienstboten für 14,3 % aller Fälle mit Ja. Die Hälfte aller Mädchen hatte an jedem Sonntag Nachmittag frei, der übrige Teil an jedem 2. Sonntag, etwa ein Drittel außerdem an einem Wochentagsnachmittag.

Die Enquete des *Bundes deutscher Frauenvereine* gibt keine Arbeitszeit an sondern fragt nur nach dem Arbeitsschluß am Abend (der danach in kleineren Städten und in einfacheren Haushalten früher, in den größeren Haushalten oft erst in der Nacht liegt) und nach den freien Tagen. Fast die Hälfte der Mädchen hat danach nur jeden 2. Sonntagnachmittag frei, noch nicht ein Drittel jeden Sonntag und nur 11 % auch regelmäßig einen Wochentagsnachmittag. Nach der Stuttgarter Umfrage beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit 14 bis 15 Stunden, was wohl auch den Verhältnissen in der Mehrzahl der Berliner Haushaltungen entsprechen dürfte, jeden

Sonntagnachmittag hatten in Stuttgart 72 %, die übrigen meist jeden 2. Sonntag, nur ein Mädchen regelmäßig auch einen Wochentagsnachmittag frei.

Interessante Ergebnisse liefert nun erst ein Vergleich mit den Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Für Nordamerika hatte schon 1908 ebenfalls Dr. Else Conrad eine Untersuchung der Dienstbotenverhältnisse veröffentlicht (*Das Dienstbotenproblem in den nordamerikanischen Staaten, und was es uns lehrt* / Jena, G. Fischer'). Für England liegt jetzt eine längere Studie von Dr. Lisa Roß vor (*Weibliche Dienstboten und Dienstbotenhaltung in England*, 8. Ergänzungsheft des *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*). Wie bekannt, ist die Lage der häuslichen Angestellten in beiden Ländern eine sehr viel bessere und freiere als bei uns. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß 1901 11 808 oder 19 % aller in England Dienenden Ausländerinnen waren, und zwar 4432 Deutsche, und daß die Dienstboten allein im gleichen Jahr 56 % aller in England erwerbstätigen deutschen Frauen bildeten. Über die Lohnhöhen in beiden Ländern sagt Lisa Roß: »Demgegenüber [gegen die Tabelle des *Bundes deutscher Frauenvereine*] ist der niederste Lohn, den eine Köchin in London beansprucht, 400 Mark, der höchste, der nicht etwa nur selten vorkommt, beträgt 1000 Mark. Wir sehen also, das Lohnminimum der Köchin in London stellt sich immer noch beträchtlich höher ein als der Lohndurchschnitt der Köchinnen in den meisten deutschen Städten. Das gleiche finden wir bei einem Vergleich der Löhne der Zimmermädchen, deren Lohnminimum in London von 360 Mark von nahezu allen Lohndurchschnitten der Zimmermädchen in Deutschland noch lange nicht erreicht wird. Ja, sogar der niederste Lohn, der einem Zimmermädchen in England auf dem Land gezahlt wird, 320 Mark jährlich, stellt sich immer noch höher ein als der Durchschnittslohn, der mit Ausnahme von Freiburg den Zimmermädchen in den deutschen Städten gezahlt wird. Die Löhne aller Dienstbotenarten sind in England so viel höher als in Deutschland, daß der niederste Lohn, der in England bezahlt wird, immer noch sehr viel höher ist als der Durchschnittslohn, der in Deutschland für die selbe Dienstbotenart ausgegeben wird.« Bei der äußerst entwickelten Differenzierung der englischen Dienstbotenstellungen in die verschiedensten Unterposten schwanken

natürlich auch dort die Löhne innerhalb sehr weiter Grenzen, das Verhältnis zu den deutschen Löhnen bleibt aber stets ungefähr das gleiche; denn auch für Alleinmädchen werden Durchschnittslöhne von etwa 15 bis 25 Pfund bezahlt. (Freilich ist der abweichende Geldwert in England mitzubersichtigen.) Für Amerika gibt Else Conrad folgende Löhne für weibliche Dienstboten an: Köchinnen bis 3000 Mark, Zimmermädchen 600 bis 1040 Mark, Alleinmädchen 312 bis 1040 Mark, Kindermädchen 208 bis 1456 Mark, das heißt, die amerikanischen Löhne verhalten sich zu den deutschen wie 4 respektive wie 3 zu 1 (Weihnachtsgeschenke und Trinkgelder ebenso wie Versicherungsbeiträge fallen allerdings in Amerika meist fort). Eine amerikanische Nationalökonomin berechnet nach der Verfasserin das Jahreseinkommen einer häuslichen Angestellten dort gleich dem einer Lehrerin. Die sonstigen Arbeitsbedingungen entsprechen den Lohnverhältnissen. Schwere Arbeiten wie Wäsche und Kohlentragen oder Extrarbeiten übernehmen die Mädchen selten; in Familien mit kleineren Kindern treten sie, wie übrigens auch bei uns, sehr ungern ein. Es steht ihnen fast überall an Stelle unserer, auch in wohlhabenden Haushaltungen meist noch elenden Mädchengelasse ein freundlich eingerichtetes Zimmer, in den reicheren Häusern auch ein besonderes Wohnzimmer zur Verfügung, sie erhalten ihren Anteil von allem, was für die Herrschaft zu Tisch kommt. Ebenso ist die Freizeit länger und geregelter, nach den Conradschen Angaben fast stets 2 Nachmittage, oft 2 volle halbe Tage in der Woche, die gleiche Freizeit, die auch für England genannt wird. Man sollte denken, derartige Arbeitsbedingungen hätten schon von selbst als Regulativ gegen die in Amerika gerade besonders starke Mädchennot gewirkt, so daß der Zustrom zu diesem Beruf allmählich wieder ein stärkerer wird. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall; ja, gegenwärtig soll nach einer amtlichen Schätzung das Angebot von Mädchen dort nur etwa die Hälfte der Nachfrage betragen, auf dem Land und in kleinen Städten ist ein Mädchen oft kaum zu bekommen. Die Ursache wird von Else Conrad richtig hervorgehoben. Ursprünglich ging in Amerika die Dienstbotennot aus dem allgemeinen Mangel an Frauen hervor. Dann trat die Periode der starken europäischen Einwanderung ein, die einen bedeutenden Zustrom von Auslän-

derinnen für den häuslichen Dienst brachte. Noch 1890 waren 169 000 Irinnen und 95 000 Deutsche drüben als Hausangestellte tätig. Auch heute noch ist, wie die Verfasserin schreibt, »an den Einwanderungszentren New York, Baltimore, Boston die Seltenheit der Dienstboten am wenigsten fühlbar. Dort werden oft die Mädchen direkt vom Schiff aus engagiert, auch wenn sie weder die Gebräuche des Landes kennen noch der Sprache desselben mächtig sind noch irgend etwas gelernt haben; und zwar bekommen sie dann nicht selten sofort einen Lohn von 3 bis 5 Dollar die Woche, also etwa 600 bis 1000 Mark im Jahr.« In den letzten beiden Jahrzehnten sank aber die Einwanderung gerade der Dienstboten liefernden, das heißt der germanischen Nationen rapid und damit zugleich die Zahl der häuslichen Angestellten. Denn, darin liegt der Kern der Sache, fast sämtliche Mädchen sind selbst Ausländerinnen oder stammen doch von ausländischen Eltern. Die eingeborene Amerikanerin tritt fast nie in häuslichen Dienst. Das relativ hohe Einkommen ist für sie kein so bedeutendes Lockmittel wie es das für deutsche Mädchen wäre, da die Frau in anderen entsprechenden Tätigkeiten drüben bis zu weit höheren Löhnen aufsteigen kann. Besonders aber liegt für den Amerikaner, wie Else Conrad schreibt, in dem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis der Dienstbotenberufe ein solcher Makel, daß die Burschen, »die etwas auf sich halten«, kein Mädchen heiraten wollen, das im häuslichen Dienst gestanden hat. Aber auch an sich sträubt sich das Freiheitsgefühl der Amerikanerin gegen die ewige Gebundenheit, die außer in den Freistunden einen Ausgang unmöglich macht.

Dr. Else Conrad, die die allmähliche, in Amerika durch die Dienstbotennot bereits weit vorgeschrittene Auflösung des privaten Einzelhaushalts mit sehr besorgtem Blick betrachtet, hegt nun große Bedenken gegen die Lösung, die hier die einzig mögliche scheint: Engagement außerhalb des Hauses wohnender hauswirtschaftlicher Arbeiterinnen nach Stunden. Sie meint aber: »Dennoch erscheint diese Entwicklung für Amerika unaufhaltsam und vielleicht auch die einzige Möglichkeit überhaupt noch häusliche Dienstboten zu erhalten.« Aber, das muß uns am meisten interessieren, was für Amerika gilt, wird sehr bald auch für andere Länder gelten. In England sowohl wie in Deutschland

nimmt die Zahl der häuslichen Dienstboten ebenso dauernd ab. Freilich nicht konstant und nicht überall in gleichem Maß, aber im ganzen doch gegenüber den anderen Frauenberufen auffallend genug. In England zeigte sich von 1881 bis 1901 besonders ein starker Rückgang (7,3%) der 15- bis 20jährigen Mädchen, also der Frauen, die eben in einen Beruf eintreten; in Deutschland sank die Zahl der Dienstboten zwischen 20 und 30 Jahren, das heißt der zahlreichsten Altersklasse des Berufs, von 508 571 im Jahr 1895 auf 464 479 im Jahr 1907, also um 8,67% (die Gesamtzahl fiel von 1 313 957 auf 1 249 383). Auch in zahlreichen einzelnen Städten, selbst in solchen mit besonders günstigen Dienstbotenverhältnissen, sinkt der relative Anteil der Dienstboten an der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung fortwährend, an verschiedenen Orten sogar die absolute Zahl. So ergab sich in München von 1900 bis 1907 eine Abnahme von zirka 27 007 auf 23 120, in Berlin (nach dem *Statistischen Jahrbuch der deutschen Städte*) im Zeitraum von 1890 bis 1905 von 81 227 auf 65 672 und eine Abnahme der Haushalte mit Dienstboten von 61 063 auf 55 824. Dagegen wurde allerdings in Hamburg, Leipzig, Bremen und Breslau in der gleichen Zeit eine Zunahme konstatiert. Jedenfalls ist die durchgängig hervortretende Abneigung gegen den Beruf so markant, daß wir über kurz oder lang auf eine ähnliche Dienstbotennot gefaßt sein müssen wie sie in den Vereinigten Staaten herrscht. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß diese Not gerade dort am stärksten hervortritt, wo die hauswirtschaftliche Last die Hausfrau ohnehin besonders hart drückt, nämlich in materiell beschränkten Wirtschaften und in Familien mit kleinen Kindern. Hier ist in jeder Hinsicht für die Angestellte die schlechteste Stellung; geringerer Lohn, unzureichendere Beköstigung, absoluter Mangel an freier Zeit und zugleich härteste Arbeit. Es ist sehr begreiflich, daß das Mädchen, das stets eine neue Stellung findet, derartige Haushalte meidet. Die Gefährdung des Familienlebens durch den Dienstbotenmangel, die Elise Conrad für Amerika konstatiert, erscheint damit auch für uns als naheliegende Gefahr.

Von zwei diametral entgegengesetzten Anschauungen aus sucht man dieser Gefahr zu begegnen. Konservativer denkende Sozialpolitiker, wie auch Elise Conrad, wollen durch bestimmte gesetzliche Reformen (Abschaffung der Ge-

sindeordnungen, Festsetzung einer bestimmten Nachtruhe, Bestimmungen über Mädchenschlafräume), ferner durch hauswirtschaftlichen Unterricht junger Proletarierinnen und durch pädagogisch-ethische Beeinflussung der Herrschaften wieder bessere Zustände herbeiführen: denn die enge Wohn- und Lebensgemeinschaft von Herrschaft und Dienerschaft, das Vertrauensverhältnis, auf das diese Gemeinschaft basiert sein muß, ... wollen wir festhalten, dieses Verhältnis soll kein rein geschäftliches werden.

Andere sehen dagegen auch für uns die Notwendigkeit sehr radikaler hauswirtschaftlicher Veränderungen voraus. So schließt Lisa Roß ihre Broschüre mit folgender Betrachtung: Unter dem Druck der Verhältnisse werden die Herrschaften den Dienstboten immer mehr Freiheiten, immer größere Selbständigkeit überlassen müssen. Erst dann wird der Dienstbotenberuf wieder die selbe Anziehungskraft bekommen wie die industriellen und kommerziellen Berufe, wenn er von den alten, persönlichen Beziehungen losgelöst, sich ganz auf dem Boden der Arbeit und des Erwerbs aufbaut wie jeder andere Beruf. In Deutschland fängt dieser Entwicklungsgang soeben erst an; in England können wir ihn schon seit vielen Jahrzehnten verfolgen. Zum Abschluß gekommen ist er bis jetzt nur in Amerika, wo die Dienstboten die Arbeit von jedem persönlichen und häuslichen Konnex losgelöst als Stunden- oder Tagesarbeit übernehmen.« Man kann auch die Ansicht von Dr. Roß unterschreiben, daß die erstrebte Entwicklung gerade in diesem Beruf zum allergeringsten Teil durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß bewirkt werden dürfte, weil bei den Eigentümlichkeiten des häuslichen Dienstes die Organisation relativ geringe Erfolgsaussichten bietet, eine Ansicht, die die Erfahrung bisher überall bestätigt hat. Die unausbleiblichen Wandlungen werden sich hier vielmehr allmählich von selbst vollziehen.

Gewiß bedeutet diese Entwicklung einen tiefen Eingriff in unsere bisherige Haushaltsführung. Nur die unbegrenzte Ausnutzung der Arbeitskraft des Dienstboten ermöglichte für die Mehrzahl der klein- und mittelbürgerlichen Familien die Aufrechterhaltung der privaten Wirtschaft mit ihren mannigfaltigen und komplizierten Kleinverrichtungen. Die hohen Mehrkosten stundenweise gemieteter Angestellter vermag der größte Teil dieser Wirtschaften gar nicht zu tragen. In

allen solchen Familien muß also entweder die Hausfrau selbst wieder ganz zur Sklavin der häuslichen Arbeit werden, oder es muß auf irgendeine Art durch weitergehende Zentralisierung der häuslichen Arbeiten eine fortschreitende Entlastung des Einzelhauses geschaffen werden. Für die zahlreichen Frauen mit außerhäuslichen Berufspflichten kommt überhaupt nur diese letzte Möglichkeit in Frage. Für die gesamte Volkswirtschaft, für die dadurch eine Unmenge sinnlos vergeudeter Einzelkräfte nutzbar gemacht werden könnte, vor allem aber für die Frauen selbst wäre dies jedenfalls ein ganz unendlicher Vorteil. Denn es gibt nicht viele Berufsarbeiten, die in so hohem Maß ermüdend, niederdrückend, zerstörend auf Seele und Körper wirken wie dieses unsystematische, aufreibende, nie endende und doch unangespannte Hin und Her der Hausfrauenplackerei, natürlich unter beschränkten Geldverhältnissen. Ein Schicksal, das bisher nur von wenigen verstanden wurde und den Frauen selbst meist nicht einmal die Befriedigung gab, die jeder opfervollen Tätigkeit sonst entfließt.

X

#### Wahlrecht

Das Frauenstimmrecht hat einen starken, wenn auch längst erwarteten Erfolg zu verzeichnen. In Norwegen, wo seit 1907 die Frauen ein beschränktes politisches Wahlrecht neben allgemeinem Kommunalwahlrecht besitzen (allgemein seit 1910, nachdem es von 1905 an ebenfalls zuerst als beschränktes kommunales Wahlrecht eingeführt war), beschloß am 11. Juni der Storting einstimmig und ohne Debatte die Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts. Damit steigt dort die Zahl der politischen Wählerinnen um etwa 225 000, das heißt um das Doppelte. Diese Entwicklung widerlegt jedenfalls durch eine deutlich sprechende Tatsache die so oft wiederholte doktrinaire Behauptung unserer Radikalen, mit der Annahme eines beschränkten Wahlrechts schneide man sich selbst den Weg zum allgemeinen Frauenwahlrecht ab und leiste nur einer weitern Besitzprivilegierung Vorschub. Gerade umgekehrt wird, wie jetzt in Norwegen, fast überall das allgemeine Frauenwahlrecht über die Vorstufe des kommunalen wie eines irgendwie beschränkten politischen Stimmrechts gehen müssen. In Dänemark ist die vom Folkething schon bewilligte Verfassungsreform, die auch das allgemeine Frauenstimmrecht enthält, im Landsting noch einmal den

Gegenanstrengungen der Konservativen erlegen. Am 3. April wurde dort (siehe den Artikel Becher-Olsens in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 781) die Verfassungsvorlage durch Überweisung an eine Kommission abgelehnt. In dem inzwischen neugewählten Folkething besteht indessen eine so starke Mehrheit für diese Vorlage, daß auf ihre Annahme und damit auf die Einführung des allgemeinen politischen Frauenstimmrechts sicher gerechnet werden darf.

Weniger glücklich als in Skandinavien und Dänemark ist der Weg des politischen Stimmrechts in England. Durch die wiederholt geschilderten verwickelten politischen Überlegungen der Parteien wie durch die verwerfliche und unkluge Haltung der *Suffragettes* ist augenblicklich für die Stimmrechtlerinnen jede Hoffnung auf ein baldiges Erreichen ihrer Ziele geschwunden. Der (liberale) Antrag Dickinson auf Einführung eines nicht allgemeinen Frauenstimmrechts wurde am 6. Mai wiederum im Unterhaus mit 266 gegen 219 Stimmen verworfen. Bei dieser Gelegenheit sprach Asquith gegen, Grey sehr lebhaft für das Frauenstimmrecht.

Rasche Fortschritte macht die Bewegung dagegen in den Vereinigten Staaten. Die Frauen sind bereits politisch gleichberechtigt in Wyoming, Kolorado, Utah, Idaho, Washington, Kalifornien, Oregon, Kansas, Arizona, Alaska. Parlamentarisch bewilligt ist das Frauenstimmrecht ferner in Montana, Nevada, Norddakota, Süddakota, Wisconsin, Iowa, New Jersey, New York, Pennsylvania, Illinois. In diesen Staaten steht noch die Volksabstimmung aus, respektive muß das Gesetz noch einmal von der nächsten Volksvertretung angenommen werden. In Oregon haben die Frauen ihre jungen politischen Rechte schon in sehr lebhafter gesetzlicher Mitarbeit betätigt. Auf ihre Initiative soll ein Mindestlohngesetz für Frauen und Jugendliche, ein Witwenfürsorgegesetz und andere Verbesserungen für das weibliche Geschlecht eingeführt worden sein. Im allgemeinen ist man über die parlamentarischen Ergebnisse des Frauenstimmrechts natürlich noch sehr geteilter Meinung. So behauptete unlängst eine amerikanische Genossin in der *Gleichheit*, die Parlamentarierinnen seien genau so von reinen Klasseninteressen bestimmt wie die männlichen Abgeordneten, und in Kolorado, wo ihr Einfluß auf die Gesetzgebung genau beobachtet

werde, seien sie beispielsweise nie besonders lebhaft für eine Hebung der Lage der Arbeiterinnen eingetreten. Jedenfalls suchen die Stimmrechtlerinnen in Amerika in jeder Weise für den Fortgang ihrer Bewegung zu wirken. Wilson hat während seiner Präsidentschaft bereits eine große Reihe von Deputationen für das Stimmrecht empfangen, unter anderm eine Abordnung des *Nationalen Verbandes weiblicher Wähler*, einer aus Frauen der 10 Stimmrechtsstaaten gebildeten Propagandavereinigung.

In der italienischen Kammer wurde im Juni über das Gemeinde- und Provinzialwahlrecht für Frauen verhandelt. Es lagen zwei Anträge vor, der von Genossen Treves, der dem Männerwahlrecht gleiches Frauenstimmrecht, und der von Ferdinando Martino, der vorläufig ein beschränktes administratives Wahlrecht forderte. Nach einer Diskussion, in der die meisten Redner wie auch der Ministerpräsident Giolitti die Sache zum Teil gar nicht ernst nahmen, wurden beide Anträge abgelehnt, der Antrag Treves in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 31 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen. Trotz dieser wenig hoffnungsvollen Debatte sind die Führerinnen der Bewegung in Italien überzeugt, daß die Frauen das Kommunalwahlrecht innerhalb weniger Jahre erobert haben werden.

Vom 15. bis zum 21. Juni fand in Budapest ein von Delegierten aller dem Bund angeschlossener Länder stark besuchter internationaler Frauenstimmrechtskongreß statt, der nach außen einen sehr glänzenden Verlauf nahm. Soweit die Verhandlungen Wichtiges brachten, wird hier noch darüber berichtet werden.

× **Kurze Chronik** Am 6. Juni starb in Brüssel Dr. Marie Popelin, die Vorsitzende des belgischen Frauenvereinsbundes und Führerin der belgischen Frauenbewegung. Sie war die erste Frau in Belgien, die das Examen als Advokatin ablegte, wurde aber nie zur Advokatur zugelassen. × Vom 2. bis zum 10. Juni fand in Paris ein internationaler Frauenkongreß statt, der offenbar mehr dem Wunsch der Französinen nach einer demonstrativen Veranstaltung als irgendeinem bestimmten Zweck entsprach und von den Ausländerinnen auch nur schwach besucht war. Hervorzuheben ist nur der für unsere Zeit schon recht sonderbar anmutende Beschluß, der frei-

lich auch starke Gegnerschaft fand: alle besonderen Schutzbestimmungen für Frauen seien abzuschaffen. × Anfang Mai fand die 15. Mitgliederversammlung des Vereins *Frauenbildung-Frauenstudium* statt. Eine Juristin erörterte die Aussichten der juristisch gebildeten Frauen in Deutschland und beantragte eine Petition um Zulassung der Frauen zu allen juristischen Examina an die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten zu senden. Der Antrag wurde angenommen. Ferner sprach man über das Kunststudium der Frauen und forderte bei diesem Punkt ebenfalls deren Zulassung zu den staatlichen Kunstakademien. × Der *Deutsche Bund für Mutterschutz* hielt vom 7. bis zum 9. Juni in Berlin seine Generalversammlung ab, über die noch berichtet werden wird. × Die Zahl der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten in Deutschland beträgt jetzt 40. Preußen zählt 14 Assistentinnen (davon 8 in Berlin), Bayern 7, Sachsen 5, Württemberg 2 und 2 Gewerbeassessorinnen, Baden 1 (eine wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin), Hessen 2, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Oldenburg, Hamburg, Bremen und die Reichsländer je 1. × Ein ministerieller Erlaß kündigt eine Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte im preußischen Eisenbahndienst an. × Die *Verbündeten Frauenvereine von Groß Berlin* haben an den Vorstand des Preußischen Städtetags eine Eingabe gerichtet, er möge bei den gesetzgebenden Körperschaften Preußens dahin vorstellig werden, daß die hemmenden Schranken beseitigt werden, die die voll verantwortliche Mitwirkung der Frauen in den städtischen Deputationen hindern. × Wie in Charlottenburg und Breslau, so wurden jetzt auch in Hessen Schulschwesterinnen zur Pflege und Beaufsichtigung der schulpflichtigen Jugend angestellt. × Nachdem im vorigen Jahr durch Referendum in Zürich den Frauen die Wählbarkeit für die Schulbehörden eingeräumt worden ist, wurden bei der letzten Wahl 16 Frauen, darunter 11 Genossinnen, in die Kreisschulpflegen der Stadt und Genossin Dr. Brüstlein in die Zentralschulpflege gewählt. × Die russische Duma hat sich für die Anstellung von Frauen als Fabrikinspektorinnen ausgesprochen. × Zu den im August stattfindenden Neuwahlen zum finnischen Parlament hat der Verband der Arbeiterinnenorganisationen einen Auf-

ruf an die sozialdemokratischen Organisationen erlassen, der darum ersucht möglichst in allen Wahlkreisen auch geeignete weibliche Kandidaten zu nominieren. Der Vorschlag wurde bei der Aufstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt. X In Schweden ist die erste Frau als Fabrikinspektorin ernannt worden. Ihre Tätigkeit soll hauptsächlich darauf gerichtet sein die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen zu verbessern. X

**Literatur** Im eigenen Verlag läßt der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte in Quartalsnummern ein *Archiv für Frauenarbeit* erscheinen, das der Vorsitzende des Verbandes, Dr. Silbermann, herausgibt. Das Blatt stellt sich die sehr dankenswerte Aufgabe »ohne jede Parteilichkeit ein einwandfreies, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhendes Bild von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der arbeitenden Frauen sowie von den Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit in Deutschland und, soweit möglich, auch in den übrigen Kulturländern zu geben«. Es will »eine Materialiensammlung darstellen, die der wissenschaftliche Forscher wie der praktische Volkswirt mit Erfolg und mit der Gewißheit zu Rate zu ziehen vermag, daß alle in ihr enthaltenen Angaben auf ernstlicher Prüfung ihrer tatsächlichen Richtigkeit beruhen«. Wenn es, wie die beiden ersten Nummern vermuten lassen, diese Aufgabe erfüllt, wird das neue Frauenarchiv eine Lücke in der sozialen Literatur ausfüllen, die oft lebhaft empfunden worden ist. X Das *Jahrbuch der Frauenvereine* im vorigen Jahr zum erstenmal erscheinen ließ, liegt nun, von Dr. Altman-Gottheiner herausgegeben, im 2. Jahrgang vor /Leipzig, Teubner/. Die Anordnung ist die gleiche wie im 1. Band: Nach einer genauen Zusammenstellung sämtlicher dem Bund direkt oder indirekt angegliederter Vereine (mit den Adressen der Vorstände usw.) folgt eine Chronik der deutschen und internationalen Frauenbewegung aus dem Jahr 1911-1912. Endlich der literarische Teil. Er enthält neben einzelnen längeren Aufsätzen von Führerinnen der Bewegung wiederum eine Bibliographie der Frauenliteratur, das heißt der von Frauen geschriebenen Bücher und Broschüren sowie aller von männlichen oder weiblichen Autoren publizierten Schriften zur Frauenbewegung. Leider sind,

wie ausdrücklich bemerkt ist, die in Zeitschriften veröffentlichten Artikel in beiden Rubriken nicht mitaufgenommen worden, so daß die Literaturangaben für praktische Zwecke dadurch sehr an Wert verlieren. Unter den Einzelabhandlungen ragt Gertrud Bäumers tief empfundener Nachruf für Ika Freudenberg hervor. Eine reiche und vielseitige Persönlichkeit ersteht vor uns: eine Frau jener frühern Generation, die der opfervolle Kampf eines ganzen Lebens mit dem Wachsen und Werden des neuen Frauentypus verknüpfte.

## WISSENSCHAFT

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Marxismus** *Marxistische Probleme, Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik*: unter diesem Titel hat der österreichische Genosse Dr. Max Adler seine verstreut publizierten Aufsätze, die sich mit der Erörterung der erkenntniskritischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus beschäftigen, in Buchform gesammelt /Stuttgart, Dietz/. Der Leserkreis, an den das Buch sich wendet, ist bei der Art der behandelten Fragen und der Art der Behandlung, die überall auf letzte prinzipielle Gesichtspunkte des Philosophierens zurückgeht, natürlich ein relativ beschränkter. Ohne eine gewisse Bekanntheit mit dem Standpunkt und den allgemeinsten Ausführungen der Kantischen Vernunftkritik wird man den sehr abstrakten Deduktionen des Verfassers, der, selbst Kantianer, den Marxismus mit Kantischen Fundamenten untermauern möchte, kaum folgen können. Wie er in schwerer Arbeit selbst mit dem Gedanken ringt, verlangt er auch ein gleiches von dem Leser: Geduld und angespannte Teilnahme. Es ist ein großes Wollen und eine Energie des Denkens in dem Buch, die befeuernd anregt, auch da, wo es zum Widerspruch herausfordert.

Seitdem die Präntention, daß die Fortschritte der Einzeldisziplinen, insbesondere der Naturwissenschaften, eine Lösung auch der philosophischen Probleme bringen könnten, ihr Ansehen eingebüßt hat, und Hand in Hand damit die Stützpunkte des Materialismus in die Brüche gingen, verlor das Interesse die Marxsche Gedankenwelt dem Materialismus anzugliedern (ein Interesse, das in der Zeichnung der Marxschen ökonomistischen Geschichtsauffassung als *materialistischer* und namentlich in Engels'



Studie über Feuerbach charakteristischen Ausdruck gefunden hat) mehr und mehr an Boden. Es ist, und zwar gerade auch in der Parteiliteratur, des öftern nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß die Marx'sche Geschichtsauffassung mit ihrer Betonung der entscheidenden Rolle, die das ökonomische Interesse, der durch die ökonomische Struktur bedingte Klassenkampf und die technische Entwicklung in der Geschichte spielen, mit jenem sich ins Metaphysische verlierenden Materialismus, der in Kraft und Stoff den letzten Untergrund alles Seienden erfaßt zu haben glaubt, im Grund nichts zu tun hat, also auch durch Einwürfe, die gegen jene Weltanschauung erhoben werden können, völlig unberührt bleibt. Die »materiellen Verhältnisse«, von denen Marx spricht, sind ja, von den gegebenen geographischen, klimatischen usw. Naturbedingungen abgesehen, samt und sonders selbst erst durch menschlich-gesellschaftliche Aktion (eine durch Zwecksetzung bestimmte, mindestens mitbestimmte Aktion) geschaffene Verhältnisse, die, so geschaffen, nicht nach dem Schema mechanischer Naturgesetzlichkeit sondern (jedenfalls in erster Reihe) nach Gesetzen unserer eigenen geistig-menschlichen, auf gegebene Umstände mit so und so bestimmten Zwecksetzungen reagierenden Natur zu begreifen sind. Es handelt sich da um Zusammenhänge, die ohne irgendwelche metaphysische Spekulation über das allgemeine Grundverhältnis des Geistigen zum Körperlichen sich fassen lassen und verständlich sind.

Das ist auch Adlers Meinung, wie seine, in dieser Rundschau (1908, 1. Band, pag. 64 ff.) besprochene Abhandlung *Das Formalpsychische im historischen Materialismus*, freilich verbrämt mit manchen anderen, weniger einleuchtenden Erwägungen, zeigt. Indessen, das negative Resultat, daß der Marxismus, wie er der Unterstützung durch Hypothesen einer materialistischen Philosophie nicht bedarf, auch keine Argumente für die Richtigkeit des eigentlichen Materialismus liefern kann, also ganz ebenso wie etwa die darwinistische Deszendenztheorie in diesem Sinn philosophisch neutral ist, genügt ihm nicht. Er möchte die Ablösung von dem Materialismus durch den Nachweis ergänzen, daß umgekehrt gerade der Standpunkt der Kantischen Erkenntnistheorie für eine tiefere Erfassung der in der Marx'schen Theorie enthaltenen Grundprobleme unentbehrlich sei; daß die Kantische Analyse des

Bewußtseins Handhaben gebe, durch die der Wissenschaftscharakter des Marxismus, die Besonderheit der soziologischen Kausalerkenntnis gegenüber der naturwissenschaftlichen Kausalerkenntnis allererst mit prinzipieller Klarheit sich fixieren lasse. Von diesem Punkt her will er Marx durch Kant beleuchten, Kantische und Marx'sche Gedankengänge in ein Verhältnis der Synthese bringen. So eigenartig und interessant der Adlersche Versuch ist (man vergleiche insbesondere die in den *Marxstudien* veröffentlichte, in den *Marxistischen Problemen*, wohl nur aus äußeren Gründen, nicht mit abgedruckte Abhandlung *Kausalität und Teleologie*), so wenig läßt sich doch bei näherer Prüfung einsehen, wie dadurch eine größere Klarheit über das Wesen und die Grundbegriffe des Marxismus gewonnen werden soll. Gewiß, ohne menschliches Bewußtsein ist keine spezifisch menschliche Gesellschaft, kein Vergesellschaftetsein der Menschen zu denken. Man kann auch Adler weiter beipflichten, wenn er, im Anschluß an Kantische Untersuchungen, betont, daß alles Urteilen, auch das simpelste, das auf Grund sinnlicher Empfindungen irgendeinen Tatbestand als *wahr* behauptet, in diesem seinem Anspruch auf *Wahrheit* einen Anspruch auf allgemeine Zustimmung (Allgemeingültigkeit) und damit Beziehung auf das Bewußtsein und das Urteilsvermögen anderer, in diesem Sinn also eine *gesellschaftliche Beziehung* in sich schließt. Natürlich, jede menschliche Gesellschaft ist ein Verband von Individuen, die als Träger eines in den Grundelementen artgleichen und in dieser Artgleichheit sich auf einander beziehenden Bewußtseins eine Basis wechselseitiger Verständigung besitzen; natürlich ist die Möglichkeit spezifisch menschlich gesellschaftlichen Aufeinanderwirkens, menschlich-gesellschaftlicher Aktionen durch diese Möglichkeit des Sichverständigens vermittelt. Aber hat es jemals irgendeine Soziologie, eine Geschichtsauffassung gegeben, die bei ihrem Versuch die historisch-sozialen Erscheinungen zu deuten im Ernst vergaß, daß sie dabei die menschliche Natur als eine in ihrer Grundverfassung den Gesellschaftsgliedern gemeinsame, als einen über alle individuellen wie alle Rassen- und Klassenunterschiede hinübergreifenden und durch deren Medium hindurchwirkenden Faktor voraussetzen muß? Alle Soziologen und Geschichtsphilosophen, auch wenn sie es nicht sagen,

verfahren nach dieser Voraussetzung und müssen so verfahren. Wenn dem ganz allgemein so ist, wie soll dann aber eine tiefere Begründung speziell der Marx'schen ökonomistischen Geschichtsauffassung auf diesem Weg gewonnen werden? Gewonnen werden, daß die philosophische Erwägung, daß die menschliche Natur, der Gattungscharakter des menschlichen Geschlechts ein schon im Urteil stets zugleich auf andere sich beziehendes, in diesem Sinn vergesellschaftetes Bewußtsein impliziert?

Ja, selbst der ganz allgemeine Gedanke einer durchgehenden »Eigengesetzlichkeit« der historisch-sozialen Bewegung, worin Adler die tragende Grundidee des Marxismus sieht, erhält durch jene Bewußtseinsanalyse keine im Prinzip neue und bessere Fundamentierung. Denn eben jene »menschliche Natur«, die sich in dem Gesellschaftsleben auswirkt, und in der letzthin doch irgendwie die »Eigengesetzlichkeit« der gesellschaftlichen Bewegung verankert sein muß, umfaßt unendlich mehr als jenes formale Element, auf das Adler stets exemplifiziert. Daß eine soziale Gesetzmäßigkeit bei der Besonderheit der menschlichen Natur eine besondere, von der der äußern Natur verschiedene sein muß, versteht sich ja doch ohnehin von selbst. Die einseitige Hervorhebung jenes einen Moments der menschlichen Natur, daß das individuelle Bewußtsein schon im bloßen Urteilsakt eine (ideelle) Beziehung auf andere Individuen impliziert, erscheint, von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, durchaus willkürlich, schiebt an die Stelle des Ganzen der menschlichen Natur einen Teil von ihr, mit dem sich isoliert für Zwecke soziologischer Erklärung so wenig wie mit irgendeinem andern ihrer isolierten Momente etwas anfangen läßt.

Viel näher läge es, wenn man Marx'sche und Kantische Gedanken in Beziehung setzen will, Kants *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* heranzuziehen. In dieser genialen, mehrere Jahre vor der französischen Revolution geschriebenen Skizze, auf die in der Besprechung der Adlerschen Festschrift *Marx als Denker* in dieser Rundschau (1908, 3. Band, pag. 1625 ff.) gleichfalls schon hingewiesen wurde, ist der Gedanke einer sozialen Eigengesetzlichkeit, wenn auch natürlich noch nicht mit ökonomischer Begründung, bereits in klarer Weise formuliert. Kant faßt da die Entwicklung der Rechtsordnung und des Staatenverhältnisses als Resul-

tante menschlicher Aktionen auf, die, ohne irgendwie bewußt planmäßig den Fortschritt anzustreben, einfach durch egoistischen antagonistische Interessen geleitet (ein frappanter Parallelismus zu Marx' *Klassenkämpfen*) im großen Gang der Geschichte aufsteigend zu relativ vollkommeneren gesellschaftlichen Bildungen, schließlich zu einer allgemein das Recht verwaltenden, die freie Entfaltung aller ihrer Glieder ermöglichenden bürgerlichen Ordnung führen. Gar manche der Wendungen und Perspektiven, durch die Hegels Geschichtsphilosophie auf Marx befruchtend wirkte, trifft man bereits in diesem kleinen nebenher entworfenen Versuch an, der überdies im Gegensatz zu Hegel den Geist einer durchaus realistischen, unideologischen Denkart atmet. Die Überzeugung von einer am Ende doch vernünftigen Zielstrebigkeit der durch den Druck von streitenden Interessen vorangetriebenen Geschichte schlägt eine Brücke zwischen Kants und Marx' Geschichtsbetrachtung. Beide sehen die historische Bewegung als ein kausal notwendiges Geschehen an, das, zu immer höheren Stufen ansteigend, schließlich auch die Vorbedingungen für die Realisierung einer wirklich menschenwürdigen Gesellschaftsordnung aus sich erzeugt.

Mit dem spezifischen Grundcharakter der Kantischen Ethik, die in ihrer Lehre vom kategorischen Imperativ die selbstverständliche Beziehung alles Sollens zu einem irgendwie eudämonistisch-utilitarisch interessierten Wollen leugnen möchte, in den natürlichen Triebfedern des moralischen Wollens, von denen losgelöst es nicht bestehen könnte, eine Verunreinigung dieses Wollens sieht, hat aber diese Kantische, der Marx'schen in gewissem Sinn verwandte Geschichtsauffassung grundsätzlich nichts zu tun. Sie ist vollständig unabhängig davon, ja steht in ihrem konsequenten Naturalismus zu jener moralischen Metaphysik, jener Verabsolutierung des Sollens, auf die Kants Ethik lossteuert, in scharf geprägtem Gegensatz. Und wenn Adler in den Aufsätzen seines Buchs, die das Thema *Ethik und Wissenschaft* und *Marxismus und Ethik* behandeln, ganz allgemein von der eminenten Bedeutung redet, die die Kantische Moralphilosophie kraft ihrer allgemeinsten Grundgedanken für die »Herausarbeitung und Fortentwicklung des Marxismus« habe, so schießt er damit, scheint mir, weit übers Ziel hinaus. Was zur Begründung angeführt wird, daß die Kantische Ethik

uns »den Begriff der ethischen Richtungsbestimmtheit erfassen lehren«, ist doch kein Merkmal, durch das sie sich von anderen Moralphilosophieen unterscheiden. Entscheidend ist der Standpunkt, von dem aus die Linien jener ethischen Richtungsbestimmtheit gezogen werden. Adler hätte also zeigen müssen, was denn das eigentlich zentrale Charakteristikum der Kantischen Ethik, eben ihr »kategorischer Imperativ« in dieser Hinsicht leistet, er hätte zeigen müssen, daß ohne dieses Prinzip ein Verständnis der ethischen Philogene überhaupt unmöglich sei. Ehe das geschehen, fehlt der Prognose, daß der Marxismus, der in seiner Auffassung der Geschichte als einer aufwärtsführenden, was die Zukunft anlangt, natürlich doch auch eine wertende, keine ethisch-neutrale Denkweise ist, von den spezifischen Grundtendenzen Kantischer Ethik Befruchtung zu erwarten habe, die Begründung. Das etwa wären die Einwände, die sich der Art und Weise gegenüber, wie Adler eine Allianz von Kantianismus und Marxismus anzubahnen sucht, nicht unterdrücken lassen. Vortrefflich, direkte positive Förderung bietend sind die Abschnitte des Buches, die von der sogenannten *Dialektik* bei Hegel und bei Marx handeln. Wird mit der Hegelschen metaphysischen Ideologie, nach der der sich selbst entwickelnde Begriff die schöpferische Kraft, der »Demiurg des Wirklichen« ist, konsequent gebrochen, dann verliert (hierin sehe ich Zielpunkt und Quintessenz der Adlerschen Kritik) die Auffassung des Weltgeschehens und der Geschichte als eines »dialektischen Prozesses« jeden angebbaren Sinn. Wird an dem Wort *dialektische Methode* dann noch festgehalten, so kann dieses nur noch zur Bezeichnung von Methoden unseres logischen Denkens dienen: von Methoden, die, näher zusehen, bei jedem Versuch zu einer systematisch geordneten, in sich zusammenhängenden Einsicht vorzudringen mehr oder weniger bewußt zur Anwendung gelangen. Von irgendeinem Wesensunterschied logischen und dialektischen Denkens oder gar, wie Hegel sagt, einem immanenten Widerspruch der Dialektik mit der Logik kann dann nicht mehr die Rede sein. Adler freilich bemüht sich im Anschluß an gewisse Wendungen von Marx und Engels das dialektische Denken als eine Ergänzung des logischen, also insofern doch von diesem unterschiedenes, darzustellen. Aber das gelingt ihm nur durch eine willkürliche Einengung des Begriffs der *Logik*. In-

dem er nämlich das logische Denken charakterisiert »als das Denken in Begriffen, das die Totalität des Erfahrungserlebnisses in lauter Teile und Diskontinuitäten auflöst«. Als ob die Methodenlehre der Logik es nur mit der ein Ganzes in Teile zergliedernden Analyse und nicht ganz ebenso mit der rekonstruierenden Synthese der durch Analyse gewonnenen Momente zum Ganzen zu tun hätte. Oder als ob die logische Methodenlehre nur die begrifflich systematische Klassifikation der neben einander bestehenden Dinge und Erscheinungen und nicht ebenso auch deren Wandlungen, Entstehen und Vergehen in Betracht zöge. Nur so, auf Grund dieser zwiefachen, im Grund willkürlichen Abgrenzung des Logischen, kann Adler diesem ein ergänzendes und weiterführendes Denken unter dem Namen der *Dialektik* zur Seite stellen, »das die Schranken des bloß begriffsmäßigen Denkens durchbricht ... das bruchstückhafte mehr oder weniger gewaltsam abgegrenzte logische Denken wieder einzuordnen strebt in jenen Fluß einer ungeteilten Erfahrung. Es heißt dann weiter, »die beziehentliche Gegenüberstellung im Denken«, die beispielsweise zu der Erkenntnis führt, daß der Begriff der *Identität* unabtrennbar das Denken seines Gegenteils, des Unterschieds, einschließt, sei die Funktion der Dialektik. Wenn es auch eins der großen Verdienste der Hegelschen Philosophie war im Rahmen ihrer metaphysisch pointierten *Dialektik* mit wunderbar geschärftem Spürsinn auf die überall sich manifestierende Grundnatur des menschlichen Denkens als eines sich in lauter Reflex- oder Beziehungsbegriffen bewegenden hinzuweisen, so motiviert das doch gewiß noch nicht die Beibehaltung des Hegelschen Taufnamens *Dialektik* für dies in jedem logischen Denken schon enthaltene, zu ihm gehörende Moment. Das Schillernde des Namens kann leicht irreführen. Auch haben die neueren Darstellungen der Logik, zum Beispiel Sigwarts 1873 herausgegebenes Hauptwerk, jenen Gesichtspunkt ohne weiteres rezipieren und ihrem System einverleiben können. »Wir treffen«, so drückt Sigwart jenes Grundverhältnis einmal aus, »bei einer Analyse der letzten Elemente unseres Denkens niemals auf sozusagen isolierte Buchstaben sondern überall auf einen Komplex unter sich zusammenhängender und sich gegenseitig bedingender Funktionen; ... die Grundbegriffe der Einheit, Identität, der Unterschiedenheit des Etwas sind nur in wechselseitiger Be-

ziehung auf einander denkbar und lassen sich ohne das Denken dieser Beziehungen überhaupt nicht mehr vollziehen.«

Auch die sogenannte *dialektische Methode* im *Kapital* stellt sich als eine logische Methode, ein logisches Verfahren dar, das, von einer allgemeinsten einfachsten Grundbestimmung der modernen Volkswirtschaft ausgehend (der Bestimmung, daß die Produktion hier durchgängig als Warenproduktion betrieben wird) in systematischem, natürlich an der Hand des empirisch Gegebenen zu kontrollierendem Fortgang das allgemeine Schema dieser Volkswirtschaft und ihrer Gesetze zu entwickeln sucht. Jede Bestimmung steht im System zu anderen in Beziehung, hat andere zu ihrem notwendigen Korrelat. Daneben geht, in diese Darstellung hineinverwoben, die historisch-genetische Betrachtung der Art und Weise, wie jene Form des wirtschaftlichen Prozesses aus früheren Formen sich herausgebildet hat.

Von den näheren Ausführungen zum Thema *Dialektik* dürften vor allem die beiden Abschnitte *Dialektik der Bewegung* und *Dialektik des Werdens* interessieren, in denen Adler gegen Plechanow, der aber schließlich doch nur Engelssche Gedanken wiederholt, polemisiert.

Zum Schluß sei insbesondere auf die bisher noch unveröffentlichte 7. und 8. Abhandlung hingewiesen, die auf der breiten Basis einer prinzipiellen Auseinandersetzung an Stammers vielgenanntem, merkwürdig überschätztem Werk *Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung* bei aller Höflichkeit sachlich vernichtende Kritik üben. Vielleicht ist es dem Buch beschieden (was sehr zu wünschen wäre) Sinn und Interesse für philosophisches Denken da und dort in Kreisen der Parteigenossen anregend zu beleben.

× **Kurze Chronik** Als 3. Bändchen der von Professor Jastrow herausgegebenen *Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat* / Berlin, G. Reimer/ erschien eine Auswahl aus Adam Smith' grundlegendem Werk über den Volkswohlstand. Die Wiedergabe beschränkt sich auf die beiden ersten, theoretisch wichtigsten Bücher des Originals, in Stirnerscher Übersetzung. Als Anhang sind Partien aus Stewards Smithbiographie und einige Ergänzungen hinzugefügt. Der Auszug ist dringend zu empfehlen, um so mehr

als Smith heute meist nur noch dem Namen nach bekannt ist. Er bietet eine bessere Einführung ins Wesen ökonomischer Wissenschaft als ein Dutzend heute landläufiger Lehrbücher. × Ein umfangreiches, warm und gewandt geschriebenes Buch *Ideal und Geschäft* von Benno Jaroslaw / Jena, Diederichs/ will jungen Kaufleuten ihren Beruf in »ethischer« Beleuchtung zeigen. Freilich, der Kontrast der vorgetragenen guten Lehren zur ökonomischen Wirklichkeit streift hier und da nah an das Komische. Zum Beispiel liest man: »Kaufmannspflicht gebietet kategorisch und unbedingt: Du sollst deinem Kontrahenten die Wahrheit, nichts als die Wahrheit und die ganze Wahrheit sagen, alles, was du zur Sache weißt und was zur Sache gehört.« Wäre es ernst gemeint, so hieße das vom Kaufmann unter anderm fordern, er solle überhaupt nicht mehr ein Spekulant sein.

× **Literatur** Im *Volksvereinsverlag* zu München-Gladbach erschien eine Broschüre *Beiträge zur Würdigung der Akkordlohnmethode im rheinisch-westfälischen Maschinenbau* von Dr. August Loehr, die eine Fülle instruktiven Materials enthält. Der Verfasser, Leiter eines vorwiegend aus Arbeitern der Metallindustrie bestehenden Vereins, hatte Gelegenheit seine eigenen Eindrücke vielfach durch Umfragen und Gespräche mit Arbeitern zu ergänzen. Im übrigen stützt sich die Darstellung auf fleißige Benutzung der einschlägigen Literatur. Neben Dora Landés *Arbeits- und Lohnverhältnissen der Berliner Maschinenindustrie* zu Beginn des 20. Jahrhunderts im 34. Band der *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* und Jeidels *Entlohnungsmethoden in der Industrie Rheinlands und Westfalens* / Berlin, Simion/ bilden die unmittelbar aus Arbeiterkreisen stammenden Korrespondenzen der *Metallarbeiterzeitung* die Hauptquelle. Die Untersuchung, die in erster Reihe ein Bild der psychischen und physiologischen Folgeerscheinungen der Akkordarbeit zu geben bemüht ist, verrät in keinem Zug Voreingenommenheit. Die verschiedenartigsten Äußerungen und Standpunkte kommen in der Schilderung zu Wort. Um so gewichtiger fällt es in die Wagschale, daß der Verfasser überwiegend von herabdrückenden, von psychisch und physisch zerrüttenden Wirkungen des Lohnsystems berichten muß. Wenn der Akkordarbeiter mehr als der im Taglohn

beschäftigte verdient und gleichzeitig ein größeres Interesse an der Arbeit selbst gewinnt, so wird er durch die *Regulierungen*, das heißt Herabsetzungen der Akkordsätze, die gang und gäbe sind und nur zum Teil technisch motiviert erscheinen, zu immer ruinöserer Überhastung angetrieben. Die Abhängigkeit vom Werkmeister respektive den Kalkulatoren, die den Voranschlag berechnen, wird immer drückender. Die Eigenart der rheinisch-westfälischen Maschinenindustrie, in der die Spezialisierung noch wenig vorgeschritten ist, die Produktionsmethoden in raschem Fluß wechseln, setzt dem Abschluß allgemeiner Tarifverträge, die Schutz gewähren könnten, die denkbar größten Hemmungen entgegen. Desto dringender, so resümiert der Autor, ist das Verlangen, daß in den einzelnen Betrieben die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in Akkordfragen, in denen der Unternehmer durch seine angestellten Organe bisher rein autoritär entschied, erhalten. × Von Werner Sombarts ausgezeichnetem Werk *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, das in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, ist bereits das 9. bis 16. Tausend der Volksausgabe im Bondischen Verlag in Berlin herausgekommen. × Professor Ferd. Tönnies' bei aller Knappheit trefflich orientierendes Schriftchen *Die Entwicklung der sozialen Frage in der Sammlung Göschen* liegt in 2. Auflage vor.

## KUNST

### Musik / Erich Falkmann

**Oper** Eine Übersicht über die Opernnovitäten des letzten Winters hat keine erfreulichen Ergebnisse. Tondramatische Genies fehlen mehr als je. Die materiellen Schwierigkeiten, mit denen die Theater zu kämpfen haben, der sich von der ersten Oper immer mehr der Operette und Posse zuwendende Geschmack des breiten Publikums, die ständig wachsenden Ansprüche der Komponisten an Ausstattung, Orchesterbesetzung und Gesangsleistungen nehmen den Direktoren den Mut es mit jungen Talenten zu versuchen. So sind die Resultate an den deutschen Theatern sehr dürftig. Etwas mehr Wagemut finden wir an den ausländischen Bühnen, besonders in Frankreich. Dazu kommt, daß die anerkannten Größen unter den Opernkomponisten mit ihren letzten Werken versagt haben. Richard Strauß' *Ariadne* ist nach einigen Pflichtaufführungen aus

dem Repertoire verschwunden. Der junge Wiener Franz Schreker, auf dessen Entwicklung nach seinem meisterlichen Erstlingswerk *Der ferne Klang* die größten Hoffnungen gesetzt wurden, hat mit seiner zweiten Oper *Das Spielwerk und die Prinzessin* ein phantastisch-bizarres, bühnenunmögliches Stück geschrieben. Um Mascagnis dramatische Legende *Isabeau* hat sich die *Volksoper* in Wien ohne Erfolg bemüht. Charpentier hat seiner frischen echt pariserischen, bis heute auch in Deutschland lebendig bleibenden *Louise* nach 13jährigem Schweigen eine Art mystisch-symbolischer Fortsetzung gegeben, *Julien*. Sie bringt in einer Reihe lose zusammenhängender Bilder die Erlebnisse eines Künstlers in realer irdischer Umgebung und in phantastischen Gefilden voller Visionen der Schönheit auf die Bühne. Diese Vermischung von Naturalismus und Märchenspiel vermag wenigstens zu interessieren, die Musik bleibt aber auf dem in *Louise* erreichten Standpunkt und basiert schon äußerlich thematisch zum großen Teil auf früheren Werken Charpentiers. Zu einem Kassensstück hat sich dagegen Massenets nachgelassene Oper *Panurge* gestaltet. Eine dem Rabelais entnommene derb-komische Handlung ist mit einer heitern, wirkungsvollen, dem Bedürfnis des Publikums nach faßlichen Melodien gefällig entgegenkommenden Musik umkleidet.

Unter den Novitäten der als Opernkomponisten weniger bekannten Namen steht weitaus am höchsten Otto Neitzels *Barbarina*, die gründliche Umarbeitung eines vor 9 Jahren geschaffenen Werkes. Es spielt zur Zeit Friedrichs des Großen und behandelt eine Episode aus dem Leben der Berliner Tänzerin Barbarina. Die Musik hält sich in der Mitte zwischen dem modernen dramatischen Stil und der älteren Oper. Geschlossene Chöre, unter denen der venezianische Prozessionsgesang durch die Schönheit seiner melodischen Linie auffällt, geschickt eingefügte Ballettsätze, Instrumentalepisoden im Stil der friderizianischen Zeit, imposant gesteigerte Ensembles wechseln mit frei untermalten lyrischen Stellen und charakterisierenden, sich dem Wechsel der heiteren oder erregten Situationen anschmiegender Partien. Die Tonsprache steht dem Stil der *Meistersinger* am nächsten, nicht ohne Anklänge an Schumannsche Lyrismen. Zwei Opern erhielten durch Aufführungen im Weimarer Hoftheater gelegent-

lich des Jenaer Musikfestes eine besondere Auszeichnung, deren sie sich aber weder durch musikalische Qualitäten noch durch großen äußern Erfolg würdig zeigten. Pierre Maurice Lanval hatte schon im Januar seine erste Weimarer Aufführung erfahren. Es ist die blutlose Dramatisierung eines Stoffes aus dem König Artus-Sagenkreis, dessen Komposition zwar den romantischen Grundton des Mythos einheitlich festhält, aber bis zur Einförmigkeit des dramatischen Zuges und starker melodischer Einfälle entbehrt. Eine Stufe höher steht die andere Festspieloper, *Des Teutels Pergament* von Alfred Schattmann, ein Versuch die komische Oper auf dem Weg des *Rosenkavaliers* weiterzubilden und einen neuen melodisch-deklamatorischen Konversationsstil zu schaffen. Mangelnde Eindringlichkeit der Charakterisierung, kurzatmige, zerrissene Thematik, die es zu keinem ruhigen Fluß bringt, haben aber das Experiment nicht gelingen lassen. Ein Akt der Pietät, dem die Resonanz bei einem größeren Publikum schon der ernsten und tiefsinnigen, auch den Artussagen entnommenen Dichtung wegen fehlen mußte, war die Uraufführung von Felix Draeseke's *Merlin* in Gotha. Die Musik verleugnet nie den feinsinnigen vornehmen Musiker und den meisterhaften Kontrapunktiker, der aber auch Steigerungen zu wirkungsvollen Höhepunkten zu führen versteht. Eine hübsch klingende, graziöse, aber harmlose Musik hat Ernst von Dohnanyi zu einem singenspielartigen Einakter *Tante Simona* geschrieben, während Friedrich Weigmann in einer heitern Oper *Der Klarinettenmacher*, die den Erfinder der Klarinette Christoph Denner zum Helden hat, die Fähigkeit zu melodischer Erfindung und fortreißendem Temperament bewiesen hat. Auf den Bahnen Wagners wandelt Woiakowsky-Biedau, dessen Oper *Das Nothemd* mittelalterliche volkstümliche Landsknechtlieder eingefügt sind. In eine ungezwungene, musikalisch gehaltvolle, aber ziemlich unpersönliche Musik hat Ewald Giehl das musikalische Lustspiel *Der Liebeskrug* getaucht. Schon viel technisches Geschick verrät die einkaktige Oper *Zuleima* des 18jährigen Heinrich Bienstock, deren Uraufführung am Karlsruher Hoftheater stattgefunden hat. Alfred Kaiser hat in dem gleichen melodiosen italienisch süßlichen Stil, dem seine *Stella maris* ihre Verbreitung verdankt, das

Leben Theodor Körners auf ein eigenes Libretto zu einer Oper gestaltet. In schroffem Gegensatz dazu bewegt sich *Der Heilige* Max Wolffs, dessen gleichfalls vom Komponisten geschriebener Text auf asiatischen Legenden beruht, in den modernsten ausgeklügelten und gesuchten Tonregionen.

Unter den französischen Komponisten ist Henry Février, dessen frühere Oper *Monna Vanna* zu gleicher Zeit in Breslau als Novität herauskam, mit seinem neuesten Werk *Carmoisine* in Paris in die Öffentlichkeit getreten. Beide Opern bewegen sich in der Saint-Saens-Massenetschen Atmosphäre. Xaver Leroux hat den Georges Rodenbachschen Roman *Le Carillonneur* zu einem dramatisch wirkungsvollen und ergreifenden Musikdrama gestaltet, und dem feinen Klangsinn Camille Erlangers ist in *La Socière* ein packendes Charakterbild einer maurischen schönen und verführerischen Hexe gelungen. Fauré hat sich in der lyrischen Oper *Pénélope* nur zu polyphoner Arbeit, nicht aber zu melodischer Empfindung inspirieren zu lassen vermocht. André Gaillards Märchenoper *Le Sortilège* hält sich von allen modernen Übertreibungen fern und hat einige fließende, gut instrumentierte thematische Einfälle.

× **Musikfeste** ×  
 Aus der Fülle der sommerlichen Musikfeste heben sich 2 dadurch hervor, daß sie ihr Programm fast ausschließlich aus neuen Werken zusammensetzten, um so jungen und unbekanntem Talenten, die im gewöhnlichen geschäftsmäßigen Konzertleben keinen Raum finden, den Weg zu ebnen. Keine anerkannten Meisterwerke sollen zur Aufführung kommen, sondern es soll, wenn auch kein Überblick, so doch ein Ausschnitt aus der zeitgenössischen Produktion gegeben werden. Naturgemäß ist bei solchen Experimenten die Ausbeute an musikalischen Werten gering; aber die Feste in Jena und Sankt Gallen beweisen doch, daß in der jüngsten Generation viel tüchtiges Können, ernster Eifer und Streben zu neuen Zielen zu finden ist. Nur wenige Werke verdienen eine besondere Erwähnung. Das vom *Allgemeinen deutschen Musikverein* in Jena veranstaltete Tonkünstlerfest bot an bemerkenswerten Orchesterstücken eine bezaubernd anmutige Stimmungsmalerei von Frédéric Delius *In a Summer-Garden*, eine schwungvoll enthusiastische Tondichtung Karl Ehrenbergs *Jugend* und eine sehr neuartige,

aber organisch aufgebaute *Musik für Orchester* von Rudi Stephan. Unter den Chorkompositionen fand Regers wuchtiger, elementare Größe der Linie atmen-der *Römischer Triumphgesang* stürmischen Beifall. Eindringliche Leidenschaft des Ausdrucks zeigte Kurt von Wolfurt in dem *Siegeslied der Juden nach Durchschreitung des Roten Meeres*. Voll vornehmen musikalischen Inhalts ist der *Hyperion* von Wetz, ein Werk, das sich in natürlichem melodischen Fluß bewegt und von allem übertrieben Bizarren fernhält. Ein raffiniert instrumentiertes, effektvolles Klavierkonzert hat Bernhard Stavenhagen geschrieben. Von der Kammermusik zeichnete sich ein Streichquartett von Friedrich Klose durch Gehalt, Klangschönheit, logische Gliederung und formales Können vor allen anderen aus, während Hermann Zilcher einen Zyklus Dehmelscher Lieder fesselnd und mit starkem Fühlen vertonte hatte.

Die gleiche Propaganda für junge Talente und unbekannt Namen, unter denen die nationalen Komponisten im Vordergrund standen, hatte sich das 14. schweizerische Tonkünstlerfest in Sankt Gallen zum Ziel gesetzt. Von der Quantität des Gebotenen sind als die qualitativ besten und interessantesten Werke zu nennen: eine sehr polyphone Suite in E-Dur von Frank Martin, Hans Hubers frische, melodisch hübsch erfundene Symphonie in A-Dur, eine symphonische Phantasie des als einer der begabtesten der jungen schweizerischen Komponisten gefeierten Robert Denzler und 2 ausdrucksreiche Gesänge des auch in Jena erfolgreichen Karl Ehrenberg aus den *Hymnes pour toi*.

Das 89. niederrheinische Musikfest im Kölner Opernhaus brachte an 3 Abenden eine Reihe bekannter Meisterwerke zur Aufführung. Den Höhepunkt des 1. Konzerts bildete die große 8. Symphonie Mahlers, das 2. war ein Beethovenabend mit der 9. Symphonie, das 3. war Brahms und Wagner gewidmet. Fritz Steinbachs straffe temperamentvolle Leitung erzielte stürmische Ovationen.

Ebenfalls unter der Direktion Steinbachs stand das 18. schlesische Musikfest in Görlitz, das in 3 Konzerten mit der Berliner königlichen Kapelle neben klassischen Werken die 2. Symphonie Mahlers, ein sehr kompliziertes Klavierkonzert von Glasunow und eine Tondichtung für Orchester und Chor von Wolf-Ferrari, *La vita nuova*, zur Aufführung brachte.

Das Programm des 4. elsass-lothringischen Musikfestes umfaßte 2 Abende mit deutschen und einen mit französischen Kompositionen. In die Leitung der deutschen Werke teilten sich Max Reger mit seinen Hillervariationen und der 3. Brahms-symphonie und Hans Pfitzner mit der *Éroica*, während d'Indy die meist der neuesten Zeit entstammenden französischen Stücke dirigierte, unter denen sein eigenes farbenreiches Stimmungsbild *Jour d'été à la montagne* besonders Beifall fand.

Durch mustergültige Darbietungen von Händels *Israel in Ägypten* in der Chrysanderschen Ausgabe und 5 Bachscher Kantaten zeichnete sich die diesjährige Musikfeier der von der *Mainzer Liedertafel* begründeten Kaiserin-Friedrich-Stiftung aus.

Ausschließlich lebenden schwedischen Komponisten waren 5 Festvorstellungen im Stuttgarter Hoftheater gewidmet. Ganz in Wagners Geist ist die lyrisch feine empfundene, aber des dramatischen Zuges entbehrende Oper *Der Schatz des Waldemar* von Andreas Hallen geschaffen. Von Orchesterwerken errangen eine Symphonie von Kurt Atterberg und die schwungvolle E-Dur-Symphonie von Alpen stürmischen Beifall. Gesänge und Chorwerke mit Orchester von Stenhammer, Ture Rongstroin und Nathanael Berg bewiesen, auf was für einem hohen Niveau die moderne schwedische Musik steht. Unter den Kammermusikwerken ragten Lieder und eine Violinsonate von Erme Sjögren an Melodiefülle und harmonischer Schönheit hervor. Schwedische Gäste und die einheimischen Kräfte, vor allem Kapellmeister Max von Schillings, sorgten für ausgezeichnete Aufführungen. Kurz vorher hatte die deutsche Musik in Gothenburg in einer 6tägigen Wagner-Beethoven-Feier Triumphe errungen.

Zu einer Kette von 4 Musikzyklen hat es der diesjährige Festsommer in Berlin gebracht. Die Zwischenglieder zwischen der Bach-Beethoven-Brahms-Woche und der Demonstration des Musikerverbandes bildeten 2 Konzerte in der königlichen Hochschule, in der nur Kompositionen von zeitgenössischen Mitgliedern der Berliner Akademie zur Aufführung kamen, und eine Beethovenfeier unter der virtuos, aber zu wenig feinfühlig, Leitung Mengelbergs.

×  
Neuaufführungen

×  
In den letzten Jahren ist es mehr und mehr in Aufnahme gekommen wertvolle alte Musik durch stilgerechte Auf-

führungen der Vergessenheit zu entreißen. Es ist das kein schlechtes Unternehmen. Es bereichert das Musikleben um eine originelle Nuance, gibt den meist auf die neuere Musik beschränkten Kenntnissen weiterer Kreise die historische Perspektive und gewährt zugleich einen subtilen Kunstgenuß.

Im Berliner Konzertsaal war es der Dirigent Sam Franko, der im letzten Winter in 2 historischen Orchesterkonzerten den Zuhörer von Stradella und Marcello über das Händel'sche *Concerto grosso* hinaufführte zu Johann Stamitz, dem wichtigsten Vorläufer der klassischen Wiener Symphonie, dessen Bedeutung für den Stil und die Entwicklung der modernen Instrumentalmusik erst in den letzten Jahren erforscht worden ist.

Auf dem Gebiet der Oper ist Rouché, der Direktor des Pariser *Théâtre des Arts* mit der Aufführung von Werken aus den Jahren 1640 bis 1760 vorangegangen. So brachte er Monteverdi's *L'incoronazione di Poppea*, Rameau's Ballette *Pygmalion* und *Die Betreibung Renauds* und Monsigny's komische Oper *Les aveux indiscrets*. Der *Philharmonische Verein* in Mainz folgte mit Pergolesis auf dem Gebiet der *opera buffa* seinerzeit bahnbrechenden Oper *La serva padrona*.

Das Verdienst ein Meisterwerk aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts, Monteverdi's *Orfeo*, zum Leben erweckt zu haben gebührt Hans Erdmann-Guckel, der ihn mit einem eigenen Ensemble im Breslauer Stadttheater zur ersten szenischen Darstellung seit 300 Jahren und zugleich zur deutschen Uraufführung brachte. Die Oper hatte ihre historische Bedeutung darin, daß sie den monodischen Stil des florentinischen *dramma per musica* durch Einführung eines empfindungsvollen Melos zur neuen Opernform hinüberleitete, die gleichförmigen Rezitative durch Wahrheit des Ausdrucks vertiefte und die bis dahin dürftige Begleitung reicher ausgestaltete und durch Einfügung selbständiger, die Situation ausdeutender Instrumentalsätze belebte. Die sehr gelungene Aufführung hielt sich im historischen Rahmen, den nur die Instrumentation, die sich statt der alten, bei Monteverdi schon charakterisierend verwandten Instrumente moderner bedienen mußte, überschritt. Der Erfolg bewies, daß die schlichte und kraftvolle Tonsprache über das historische Interesse hinaus die Wirkung auf unbefangene Zuhörer zu sichern vermag.

Fast 200 Jahre später fällt die Entdeckung einer Oper, die in Berlin wieder ausgegraben wurde: des *Barbiers von Sevilla* von Paisiello, eines Vorläufers und Rivalen Rossinis. In Betracht des Ansehens, das der ältere Meister genoß, galt es damals als ein tollkühnes Unterfangen, als Rossini den gleichen Stoff komponieren wollte. Es gelang auch den Intrigen Paisiello's das Werk Rossini's bei seiner ersten Aufführung in Rom zu Fall zu bringen; es überdauerte aber diesen Mißerfolg, während Paisiello heute vergessen ist. Eine Nebeneinanderstellung der beiden Opern gibt der Musikgeschichte recht. Ziemlich monotone Rezitative füllen ganze Strecken bei Paisiello, vergebens suchen wir Rossini's Grazie und Esprit; die Phantasie bleibt im Handwerksmäßigen stecken, und in den beiden Werken gemeinsamen Szenen vermischen wir die starke originelle Persönlichkeit des Jüngern. Wohl aber vermögen wir noch an mancher hübschen, flüssigen Melodie, an verschiedenen humoristischen Buffonummern Gefallen zu finden, besonders wenn ein so einzigartiger Künstler wie d'Andrade den Figaro mit aller ihm zu Gebot stehenden Gewandtheit und Beweglichkeit ausstattet und der Figur so zu einem Leben verhilft, das ihr der Komponist nicht einhauchen konnte. Bearbeiter Richard Falk trug für die Wahrung historischer Treue Sorge und als Dirigent für schwungvolle Tempi.

×  
**Organisation** Der die Orchestermusiker Deutschlands zu einer starken Organisation für den Kampf um die soziale, wirtschaftliche und künstlerische Hebung vereinigende *Allgemeine deutsche Musikerverband* hielt nach 40jährigem Bestehen seine 25. Delegiertenversammlung in Berlin ab. Die Haupttätigkeit des Verbandes richtet sich gegen die drückende Konkurrenz der Militärorchester; eine einstimmig angenommene Resolution resümierte die Forderungen der Einschränkung des gewerblichen Musizierens der Militärkapellen sowie des Verbots des Uniformtragens beim Konzertieren. Ein weiterer Punkt des Programms war der Sorge um den Nachwuchs gewidmet: Es soll auf Beseitigung der Lehrlingszuchterei in den Stadtpfeifereien, auf gesetzliche Festlegung von sanitären Schutzvorschriften und Bestimmungen über Nacharbeit hingewirkt werden. Einen Erfolg des Verbandes bedeutet es, daß im Reichstheatergesetz von den Personen



der Ausbildenden und den Inhabern von Musiklehren sowohl materielle und moralische als auch künstlerische Befähigung verlangt werden soll. Ferner wurde auf die besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen der Ensemblesmusiker hingewiesen. Weiteren Wünschen der Orchestermusiker verlieh die Generalversammlung des *Deutschen Orchesterbundes*, einer Interessengemeinschaft innerhalb des Verbandes, Ausdruck: der Einführung von Ruhetagen und von Frackgeld, der Ersetzung des sehr häufig unlesbaren und fehlerhaften Notenmaterials durch einwandfreies und der Aufbesserung der Gehälter, die sich auch nach den in den letzten Jahren vorgenommenen Erhöhungen vorzugsweise noch zwischen 2000 bis 3000 Mark bewegen.

Vor allem betrachtet es der Musikerverband als seine Aufgabe die Allgemeinheit für seine Bestrebungen zu interessieren. Der Bericht des Präsidenten Cords hob als erfreulich hervor, daß heute fast alle Parteien des Reichstags den Wünschen des Verbandes ein geneigtes Entgegenkommen zeigten. Um die Einigkeit ihrer Gesinnung, die Stärke ihrer Organisation und zugleich die Fortschritte der künstlerischen Leistungen zu demonstrieren, haben sich 1500 Orchestermusiker aus allen deutschen Hof- und Stadtorchestern zu gemeinsamem Wirken vereinigt. Dieses ganz eigenartige gigantische Musikfest bedeutete eine imposante Kundgebung und eine großartig gelungene Kraftprobe des Verbandes. In 7 verschiedene Orchester, jedes mit über 200 Mitwirkenden, eingeteilt, gaben die Musiker einen Beweis für die beispiellose Entwicklung der Orchestertechnik in den letzten Jahrzehnten, für die gesteigerte Kultur des Instrumentalklangs wie auch für die Hebung des geistigen Niveaus des einzelnen. Das Programm bildete eine Auslese aus den Werken der bedeutendsten deutschen Komponisten von Bach bis auf die neueste Zeit. Der Subtilität und Durchsichtigkeit der klassischen Musik war die Riesenbesetzung wenig günstig, zumal nicht genug Proben zur Herausarbeitung der dynamischen Nuancen zur Verfügung gestanden hatten. Der 1. Symphonie des Brahms dagegen kam die prächtige Leuchtkraft der Streicher, Werken wie den äußerlich glanzvollen Tondichtungen Liszts oder dem Hausöggerschen *Barbarossa* die überwältigende Klangfülle der Bläser sehr zu statten. Weniger glücklich war die Auswahl der Dirigenten. Die tiefste Wir-

kung übte Steinbachs großzügige Beherrschung des Stoffes und Peter Raabes feuriges Temperament aus. Im ganzen hat sich aber gezeigt, eine wie große Anzahl tüchtiger, frischer und selbständig empfindender Dirigenten Deutschland besitzt, denen die geistige Durchdringung des Stoffes höher als die äußere Wirkung steht.

×

**Kurze Chronik** In München starb die als Pianistin und Komponistin von Opern, Klavierstücken und Liedern bekannte Ingeborg von Bronsart, geborene Stark, die Gattin des frühern Weimarer Hoftheaterintendanten Bronsart von Schellendorf. × Im Berliner Königlichen Opernhaus fand eine Neueinstudierung des *Ringes des Nibelungen* mit einer stimmungsvollen Aufführung der *Götterdämmerung* ihren Abschluß. Die Jacques-Dalcrozeschen Schulfestspiele in Hellerau hatten ihren Höhepunkt in einer Aufführung des Gluckschen *Orpheus*, in der namentlich die künstlerische Ausarbeitung der Ballette eindringliche Wirkung ausübte. Der bekannte, wegen seiner vorzüglichen Akustik berühmte Bösendorfer Konzertsaal in Wien ist geschlossen worden. Als Ersatz wird im Herbst das neu erbaute *Konzerthaus*, das über 3 verschieden große Säle verfügt, seiner Bestimmung übergeben werden. Bei dem Eröffnungskonzert soll die neueste Composition von Richard Strauß, *Festliches Präludium* für großes Orchester und Orgel, seine Uraufführung erleben. In der 9. Generalversammlung des *Verbandes der deutschen Musiklehrerinnen* in Posen konnte über günstige Erfolge der Stellenvermittlung berichtet werden und über die Errichtung von Auskunftsstellen, die der Zentrale in Berlin untergeordnet, musikstudierenden Frauen sachgemäße freie Beratung geben sollen.

### Bühnenkunst / Adolf Behne

**Reinhardt:** Mit einer ergreifend schönen Aufführung des *Lebensden Leichnams* hat Max Reinhardt an die besten Leistungen seines Anfangs erinnert und diejenigen, die seinen Siegeszug durch alle Manegen des Kontinents bedauern mußten, zum erstenmal wieder seit langem zu Dank verpflichtet. Wenn diese Aufführung doch eine Wendung für Reinhardt bedeuten möchte eine entschlossene Abkehr vom Theater zum Leben. Denn auch

im Theater ist das *Theater* vom Übel. *Theater* aber entsteht, wenn die Arbeitsmittel der Bühne als Machtmittel genommen werden. Und das hatte Reinhardt leider mehr und mehr die Übung bei seinen Bühnen werden lassen. Er hat ja bei seinen unerträglichen Aufführungen der Shakespeareschen Lustspiele die höchste Gunst des Publikums erfahren, aber es ist doch bemerkenswert, daß die so viel strengere Zucht der Einstudierung des *Lebenden Leichnams* keineswegs einen Abfall des Publikums zur Folge hatte. Es sollte doch Reinhardt nicht entgehen, daß sich mit der Gesinnung seiner Aufführungen auch sein Publikum völlig geändert hat. Das Klatschen allein entscheidet nicht über den Erfolg. Die Leute, die für ihn gesprochen haben, als er Strindberg, Wedekind, Ibsen und Shaw in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte, sind während der Epoche des veräußerlichten Shakespeare, des zirzensischen Sophokles und des reklamehaften *Mirakel* seinen Bühnen ferngeblieben. Wer damals klatschte, war der *Bildungsphilister* Friedrich Nietzsches. Wo aber dieser Bildungsphilister klatscht, sollte ein guter Theaterdirektor an seinem Weg irre werden. Vielleicht macht Reinhardt noch einmal den Versuch in sein Theater wieder ein Publikum zu ziehen, dem es weniger auf farbige Eindrücke als auf lebendige Werte ankommt.

Im Mittelpunkt seiner Tolstojaufführung stand der Fedja Alexander Moissis, der einen weichen, guten und völlig unbürgerlichen Menschen ganz einfach, ganz schlicht, ganz menschlich gab. Der Italiener fand für den in dieser absonderlichen Mischung nur in Rußland denkbaren Menschen Züge von unbedingt überzeugender, ganz unmittelbarer Wirkung. Sein Fedja ist unfähig einem andern Menschen zu widersprechen, dessen Tun ehrlich und einfach ist. Nur eines empört ihn: Unanständigkeit. Reichtum, Name, Sitte, Gesetz: sie bedeuten ihm nichts, sind ihm unlebendige Begriffe. Er ist gern bei den Zigeunern, er ist wie ein Bruder zu dem simplen Malerexemplar im Keller, aber der listige Erpresser empört ihn, den Ruhigen und Weichen, bis zur Heftigkeit. Noch widerwärtiger aber ist ihm der Untersuchungsrichter, dessen amtliches, kaltes und ordnungsmäßiges Eindringen in eine menschliche Angelegenheit ihm als unanständig im höchsten Maß erscheint. Die Mitspieler Moissis, Lucie Höfllich, Winterstein, Diegelmann,

Josef Klein, Rosa Bertens, hielten sich, bei aller Vortrefflichkeit, mehr an das Allgemeine ihrer Rollen, während die Regie Max Reinhardts wiederum das speziell Russische mit verblüffender Sicherheit gab. Merkwürdig ist es, daß Reinhardt schon vor Jahren einmal mit einem typisch russischen Schauspiel eine besonders hohe Leistung seiner Regiekunst bot, dem Ossyp Dymowschen *Nju*, in dem auch Moissi etwas Seltenes bedeutete.

Es ist selbstverständlich, daß Reinhardt im *Lebenden Leichnam* alle Möglichkeiten seiner Drehbühne ausnutzt und die Künste seiner szenischen Mitarbeiter nicht verschmäht; aber höher stehen die strenge Disziplin und die seelische Durchdringung, die seine Regie diesmal auszeichnen.

× **Kinokunst** Auch der Kino durfte das Jubiläumjahr der Freiheitskriege nicht ungenutzt verstreichen lassen. Er bescherte uns eine 3 Abende füllende *Königin Luise*. Diese Trilogie (ich sah nur das Mittelstück) triefte von loyalen Patriotismus und gehört zu dem Unerfreulichsten, das der Kino geboten hat. Die Art und Weise, wie hier die Geschichte verkehrt wurde, besonders aber die lächerliche Verbrecherphysiognomie Napoleons, ließen den Gedanken aufkommen, es möchte ein Kammerdiener (ein Seitenstück zu Scheerbarts Knetschke) die Regie geführt haben. Nach meinem Gefühl sind die Möglichkeiten des Kinos unbegrenzte. Aber ein Genre scheint mir bei ihm aus Geschmacksgründen doch ausgeschlossen zu sein: die Geschichtsklitterung. Der Kino darf gewiß in stilistischer Absicht alle Dinge, wenn er will, auf den Kopf stellen. Das Unmöglichste mit den wahrhaftigsten Mitteln der Photographie uns vorzuführen ist einer seiner lebenswürdigsten Tricks. Davon aber ist die Geschichtsklitterung der *Königin der Schmerzen* sehr unterschieden. Hier sollen nicht ein beabsichtigt unglaubwürdiger Inhalt und eine unzweifelhaft glaubwürdige Art der Berichterstattung kontrastiert werden, sondern hier wird die Objektivität der photographischen Linse dazu benutzt leise verschobenen und tendenziös verkehrten Dingen den Schein der Wahrheit zu verleihen. Und daraus entsteht, rein stilistisch, ein starkes Mißbehagen. Es ist ein Film wie dieser ein Pendant zum Panorama. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn der Film sämtliche Mon-

archenbegegnungen auf sämtlichen Bahnhöfen registriert. Ein Stück Wahrheit ist niemals ganz wertlos, und das Herankommen des Zuges, das gesetzmäßig geregelte Spiel von Umarmung, Salutieren, Vorstellen und Abgehen enthält stets gewisse einfache ästhetische Werte. Und wenn der Film uns den jungen wunderschönen Panther vorführt, der im Fell des Bettvorlegers seine Mutter wiedererkennt, so kann das prachtvoll sein. Aber ein intriganter Napoléon mit düster-dämonischen Gebärden: das ist geschmacklos.

Wie menschlich ergreifend bei der einfachsten und schlichsten Chronikdarstellung ein Film zu wirken vermag, hat wohl die Aufnahme der Scottschen Expedition gezeigt. Vortrefflich ist auch der Asta Nielsen-Film *Der Tod in Sevilla*, den Urban Gad gestellt hat, und den ich jedenfalls dem Thomas Mannschen *Tod in Venedig* vorziehe.

Mit großer Freude habe ich die letzten Hefte der Zeitschrift *Bild und Film* durchgesehen, einer Zeitschrift für *Lichtbilderei und Kinematographie*, die im Verlag der *Lichtbilderei* in München-Gladbach, erscheint. Es ist wahrhaft erstaunlich, welche ungeheuer vielseitige und wichtige Rolle der Kino schon jetzt spielt. Das ersieht man greifbar deutlich aus den Beiträgen dieser geschmackvoll ausgestatteten Revue, die die Erfahrungen von Lehrern, Juristen, Technikern, Künstlern und Schriftstellern sammelt. Die Redaktion erfolgt nach dem einzig richtigen Standpunkt, daß der Kino gar nicht ernst genug genommen werden kann, daß die Möglichkeiten des beweglichen Lichtbilds unbegrenzt sind, und daß die Mitarbeit ernster und aufgeklärter Männer in seinen Dienst gestellt werden muß. Denn alles kommt darauf an den Kino, der noch an vielen Kinderkrankheiten leiden mag, gesund und schön und kräftig zu machen. Den Kino zu bekämpfen ist von jedem Standpunkt aus verkehrt; nach meiner Meinung auch vom Standpunkt der Bühnenleiter aus. Aber die Mitarbeiter am Kinowesen müssen auch wirklich Menschen von pädagogischer Begabung, von moderner Empfindung und von phrasenloser Energie sein. Nichts ist hier gefährlicher als ästhetisches Geistreichtum, als idealistisches Gerede ins Blaue hinein. Auf die praktische Tat allein kommt es an, auf produktive Vorschläge, auf Mitteilung wertvoller Erfahrungen. Und das alles bietet diese von Dr. Lorenz Pieper redi-

gierte Zeitschrift in erstaunlich reichem Maß. Besonders verdienstlich erscheinen mir die Beiträge Dr. Albert Hellwigs, der auch den ständigen juristischen Ratgeber leitet (auch eine technische Auskunftsstelle ist ständige Rubrik), und O. Th. Steins (Dresden), die ich aber nur aus einer großen Fülle anderer herausgreife.

Es kann heute kaum noch vom Theater die Rede sein, ohne daß zugleich vom Kino die Rede ist. Der *Deutsche Bühnenverein*, über dessen auf seiner Eisenacher Tagung beschlossene Resolution über das Verhältnis seiner Mitglieder zum Kino weiter unten, in der *Kurzen Chronik*, berichtet wird, hat dem Reichstag gleichzeitig eine Denkschrift betreffend die kinematographischen Theater überreicht, in der er 10 Forderungen aufstellt, die dem Kino gegenüber zur Anwendung gebracht werden sollen. Es kann ja nicht wundernehmen, daß die Bühnenleiter sich der Konkurrenz des Kinos zu erwehren suchen, und daß sie zu diesem Zweck alle Schattenseiten des Kinos hervorkehren und übertreiben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß der Kino sich wehrt. Das *Agitationskomitee der kinematographischen Fachpresse* überreichte also dem Reichstag gleichfalls eine Denkschrift, in der Gutachten von Albert Bassermann, Hermann Bahr, Johannes Schlaf, Carl Hagemann aufmarschieren. Auch der *Schutzverband deutscher Lichtbildtheater* hat eine Denkschrift ausarbeiten lassen. Die Kommission für die Petitionen beschloß am 19. Februar respektive am 16. April alle 3 Denkschriften dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

× **Kurze Chronik** In Berlin trat in der ersten Woche des Mai ein Regiekongreß zusammen.

× In Eisenach tagte eine Woche später der *Deutsche Bühnenverein*, dem zurzeit 130 Bühnen angehören. Possart bezeichnete die jetzige Pachtwirtschaft der Stadttheater als höchst unmoralisch und verwarf es energisch, daß sich die Städte aus dem Kunstinstitut ihres Theaters bereichern. Den Hauptpunkt der Debatten bildete indessen die Kinofrage. Graf Seebach ging mit den schärfsten Forderungen (Präventivzensur, stärkere Besteuerung, Anwendung der Gewerbeordnung) gegen den Kino vor. Kommissionsrat Lange begründete den Antrag, daß kein Mitglied des *Bühnenvereins* irgendetwas den Kino unterstützen dürfe, sei es als Regisseur oder

als Filmdichter. Von diesem Antrag wurde besonders das Mitglied Paul Lindau betroffen, der ja mit der Überlassung und Bearbeitung seines Kriminaldramas *Der Andere* den Anfang der literarischen Films gemacht hatte. Es verdient ferner festgehalten zu werden, daß der Antrag, demzufolge auch kein Schauspieler zu Filmaufnahmen beurlaubt werden darf, einstimmige Annahmefand. × Wenn nach der sommerlichen Ruhepause die Theater in Berlin von neuem ihr Spiel beginnen werden, darf man sich eine besonders interessante Zeit versprechen. Das Sozietätstheater mit Rittner und das *Lessingtheater* unter Barnowsky treten neu in den Kampf ein. Vielleicht steht dem Berliner Theater, nach einiger Zeit der Stagnation und des Rückgangs, ein neuer Aufschwung bevor. Für uns ist das Entscheidende, wer der berufene Nachfolger Otto Brahm's sein wird. × Die Regie, die im *Deutschen Opernhaus* zu Charlottenburg den *Fidelio* gestaltete, war recht gut, besonders im letzten Bild. Hier war der Sinn der Vorgänge sicher erfaßt und mit richtigen Mitteln zum Ausdruck gebracht worden; dabei war alles einfach und durchaus geschmackvoll. Man durfte wohl seine Freude haben.

× **Literatur** ×

*Das Jahrbuch der Angestelltenbewegung* / Berlin, *Industriebeamtenverlag* / ent-

hält in seinem 1. Heft 2 Beiträge, die sich mit der wirtschaftlichen Lage des Schauspielerstands beschäftigen. Der Vizepräsident der *Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger*, Gustav Rickelt, gibt in seinem Beitrag *Die Schauspieler und das Reichstheatergesetz* einen ganz vortrefflichen Überblick über die Tätigkeit der *Bühnengenossenschaft*, über ihr Verhältnis zum *Bühnenverein*, über ihre Hoffnungen auf das neue Gesetz, ihre Erfolge und ihre vorläufigen Verzichtete. Dr. L. Seelig, der der Syndikus des Kartells der Verbände der deutsch-österreichischen Bühnengestellten ist, bringt zu den Ausführungen Rickelts wertvolle wirtschaftspolitische und juristische Ergänzungen. An der Hand der üblichen Bühnensvereinverträge bespricht Seelig eingehend alle die zahlreichen Verpflichtungen des Schauspielers, die zugleich eine wirtschaftliche Belastung darstellen, und den fast gänzlichen Mangel an Rechten. Die klaren und sachlichen Ausführungen Rickelts und Seeligs kommen gerade zur rechten Zeit, um für die

bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über das Reichstheatergesetz im Publikum die für ein wirkliches Verständnis absolut notwendigen sozialen Kenntnisse zu verbreiten. × Theateranekdoten und -geschichten hat Wilhelm Ahrens in einem hübschen Band gesammelt (*Das Theater in der Sonne des Humors* / Berlin, Sack/). Sie sind nicht nur lustig, sie sind auch von mancherlei Interesse. Sie zeigen die Verschiedenheit der Zeiten, die Verschiedenheit der Höhen und Niederungen des Theaters, und doch wieder diese durchgehende Einheit des Milieus, die das, was mit dem Theaterleben zusammenhängt, den Außenstehenden so reizvoll macht. Das Buch kann nachdenklich stimmen, da gerade in unseren Tagen eine Umwandlung der sozialen Stellung und damit der ganzen Lebens- und Empfindungsweise des Bühnenvolks sich anzubahnen scheint. Das Theater wird verbürgerlicht, seine Mitglieder kommen heute vielfach aus bürgerlichen Schichten oder wachsen in diese hinein; der Geist des Vagantentums macht der Selbsthaftigkeit und damit auch der honetten Gesellschaftlichkeit Platz. Ob diese Umwandlung des Bühnenkünstlertypus auf die Bühnenkunst selber gerade günstig einwirkt, bleibt abzuwarten. Denn die Wirkung solcher Tendenzen ist schon aus dem Grund im voraus schwer zu beurteilen, weil sie von anderen durchkreuzt werden, und weil die Bühnenkunst in ihrer Entwicklung in Abhängigkeit von der Dichtkunst bleibt, deren Wurzeln allerdings ganz anderswo liegen. Das Buch ist jedenfalls eine angenehme Beigabe sind die Bilder, die von all den Bühnengrößen des 19. Jahrhunderts, deren Namen zu unserer Generation herüberklingen, eine ganz anschauliche Vorstellung geben.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Internationale Baufachausstellung** Zwischen dem monumentalen Bahnhofsbau und dem pathetischen Völkerschlachtdenkmal, die beide in diesem Jahr fertiggestellt werden, haben die Leipziger eine internationale Baufachausstellung organisiert. Vorbild und unerreichtes Vorbild war die Dresdener Hygieneausstellung. die Fachleuten wie Laien ein Sondergebiet menschlichen Interesses so überaus glänzend, umfassend und anschaulich darbot. Die ausgezeichnete Orga-

nisation der Hygieneausstellung fand die wirksamste Unterstützung bei den Dresdener Künstlern, die praktisch übersichtliche Hallen und nobelste Dokumente der Ausstellungsrepräsentation zu schaffen wußten. Leipzig hat keine Architekten von dem Schlag der Lossow & Kühne und der anderen Dresdener Künstler. Und beim Durchwandern der Ausstellung hat man das Gefühl, als ob es nicht nur im Architektonischen diesen Abstand zwischen den Lossow & Kühne und den Weidenbach & Tschammer gäbe. Alles, was es Wissenswertes auf dem Gebiet der Baustoffe, der Materialverarbeitung, der Baukonstruktionen, des Bauarbeiterschutzes, der Raumkunst und der Architektur zu geben vermag, dürfte wohl auf diesem unermeßlichen Ausstellungsfeld zusammengetragen sein. Aber ob es hier die eigentliche Werbekraft bekommen hat, die die Materialanhäufung dieser Ausstellungsmammute überhaupt rechtfertigt, ist sehr die Frage.

Die Aufteilung des Geländes war natürlich gegeben und ist auch von Weidenbach & Tschammer dem Plan nach richtig vorgenommen worden. Man hatte eine Hauptachse, die auf das Völkerschlachtdenkmal zuführt, und die als die Straße des 18. Oktober beibehalten werden soll. Der Hamburger Gartenarchitekt Migge hat diese Straße als Zypressenallee mit flach gehaltenen Wasserbecken und Blumenbeeten in vorbildlicher Weise angelegt, und man könnte sie geradezu bewundern, wenn die Ausstellungsleitung sie nicht wieder nachträglich durch einen hineingesetzten Musikpavillon optisch zerstört hätte. Die Querachse, die an diesem Pavillon schneidet, läuft von einem martialisch monumentalen Tor zu der von Wilhelm Kreis gebauten Betonhalle. Diese Halle ist ein typisches Dokument für den Stand unserer architektonischen Entwicklung. Der *Deutsche Betonverein* hat zeigen wollen, was sein Baustoff und die Kunst der Ingenieure zuwege brächten. Eine riesige Kuppelkonstruktion sollte gewölbt werden, und der Architekt, den man heranholte, um den Konstruktionsabsichten Form zu geben, der moderne Architekt vom Schlag eines Kreis, weiß mit dem neuen Baustoff nichts anderes anzufangen als das Pantheon der Alten nachzubilden. Man denkt vor dieser Betonhalle unwillkürlich an die Jahrhunderthalle des Breslauer Stadtbaurats Berg, die der *Betonverein* mit vielen ähnlich gesunden Do-

kumenten in seiner Sonderausstellung zeigt. Das *Monument des Eisens*, das der Konkurrent der Betonleute, der Stahlwerksverband, errichten ließ, hat in diesem künstlerischen Sinn ebenfalls eine größere Folgerichtigkeit. Der Architekt Bruno Taut hat zusammen mit den Ingenieuren der Firma Breest & Kompanie Wucht und Schönheit zu entfalten gesucht, durch Herausarbeitung der ganz neuen Ausdrucksmöglichkeiten, die in dem Material der mächtigen T-Eisensträger schlummern. Die Baukunst ist sonst, was die Ausstellungsbauten selbst anlangt, ein bißchen karg davongekommen. Man kann, wenn man wohlwollend gestimmt ist und von dem innen noch mehr als außen entsetzlich mißratenen Repräsentationshaus absieht und sich weiter nicht von den riesigen Reklamen des Alkoholkapitals, genannt *Alt Leipzig* oder *Heimatskunddörfchen*, stören läßt, von einer gewissen Anständigkeit reden. Die Holzkonstruktion der Sporthalle, die Schwarzenbergbrücke aus Gußeisenbeton, vielleicht auch die muster-gültige Krankenhausanlage von Fritz Voggenberger mögen als Ausnahmen hervorgehoben werden, wozu allerdings noch die Anmerkung zu machen wäre, daß einige Wochen nach Eröffnung der Ausstellung ganze Abteilungen noch nicht fertiggestellt waren. Zu dem guten Eindruck, den die Hamburger Bauten Fritz Schumachers machten, mag daher noch mancherlei kommen. Auch für die Leipziger Stadterweiterungspläne und die gut angelegte Gartenstadt Marienbrunn mögen in der Abteilung *Architektur des 20. Jahrhunderts* noch ergänzende Beispiele hinzugekommen sein.

Die eigentliche Städtebauausstellung hat außer den sehr anschaulichen statistischen Tabellen nichts wesentlich Neues erbracht, und das Kapitel *Raumkunst* hatte von den anderen Ausstellungen der letzten Jahre nur den Namen übernommen.

× **Werkbund** Der *Deutsche Werkbund* hat sich an der Leipziger Ausstellung durch eine korporative Beschickung der Raumkunstabteilung und durch die Abhaltung der Jahresversammlung in Leipzig beteiligt. Angesichts der für das nächste Jahr bevorstehenden Kölner Ausstellung, die den *Werkbund* zum erstenmal als Aussteller im großen zeigen soll, spricht man am besten von dieser Beteiligung, die der Zahl wie der Qualität nach

äußerst schwach war, nicht. Neue prinzipielle Gesichtspunkte sind bei den diesjährigen *Werkbund*erörterungen nicht zutage getreten. Abgesehen von dem Referat des Dresdener Stadtbaumeisters Erlwein *Staatliche und städtische Kunstpflege*, ein Thema, das die Öffentlichkeit seit langem schon beherrscht und bei den verschiedensten Organisationen im gleichen Sinn schon Erörterung gefunden hat, beriet man über lokale und vereinsinterne Angelegenheiten. Der *Werkbund* sieht seine Aufgabe jetzt darin seine innere Organisation zu stärken. Er verzeichnet mit Genugtuung die Regelung seiner Finanzverhältnisse, die große Zahl der Mitglieder, die er aufgenommen hat, die erfolgreiche Anbahnung der Beziehungen zu Staats-, Kommunalbehörden und ähnlichen Korporationen, die Organisation von gleichgearteten Vereinigungen in Österreich, Holland und der Schweiz und sammelt alle Kräfte für die bevorstehende Ausstellung in Köln. Das wiederum bei Eugen Diederichs in Jena herausgegebene Jahrbuch *Die Kunst in Industrie und Handel* zeigt in einer großen Anzahl von trefflichen Beispielen den Anteil, den *Werkbund*mitglieder an dieser großen und noch von keinerlei Modelaunen angekränkelten Bewegung haben. Ein famoses Einleitungskapitel von Naumann zeigt, welche Kräfte für und wider den Handel mit Qualitätswaren im heutigen Deutschland wirksam sind, und welche Klippen eine Organisation wie der *Werkbund* klug zu meiden hat, wenn er mit dem Qualitätsbegriff praktische Volkswirtschaft zu betreiben versucht.

× Stuttgart, Kunstgebäude ×  
 In Theodor Fischers Schaffen, dem wir so manches hervorragende und bewundernswerte süddeutsche Bauwerk verdanken, ist scheinbar während seines kurzen Stuttgarter Aufenthalts und wohl durch den Versuch einen seiner Natur fremden Anschluß an die lokale klassizistische Tradition zu finden eine Wandlung eingetreten. Den Respekt, den seine Pfullinger Hallen und seine Stuttgarter Heusteigstraßenschule fordern, kann man seinen neuesten Bauten, dem Sieglehaus, das auf 4 klassizistisch dünnen Säulchen ein riesenhohes, steiles Bauernhausdach zeigt, und dem soeben mit einer großen Kunstausstellung eröffneten Kunstgebäude, nicht mehr in gleichem Maß entgegenbringen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Fischer hier Formelemente

bieten wollte, die seiner Natur nicht gemäß waren. In gewissem Sinn spricht dieses Versagen für seine Persönlichkeit, die zu stark war, um in einer eingebildeten Heimatskunsttradition aufzugehen. Geschickte Routiniers, wie es unter den Stuttgarter Fischerschülern eine ganze Menge gibt, hätten das unschwer vermocht. Andererseits ist es aber doch bedenklich, daß ein Architekt von dem Rang eines Fischer sich überhaupt auf derartig romantische Spielereien eingelassen hat und so sich eine unbestreitbare Niederlage zuziehen mußte. Das neue Kunstgebäude war in seiner formalen Gestaltung zweifellos durch die Lage an dem durch seine architektonische Entwicklung eigenartigen Schloßplatz bestimmt, den es an einer Stelle abschließen soll, an der aber ein Abschluß vielleicht nicht einmal unbedingt erforderlich war. Es hat auf das hervorragend schöne klassizistische Schloß und den gegenüberliegenden Olgabau Rücksicht zu nehmen, was, wie man gern zugesteht, in seiner Fassade, die nach dem Vorbild italienischer Arkadenhallen entwickelt ist, in gewissem Sinn auch geschehen ist. Die Kuppel, die hinter dieser Fassade emporragt, empfindet man allerdings als unmotiviertes Zierstück, wie, vom Schloßplatz aus gesehen, das ganze Kunstgebäude überhaupt fehlen könnte. Der Arkadengang würde als Platzabschluß durchaus die gleiche Wirkung tun. Was am Sieglehaus schon befremdete, das Gegeneinander von Fassaden, die letzten Endes aus ganz verschiedenen Kulturkreisen stammen, der italienisch-repräsentative Arkadengang neben dem bewegten Bild der ländlichen Zweckbaukonstruktionen der Seitenfassaden, diese mannigfachen Ungereimtheiten, die Oberbaurat Lambert in einer trefflichen Studie in der *Württembergischer Zeitung* vom 20. November 1912 zusammengestellt hat, wird hier in noch höherem Grad befremden. Diese Dinge lassen sich auch nicht mit einem Bauen von innen nach außen motivieren, da der Bau nicht von dem Grundriß aus entwickelt ist. Zugunsten des Talents eines Fischer ist anzunehmen, daß er ein Opfer der vielartigen Zwecke geworden ist, die mit dem Bau gelöst werden sollten. Man wollte ein Ausstellungshaus, wollte aber auch gleichzeitig Fest- und Versammlungsräume, und wie bei dem mißratenen Bau der Berliner Nationalgalerie hat am Ende der eine Zweck den andern beeinträchtigt. Ich weiß nicht, wie sich Feste in diesem Haus zu

entwickeln vermögen; aber das ist gewiß, daß die Stuttgarter mit diesem Kunstgebäude einen idealen Ausstellungsbau nicht erhalten haben. Wenn von den Freunden Fischers erklärt wird, daß der Architekt hier den Bedürfnissen um 20 Jahre vorausgeeilt sei, daß er Ausstellungsräume geschaffen habe für einen Zeitpunkt, an dem die Künstler gar nicht mehr ihre Werke »einem meist ebenso verständnislosen wie kritiksichtigen Publikum zur Schau stellen« werden, so bedeutet das, daß hier eben dem vorhandenen Bedürfnis nach Ausstellungsräumen nicht genügt worden ist. Der Idee des Kuppelsaals, einem nutzlos dekorativen Einfall, ist dieser vitale Zweck der Künstlerschaft aufgeopfert worden. Der Kuppelsaal bietet für die Ausstellung von Bildwerken die denkbar ungünstigsten Wandverhältnisse, er machte einen langen, fast unbrauchbaren Vorraum notwendig, führte zur Anlage von katakombenartigen Räumen, in denen jetzt Plastiken aufgestellt, aber nicht zu beurteilen sind, und zwingt dazu aus dem Grundriß eine ganze Menge toter Zwickel auszuschneiden. Es ist bedauerlich, daß eine solche Anlage, die aus den besten Absichten heraus entstanden und der Hand eines bedeutenden neuen Baukünstlers anvertraut worden ist, zu einem Ergebnis geführt hat, das ein seiner Verantwortung bewußter, objektiver Beurteiler nicht zu loben vermag, doppelt bedauerlich für eine Stadt wie Stuttgart, die im Hinblick auf eine immer entschiedener Kunzentwicklung mancherlei nachzuholen hat und scheinbar auch nachzuholen gewillt ist.

× **Berlin: Märchenbrunnen** ×

Von der Stadt Berlin sind in den nördlichen und östlichen Bezirken zwei Parkanlagen fertiggestellt worden, die das Interesse des Kunstfreundes verdienen. Der Schillerpark, eine Anlage nach den Plänen des Magdeburger Bauer, der in einem Wettbewerb gefunden worden ist, bedeutet den Sieg der neuen Volksparkbestrebungen im Bereich der Berliner Parkdeputation. Die Forderung nach allgemein zugänglichen Rasenplätzen, nach dem Sportplatz, der Spiel- und der Planschwiese sind hier zweckmäßig erfüllt worden, und mit einer hohen Steinwehr, die angeblich zur Befestigung der hier befindlichen ehemaligen Rehberge notwendig war, wird man sich, wenn sie erst einmal überwachsen ist, vielleicht auch anfreunden können. Der Märchenbrunnen, der eine lange und

bewegte Entstehungszeit hinter sich hat, ist nicht ein aus solch ganz modernen Instinkten heraus geborenes Dokument. Das Barock süddeutscher Gartenanlagen oder gar italienischer Renaissancebildungen haben bei ihm Pate gestanden. Und doch ist das, was Ludwig Hoffmann zusammen mit den Bildhauern Taschner, Wrba und Rauch hier geschaffen hat, eines der feinsten Kunstwerke geworden, das deutsche Kommunen in den letzten Jahren angeregt haben. In 1, 2 Dutzend Steingruppen ist um ein Brunnenbecken herum das deutsche Märchen dargestellt worden; es hätte eine Siegesallee für die Kinder geben können: und es ist schön und edel und herzlich geworden, wie das *Hausbuch deutscher Märchen*, das uns die Gebrüder Grimm gesammelt haben. Eine Säulenarchitektur, besetzt mit Hirschen und Löwen, Kühen und Schafen, mit Fischen und Krebsen und vielerlei anderm Getier, spiegelt sich in einem großen Becken, in dem ein Wassergefälle planscht, in dem Queilen rieseln und Frösche aus vollen Backen Strahlen sprudeln. Die Anlage, die sich verjüngt und weitet, die Räume eröffnet und abschnürt, die mit Durchblicken und Perspektiven zu wirken strebt, ist das Gerüst, das die vielen Märchenfiguren zusammenhält und zu einem Fest der Sinne macht. Sie umstehen den Rand des Beckens, sie beherrschen als Riesenhermen kleinere seitliche Kompartimente, die durch Räume und geschorene Hecken ausgeschnitten wurden, sie umsäumen ein großes Rondell, in dessen Mitte eine gewaltige Fontäne ihre Strahlen emporschießt. Alles umfaßt von einem entschiedenen Willen zur räumlichen und architektonischen Einheit, und jede Gruppe, jede Figur, sogar jeder Standplatz der einzelnen Figur mit jener Hingebung erwogen, die die Kinder verlangen, wenn sie unterhalten und angesprochen werden wollen.

Die Arbeiterkinder aus dem nordöstlichen Berlin, die einen Vater, vielleicht auch eine Mutter haben, die um das tägliche Brot in die Fabriken gehen müssen, für die es wohl kaum eine Muhme gibt, die ihnen in den Dämmerstunden von den Prinzen und Prinzessinnen, den Riesen und Hexen, Elfen und Gnomen der alten Märchen erzählt, denen die Eltern vielleicht nie ein Bilderbuch auf den Weihnachts- oder Geburtstagstisch legen konnten, haben hier, unfern ihrem Spielplatz, ein großes, steinernes Bilderbuch erhalten, das sie

mit Entzücken lesen werden, wenn sie auf einem Sonntagsspaziergang an der Hand des Vaters oder der Mutter da vorbeigehen werden. Und es mag die Folge sein, daß in den Mietskasernen, die riesengroß und dräuend auch diesen Friedrichshain umklammern, wieder von dem Schneewittchen und dem Dornröschen, dem gestiefelten Kater oder dem schrecklichen Rübezahl geträumt wird.

× **Berlin: Große Kunstausstellung 1913**

Die Architektenschaft kämpft seit vielen Jahren um eine Ausstellungsgelegenheit, die sie endlich von dem kaiserlichen Regierungsjubiläum erhoffte. Es gab sich (oder es wurde das Nötige getan, daß es sich so gab), daß der Monarch den Wunsch kundgab auf dieser zu seinem Jubiläum angerichteten Ausstellung die Architekturen zu zeigen, für die er sich persönlich besonders interessiert hat. Man kennt dieses Zeug der Raschdorff, Ihne, Ebhardt, Schwechten, Cremer & Wolfenstein usw. zur Genüge; es ist dagegen gekämpft und gehöhnt worden, und eine Beurteilung dieser Zusammenstellung wäre eine neue Verhöhnung totgeborener Monumentationen. Nach der selbstverständlichen Bewilligung dieser Abteilung konnte die Leitung der *Großen Berliner* der übrigen Architektenschaft den Wunsch nach der Darbietung ihrer Arbeiten nicht versagen, und so entstand diese deutschnationale Architekturabteilung, die in ihren 3000 Photos eine ganze Menge guter Bauten enthält und doch infolge einer planlosen Aufmachung jeder Werbekraft ermangelt. Systemlos ist alles neben- und übereinandergehängt, und die Folge ist die, daß der interessierte Betrachter sich mühsam das einzelne Objekt, das ihn vielleicht interessieren könnte, herausuchen muß, während der nichtinteressierte Besucher ohne weiteres auf eine Betrachtung verzichtet. Eine Beurteilung des deutschen Architekturschaffens nach dieser Ausstellung ist daher ein Ding der Unmöglichkeit; es muß dafür eine bessere Gelegenheit, die der Architektenschaft zu wünschen ist, abgewartet werden.

× **Kurze Chronik** In der Vaterstadt Alfred Messels, in dem von ihm erbauten hessischen Landesmuseum zu Darmstadt, wird soeben ein *Messel Denkmal* aufgestellt. Der Dresdener Bildhauer Georg Wrba hat die Bronzebüste ausgeführt. × Das vielumstrittene *Bismarck Denkmal* von

Hahn-Bestelmeyer, das nach dem Ausgang des Bingerbrücker Wettbewerbs so lebhaft Debatten hervorgerufen hat, soll nun bei Lindau am Bodensee zur Aufstellung gelangen. Es ist das eine höchst interessante Illustration zu der Behauptung, daß dieses Denkmal für die Elisabethenhöhe bei Bingerbrück so außerordentlich bodenständig gewesen wäre. × Zum Nachfolger Kiehls hat der Zweckverband Groß Berlin den Königsberger Stadtbaurat Beuster erwählt. × Die Berliner Künstlerschaft hat sich eine gehörige Blamage zugezogen, indem sie zu den Jubiläumssfestlichkeiten die Stadt Berlin mit Panoptikumseffekten dekorierte.

× **Literatur**

Bei den reichen Leuten mehrten sich neuerdings die Anwendungen für gute, sogar schöne Wohnungsgelegenheiten für die arbeitende Bevölkerung (meist für die Angestellten des eigenen Fabrikbetriebs) durch mäzenatische Stiftungen zu sorgen. Eine Stiftung dieser Art, von deren wirtschaftspolitischer Seite in dieser Rundschau nicht die Rede sein kann, ist die Wohnungskolonie Margaretenhöhe bei Essen, über deren architektonische Gestaltung eine bei Alexander Koch in Darmstadt veröffentlichte Monographie unterrichtet, deren Verfasser der durch seine städtebaulichen Untersuchungen bekannte A. E. Brinckmann ist. Die ganze Anlage der Siedelung, Grundriß, Straßenführung und Häuserbau, wurden in die Hände Georg Metzendorfs gelegt, der auf der letzten Darmstädter Ausstellung mit ein paar Kleinhausbauten hervorgetreten war. Wenn man die Tafeln des Werkes durchsieht, so kommt man zu der Feststellung, wie der Architekt mit seiner Aufgabe gewachsen ist. Er hat sich an ihr selbst entwickelt, hat von einer Bauperiode zur nächsten kleinere romantische Vorlieben für abwechslungsreiche Details, für gekrümmte Straßen und dergleichen überwunden und ist im Verlauf dieser Entwicklung zu einer immer klareren architektonischen Disziplinierung gelangt. Bei der Grundrißaufteilung sieht man die Erfahrungen, die in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus gemacht worden sind, vollauf genutzt. So ist durch Hinzuziehung eines feinfühligem Baumeisters eine städtebauliche Anlage entstanden, die des ernstesten Studiums aller interessierten Kreise wert ist.